

Bachelorarbeit

Bedürfnisse der Bevölkerung für die künftige Entwicklung der Gemeinde Inwil



Modul/Kurs:

Bachelorarbeitsprojekt

Studiengang:

Bachelor of Science in Business Administration, Hochschule Luzern

Abgabedatum:

27. Juni 2014

Autor:

Roland Isliker

Hochschule Luzern

Bachelorarbeit

**Bedürfnisse der Bevölkerung für die künftige
Entwicklung der Gemeinde Inwil**

Studiengang:

Bachelor of Science in Business Administration, Hochschule Luzern

Auftraggeber:

Gemeinde Inwil, Herr Daniel Herrmann, Gemeindeschreiber

daniel.herrmann@inwil.ch

Hauptstrasse 38, Postfach 132, 6034 Inwil

Betreuender Dozierender:

Herr Alex Lötscher

Hochschule Luzern, Frankenstrasse 9, Büro 3.9, Postfach 2940, 6002 Luzern

alex.loetscher@hslu.ch, Telefon-Nr. 041 228 99 59

Abgabedatum:

27. Juni 2014

Verfasser:

Roland Isliker

roland.isliker@stud.hslu.ch

Hagmattenweg 10, 5614 Sarmenstorf

Telefon-Nr. 079 725 48 79

Management Summary

In der ländlichen und doch sehr stadtnah gelegenen Gemeinde Inwil leben ca. 2'300 Menschen. Die politischen Vertreter dieser Menschen, die Gemeinderäte, haben die Aufgabe, Entscheidungen zu treffen, welche möglichst im Sinne der Bevölkerung sind. Dieses System birgt einige Risiken, zumal auch das Handeln der Politiker gemäss der Theorie der „Neuen Politischen Ökonomie“ in erster Linie die Maximierung des eigenen Nutzens verfolgt. Die Gefahr ist umso grösser, da die Bevölkerung im Gegensatz zu Politikern oftmals keinen Zugang zu spezifischem Wissen hat. Es besteht also eine asymmetrische Information zwischen der Bevölkerung und Politikern, die von den Volksvertretern leicht ausgenutzt werden könnte. Die Tatsache, dass Politiker auf die Wählergunst der Bevölkerung angewiesen sind, relativiert diese Risiken ein Stück weit.

Es gibt verschiedene Faktoren, die für Unternehmen und Privatpersonen bei der Wahl des Niederlassungsortes, relevant sind. Da der Gemeinderat von Inwil nun die Weichen für die Zukunft stellen will, hat er sich dazu entschlossen, diese Bevölkerung über deren Bedürfnisse bezüglich der zukünftigen Entwicklung zu befragen. Zu diesem Zweck hat er eine Arbeit mit dem Ziel, dass der Gemeinderat die Bedürfnisse der Bevölkerung im Hinblick auf zentrale Themen kennt, in Auftrag gegeben.

Neben den Inputs über die Standortfaktoren für Unternehmen und Privatpersonen sowie einige ausgewählte Inhalte aus der Theorie der „Neuen Politischen Ökonomie“ gehört auch die Beschreibung des methodischen Vorgehens bei der Auswertung der Daten zu den theoretischen Grundlagen dieser Arbeit.

Die Themenschwerpunkte der Befragung sind:

- Grösse der Gemeinde / Weiterentwicklung: Wachstum oder nicht?
- Höhe des Steuerfusses / Umfang der Unterstützungsleistungen für Vereine
- Energiepolitik: Erneuerbare Energien
- Umwelt / Natur
- Infrastruktur
 - Verkehr / Fusswege
 - Schulen / Sportplatz
 - Einkaufsmöglichkeiten
 - Restaurants
 - Altersheime
 - Alterswohnungen
- Kooperationen mit anderen Gemeinden
- Kommunikation der Gemeinde

Zumal es sich bei den definierten Themen vorwiegend um politische Sachverhalte handelt, wurde der Entschluss gefasst, lediglich die 1'685 stimmberechtigten Personen zu berücksichtigen.

An den oben aufgelisteten zentralen Themen orientiert sich der Fragebogen, welcher Ende April 2014 an 500 verschiedene, zufällig ausgewählte, in Inwil stimmberechtigte Personen verschickt wurde.

Die vorherige Ankündigung der bevorstehenden Umfrage im offiziellen Informationsblatt der Gemeinde, die Verwendung von offiziellem Papier und Couverts der Gemeinde, das Beilegen eines Begleitschreibens, unterschrieben vom Gemeindepräsidenten und dem Gemeindeschreiber, das Beilegen eines adressierten Antwortcouverts, die Möglichkeit, den Fragebogen online auszufüllen und vor allem die Verlosung von drei grosszügigen Preisen, all diese Massnahmen verfolgten das Ziel, eine möglichst hohe Rücklaufquote der Fragebogen zu erhalten. Die 262 retournierten und ausgefüllten Fragebogen übertrafen jedoch sämtliche Erwartungen. Die Voraussetzung für ein aussagekräftiges Ergebnis war damit erfüllt.

Die Analyse der Antworten erfolgte mit den Methoden der deskriptiven und der schliessenden Statistik. Die deskriptive Statistik wurde dabei vorwiegend durch das Erstellen und die Analyse von Diagrammen und Tabellen, die schliessende Statistik in Form des Einstichproben-tests und des Zweistichproben-tests angewendet. Auf diese Weise konnten die Ergebnisse optimal veranschaulicht und die Zutreffenswahrscheinlichkeit von Thesen statistisch beurteilt werden.

Ergänzend zur Bevölkerungsumfrage war auch die qualitative Befragung von vier verschiedenen Experten Bestandteil der Forschung. Von Experten ist hier in dem Sinne die Rede, als dass diese vier Personen aufgrund ihrer Funktionen, sei das in einem Verein, einer Unternehmen, einer Partei oder einer sonstigen Institution, über die Bedürfnisse eines Teils der Bevölkerung Bescheid wissen. Ebenfalls zu den oben aufgelisteten Themen wurden Herr Heinz Birrer, Präsident des Gewerbevereins, Herr Oskar Banz, Präsident der CVP Inwil, Herr Paul Arnold, Pächter des Restaurants Schützenmatt und Herr Roman Schwitter, Inhaber der Gärtnerei Schwitter AG und Präsident der FDP Inwil befragt. Diese Experteninterviews wurden in Form eines Leitfadeninterviews durchgeführt.

Die Befragung der Bevölkerung und der Experten brachte im Wesentlichen die nachfolgenden Erkenntnisse:

- Eine intakte Infrastruktur, eine angemessene Steuerbelastung sowie eine schöne Umwelt und Natur sind für die Bevölkerung von höchster Priorität.
- Die Bevölkerung schätzt den ländlichen Charakter der Gemeinde, verbunden mit ihrer Nähe zu den Zentren sowie die hervorragende Dorfgemeinschaft.
- Die Gemeinde Inwil sollte künftig eher nicht oder nur noch moderat wachsen, so dass die vorhandene Infrastruktur weiterhin ausreicht.

- Die aktuelle Steuerbelastung soll möglichst auf dem aktuellen Niveau gehalten werden. Falls eine Steuererhöhung zum Ausgleich eines Defizits unumgänglich ist, soll diese möglichst gering ausfallen.
- Die Gemeinde Inwil soll Investitionen in erneuerbare Energien tätigen, wo dies sinnvoll ist. Dabei ist der Fokus auf Solarenergie, Wärmeverbunde und fortschrittliche Gebäudeisolationen zu legen.
- Die Bevölkerung stört sich teilweise an Geruchsemissionen, dem Schwerverkehr und der zu den Stosszeiten überlasteten Strasse in Richtung Buchrain.
- Ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten besteht kaum.
- Ein Grossteil der Bevölkerung ist mit den derzeit vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und den Angeboten für betagte Menschen in Bezug auf Altersheim und Alterswohnungen unzufrieden.
- Die Frage, ob die Gemeinde die Existenz zweier Restaurants garantieren soll, spaltet die Bevölkerung in zwei ungefähr gleich grosse Teile.
- Kooperationen mit Nachbargemeinden in einzelnen Bereichen mit dem Ziel der Kosteneinsparung beziehungsweise der Qualitätsverbesserung werden befürwortet.
- Die Ratsstube (das offizielle Informationsblatt der Gemeinde) soll in der aktuellen Form und Auflage beibehalten werden.
- Im Allgemeinen ist die Bevölkerung mit den aktuellen Begebenheiten in der Gemeinde zufrieden.

Ein Massnahmenkatalog mit nach Priorität geordneten Vorschlägen bezüglich des weiteren Vorgehens schliesst die vorliegende Arbeit ab.

Demnach sollte der Gemeinderat bestrebt sein, die aktuellen Stärken wie beispielsweise die intakte Infrastruktur, die hervorragende Dorfgemeinschaft sowie die schöne Umwelt und Natur zu erhalten. Des Weiteren ist einer allfälligen Steuererhöhung dahingehend entgegenzuwirken, als dass die Einsparung von Kosten durch eine effizientere Gestaltung der Prozesse oder die Auslagerung beziehungsweise Kürzung von Leistungen in Betracht gezogen werden. Auch eine zeitnahe Realisierung des Baus von Alterswohnungen ist von grosser Wichtigkeit.

Weiterer Handlungsbedarf besteht bezüglich der Homepage der Gemeinde, welche derzeit zu unregelmässig aktualisiert wird. Die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden in einzelnen Bereichen zwecks Kosteneinsparungen beziehungsweise Qualitätsverbesserungen gehört ebenso zu den vorgeschlagenen Massnahmen wie die Tötigung von Investitionen in erneuerbare Energien.

Die Gemeinde Inwil sollte auch Massnahmen treffen, welche den Lastwagenverkehr durch den Dorfkern minimieren und Rahmenbedingungen schaffen, welche die Ansiedlung neuer Unternehmen oder Lebensmittelläden begünstigen.

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	I
Abbildungsverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis	VIII
Interviewverzeichnis	IX
Vorwort	X
1 Einleitung	1
1.1 Das politische System der Schweiz auf kommunaler Ebene.....	1
1.2 Problemstellung.....	2
1.3 Aufbau der Arbeit.....	3
1.4 Zentrale Themen und Forschungsfragen	3
2 Grundlagen	5
2.1 Politik und Verwaltung	5
2.2 Gemeinde Inwil	6
2.2.1 Politische Führung der Gemeinde Inwil.....	8
2.2.2 Verwaltung der Gemeinde Inwil	8
2.3 Standortfaktoren	9
2.3.1 Standortfaktoren für Unternehmen	9
2.3.2 Standortfaktoren für die Wahl des Wohnortes	10
2.4 Neue politische Ökonomie	12
2.4.1 Das allgemeine ökonomische Verhaltensmodell.....	13
2.4.2 Modell von Hirschmann: Exit und Voice.....	14
2.5.3 Der Schleier des Unwissens	15
2.5.4 Sich kreuzende Gräben.....	16
2.5.5 Asymmetrische Information - Prinzipal-Agenten Problem.....	16
2.5.6 Direkte und indirekte Demokratie	17
3 Methodisches Vorgehen	18
3.1 Quantitative Sozialforschung	18
3.1.1 Themen	18
3.1.2 Stichproben.....	19
3.1.2.1 Vorgehen bei der Stichprobenauswahl.....	19
3.1.2.2 Grösse der Stichprobe	19
3.1.3 Aufbau und Fragestellung	20
3.1.4 Pretest	23
3.1.5 Ankündigung / Durchführung	23

3.1.6	Auswertung der Umfrage	25
3.1.6.1	Deskriptive Statistik	25
3.1.6.2	Schliessende Statistik	27
3.2	Qualitative Sozialforschung	31
3.2.1	Das Experteninterview	31
3.2.2	Art des Interviews.....	32
3.2.3	Durchführung und Auswertung der Interviews	33
4	Analyse	34
4.1	Vorbereitung.....	34
4.1.1	Ausarbeitung.....	34
4.1.2	Durchführung des Pretests.....	35
4.1.3	Versand.....	36
4.1.4	Rücklauf	37
4.2	Struktur der Stichprobe	37
4.3	Ergebnisse: Beantwortung der Forschungsfragen	38
4.3.1	Grösse der Gemeinde.....	39
4.3.2	Höhe der Steuern und Verwendung der Steuereinnahmen	41
4.3.3	Investitionen in erneuerbare Energien	44
4.3.4	Umweltprobleme	47
4.3.5	Weitere verkehrsberuhigende Massnahmen	48
4.3.6	Neue Freizeit- und Erholungsgebiete	50
4.3.7	Infrastruktur.....	52
4.3.8	Kooperationen mit anderen Gemeinden	57
4.3.9	Kommunikation: Ratsstube	58
4.3.10	Zufriedenheit der Stimmbevölkerung.....	59
4.3.11	Zentrale Themen.....	61
4.3.12	Bedürfnisunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung	62
5	Massnahmen	62
5	Fazit	66
6	Literaturverzeichnis.....	XI
7	Anhang	XIV

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Politisches System der Schweiz auf kommunaler Ebene.	1
Abbildung 2: Gemeinde Inwil. Quelle: Inwil (a), online.....	6
Abbildung 3: Zusammenhang Deskriptive und induktive Statistik (Jumbo, online).....	25
Abbildung 4: Standardnormalverteilung mit Konfidenzniveau 95% (Wikibooks, online)	27
Abbildung 5: Einseitige und zweiseitige Tests	30
Abbildung 6: Altersstruktur der Umfrageteilnehmenden	37
Abbildung 7: Anteil männlicher und weiblicher Personen.....	37
Abbildung 8: Künftige Entwicklung der Grösse Inwils.....	39
Abbildung 9: Steuerpolitik der Gemeinde Inwil.....	42
Abbildung 10: Unterstützungsleistungen für Vereine	42
Abbildung 11: Soll sich die Gemeinde Inwil für die Energiewende einsetzen?.....	45
Abbildung 12: Soll die Gemeinde Inwil für ihre eigenen Liegenschaften in erneuerbare Energien investieren?.....	45
Abbildung 13: In welche Projekte für erneuerbare Energien soll konkret investiert werden?	46
Abbildung 14: Gibt es in Inwil konkrete Umweltprobleme?.....	47
Abbildung 15: Werden weitere Verkehrsberuhigende Massnahmen in der Gemeinde gewünscht? ...	48
Abbildung 16: Besteht ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten?	50
Abbildung 17: Soll die Gemeinde Inwil die Existenz von mindestens zwei Restaurants garantieren?53	
Abbildung 18: Soll die Gemeinde Inwil im Ort ein Altersheim zur Verfügung stellen?	54
Abbildung 19: In welchem Umfang machen Kooperationen mit umliegenden Gemeinden Sinn?	57
Abbildung 20: In welcher Form und in welcher Auflage soll das offizielle Informationsblatt der Gemeinde künftig erscheinen?	58
Abbildung 21: Wie steht es um die Zufriedenheit der Stimmbevölkerung mit den von der Gemeinde Inwil geschaffenen Rahmenbedingungen?.....	60
Abbildung 22: Unterschiedliche Vorstellung der künftigen Gemeindegrösse zwischen langjährigen und weniger langjährigen Einwohnern	XXI
Abbildung 23: Unterschiedliche Vorstellung der künftigen Gemeindegrösse zwischen jüngeren und älteren Personen.....	XXI
Abbildung 24: Unterschiedliche Vorstellung der künftigen Gemeindegrösse zwischen Bewohnern des Dorfkerns und Personen die ausserhalb des Dorfkerns wohnen.....	XXII
Abbildung 25: Wie sollte ein Wachstum der Gemeinde erfolgen?	XXII
Abbildung 26: Bestehen Bedürfnisunterschiede bezüglich der Art des Wachstums zwischen Personen im Dorfkern und Personen ausserhalb des Dorfkerns?.....	XXII
Abbildung 27: Unterschiedliche Beurteilung der Unterstützung für Vereine von Vereinsmitgliedern und Nichtvereinsmitgliedern	XXIII

Abbildung 28: Unterschiedliche Meinungen zu Investitionen der Gemeinde in erneuerbare Energien zwischen den Geschlechtern.....	XXIII
Abbildung 29: Unterschiedliche Meinungen bezüglich weiterer verkehrsberuhigender Massnahmen zwischen Personen mit Kindern und Personen ohne Kinder.....	XXIV
Abbildung 30: Unterschiedliche Meinungen über neue Freizeit- und Erholungsgebiete zwischen Vereinsmitgliedern und Nichtvereinsmitgliedern.....	XXIV
Abbildung 31: Unterschiedliche Vorstellungen von der Ausgestaltung neuer Freizeit- und Erholungsgebiete zwischen jüngeren und älteren Personen.....	XXV
Abbildung 32: Unterschiedliche Zufriedenheiten mit den Einkaufsmöglichkeiten zwischen Personen aus dem Dorfkern und Personen ausserhalb des Dorfkerns.....	XXV
Abbildung 33: Unterschiedliche Meinungen über die Existenzgarantie von zwei Restaurants durch die Gemeinde zwischen jüngeren und älteren Personen.....	XXVI
Abbildung 34: Unterschiedliche Meinungen über die Existenzgarantie von zwei Restaurants durch die Gemeinde zwischen Personen die seit über 10 Jahren und solchen die weniger als 10 Jahre in Inwil wohnen.....	XXVI
Abbildung 35: Unterschiedliche Meinungen über ein Altersheim in Inwil zwischen jüngeren und älteren Personen.....	XXVI
Abbildung 36: Begleitbrief zum Fragebogen, Seite 1.....	XXX
Abbildung 37: Begleitbrief zum Fragebogen, Seite 2.....	XXXI

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Modell von Hirschmann (Kirsch, S.59)	14
Tabelle 2: Zufriedenheit Infrastruktur	52
Tabelle 3: Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten - Vergleich zwischen Personen die im Dorfkern wohnen und solchen die ausserhalb des Dorfkerns wohnen.....	53
Tabelle 4: Rangierung hinsichtlich der Wichtigkeit der einzelnen Themen von 1. höchste Priorität bis 7. niedrigste Priorität	61
Tabelle 5: Massnahmen 1. Priorität.....	63
Tabelle 6: Massnahmen 2. Priorität.....	64
Tabelle 7: Massnahmen 3. Priorität.....	65
Tabelle 8: Z-Werte zu den üblicherweise verwendeten Fehlerrisiken α	XVII

Interviewverzeichnis

Interview 1

Interviewte Person: Herr Paul Arnold
Funktion: Pächter des Restaurants „Schützenmatt“
Datum, Zeit: 28. Mai 2014, 14:00 Uhr
Ort: Restaurant Schützenmatt, Hauptstrasse 35, 6034 Inwil

Interview 2

Interviewte Person: Herr Oskar Banz
Funktion: Präsident der CVP Inwil
Datum, Zeit: 28. Mai 2014, 15:00 Uhr
Ort: Rütli 1, 6034 Inwil

Interview 3

Interviewte Person: Herr Heinz Birrer
Funktion: Präsident des Gewerbevereins Inwil
Datum, Zeit: 9. Juni 2014, 20:00 Uhr
Ort: Schön mattstrasse 4, 6034 Inwil

Interview 4

Interviewte Person: Herr Roman Schwitter
Funktionen: Präsident der FDP Inwil / Inhaber der Gärtnerei Schwitter AG
Datum, Zeit: 12. Juni 2014, 11:00 Uhr
Ort: Gärtnerei Schwitter AG, Herzighaus, 6034 Inwil

Vorwort

Ich möchte sämtlichen Personen, die mich beim Verfassen der Bachelorarbeit unterstützt haben, an dieser Stelle Recht herzlich danken. Die ausgesprochen angenehme Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, der Gemeinde Inwil, insbesondere mit dem Gemeindeschreiber, Herr Daniel Hermann, wie auch mit meinem Referenten, Herrn Alex Lötscher, hat mir die Arbeit enorm erleichtert. Sowohl Herr Hermann, als auch Herr Lötscher hatten stets ein offenes Ohr für meine Anliegen, beantworteten E-Mails immer innert nützlicher Frist und konnten bei den Besprechungen jeweils hilfreiche Anregungen anbringen.

Hervorragend war auch die Mitarbeit der Bevölkerung von Inwil, welche in aussergewöhnlich grossem Ausmass und bemerkenswerter Gründlichkeit an der Umfrage partizipierte. Dies, wie auch die angenehmen Gespräche mit den vier Interviewpartnern, war die Voraussetzung dafür, dass die Arbeit ohne bedeutende Probleme verfasst werden konnte. Mir ist bewusst, dass eine derartige Mitarbeit alles andere als selbstverständlich ist. Ein grosses Dankeschön also auch den Umfrageteilnehmenden und den befragten Experten.

Zu guter Letzt möchte ich mich bei all jenen Personen bedanken, welche durch die Teilnahme am Pretest des Fragebogens oder durch das Gegenlesen der Bachelorarbeit einen Beitrag zur Optimierung geleistet haben.

1 Einleitung

Das Ziel der Bachelorarbeit ist es, die Bedürfnisse der Bevölkerung von Inwil im Hinblick auf zentrale Themen zu eruieren. Es geht darum, die Grundhaltungen der Menschen zu einzelnen Themen zu erfahren und nicht um spezifische Informationen zu einem bestimmten Projekt oder ähnliches. Im Sinne einer einleuchtenden Darlegung der Problemstellung erfolgt zunächst eine kurze Dokumentation der politischen Rahmenbedingungen.

1.1 Das politische System der Schweiz auf kommunaler Ebene

Die Bevölkerung einer jeden Gemeinde in der Schweiz wählt alle vier Jahre ihre Regierung, den Gemeinderat. Die Amtsträger sind jeweils für eine Legislaturperiode von vier Jahren gewählt. Sie agieren als Agenten des Volkes (Prinzipal). Die Gemeinderäte vertreten die Gemeinde nach aussen und sind angewiesen, diese möglichst im Sinne der Wählerinnen und Wähler und im Rahmen des geltenden Rechts zu führen. Dabei beschränkt sich das Aufgabengebiet des Gemeinderates auf diejenigen Bereiche, welche nicht auf Stufe Bund oder Kanton übergeordnet geregelt werden. Typische Aufgaben, welche Gemeinden selbstständig wahrnehmen können sind beispielsweise die Sicherheit, die Infrastruktur, die Schulbildung, Einbürgerungen, etc. Des Weiteren werden von den Gemeinden alljährlich Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern erhoben (Swissinfo, online).

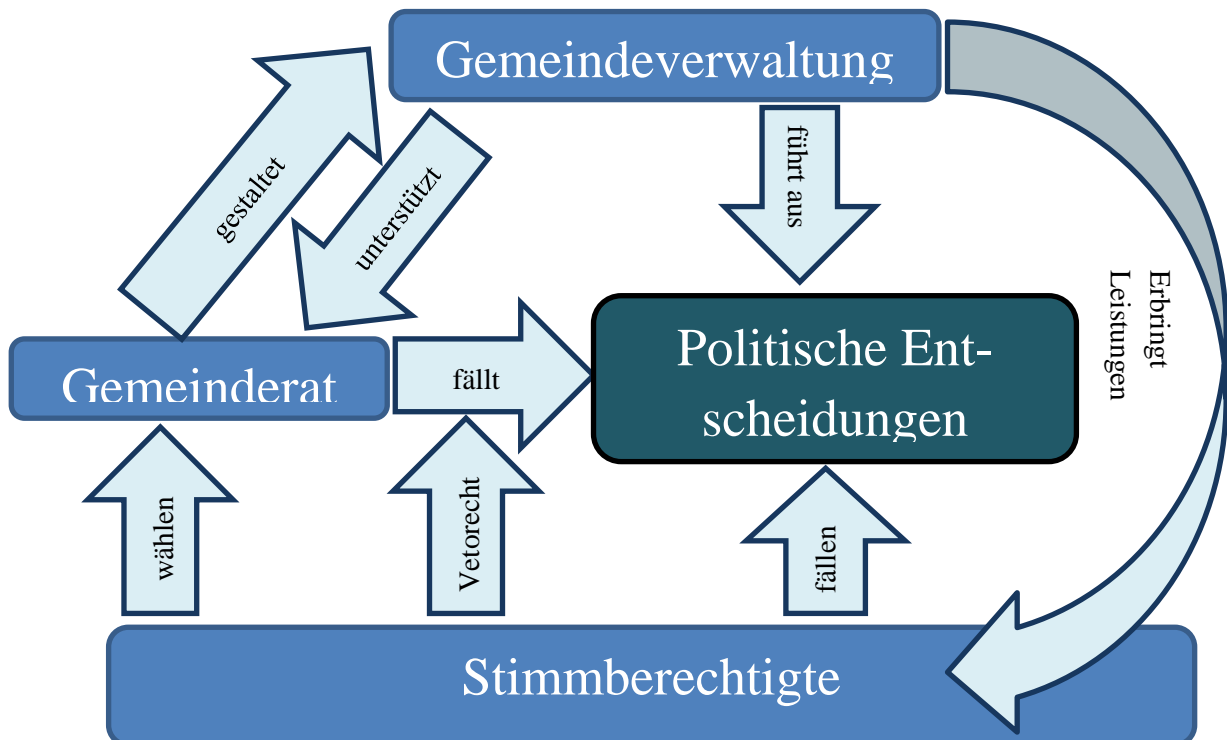


Abbildung 1: Politisches System der Schweiz auf kommunaler Ebene.

Sollte die Stimmbevölkerung mit der Arbeit eines oder mehrerer Mitglieder des Gemeinderates unzufrieden sein, so kann sie bei den nächsten Wahlen andere Personen ins Amt wählen. Darüber hinaus hat die Bevölkerung einige Mitspracherechte. Nebst den obligatorischen Abstimmungen, welche in aller Regel im Rahmen der jährlichen Gemeindeversammlung abgehandelt werden, kann sie weitere Abstimmungen erzwingen und gegen Beschlüsse des Gemeinderates vorgehen. Der Gemeinderat ist also gut beraten, die Bedürfnisse der Bevölkerung ausreichend zu berücksichtigen. Andernfalls wird er bei der Bevölkerung schnell in Ungnade fallen und mit Kritik zu kämpfen haben.

In der Schweiz wird also nicht alles zentralistisch vom nationalen Parlament geregelt. Das beschriebene politische System sieht vor, dass die einzelnen Kantone und sogar die einzelnen Gemeinden soweit wie möglich selbst ihre eigenen Regeln und Gesetze erlassen und durchsetzen können. Man spricht diesbezüglich vom Föderalismus¹. Dieser ermöglicht es unter anderem, dass sich die Gesetzgebung besser auf die Begebenheiten in einem Ort und die Wünsche der Bevölkerung anpassen kann. Das sogenannte Subsidiaritätsprinzip² verlangt, dass sämtliche Aufgaben jeweils von der tiefst möglichen Stufe übernommen werden. Dies bedeutet, dass die Gemeinden sämtliche Aufgaben, die sie selbst übernehmen können auch tatsächlich wahrnehmen sollen. Erst wenn eine Gemeinde mit einer Aufgabe überfordert ist, beispielsweise weil sie die Möglichkeiten und Kapazitäten einer Gemeinde übersteigen, wird diese von der nächsthöheren Ebene, also in diesem Fall dem Kanton übernommen. Analog dazu werden dem Bund von den Kantonen lediglich jene Aufgaben übertragen, welche einer nationalen und damit landesweit einheitlichen Gesetzgebung bedürfen (Vimentis, online).

1.2 Problemstellung

Bei einer grossen Gruppe von Personen, ist es schwierig, deren Bedürfnisse zu erkennen. Um sicherzustellen, dass der Gemeinderat diese Bedürfnisse ausreichend berücksichtigt, müssen sie dennoch auf irgendeine Art und Weise eruiert werden.

Dem Gemeinderat von Inwil ist es ein Anliegen, die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung bei wegweisenden Entscheidungen miteinzubeziehen. Deshalb wurde die Bevölkerung auch schon in früheren Jahren befragt. Die letzte Befragung liegt allerdings bereits über zehn Jahre zurück, weshalb sich der Gemeinderat veranlasst fühlt, die aktuelle Bedürfnislage durch eine neuerliche Umfrage zu erkunden. Die Tatsache, dass auch in anderen Gemeinden derartige Volksbefragungen durchgeführt wurden, hat die Absicht des Gemeinderates, dies ebenfalls zu tun, noch bestärkt.

¹ Von Föderalismus ist die Rede, wenn sich einzelne Kollektive zu einer übergreifenden Gesamtheit zusammenschliessen und gleich wohl eine gewisse Eigenständigkeit und Autonomie besitzen (Swisspolitics, online). Ein solches System herrscht in der Schweiz mit den relativ eigenständigen Kantonen, die gemeinsam die Schweiz bilden.

² Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip, werden sämtliche Aufgaben jeweils von der tiefst möglichen Ebene wahrgenommen. Erst wenn dies nicht mehr möglich ist, greift die nächsthöhere Ebene unterstützend ein (Vimentis, online).

Aus diesen Gründen hat sich die Gemeinde Inwil entschlossen, die Erfragung dieser Anliegen sowie die daraus folgende Interpretation in Auftrag zu geben. Die Ergebnisse der Befragungen stellen für die Gemeinde Inwil die Grundlagen für die Anpassung der Strategien in den verschiedenen Themenfeldern dar.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Basis der vorliegenden Arbeit bildet das sogenannte Grundlagenkapitel, welches die Gemeinde Inwil vorstellt sowie einige theoretische Inhalte zum Thema vermittelt. Das methodische Vorgehen beschreibt die Vorgehensweise bei der Umfrage und den Interviews. In den darauffolgenden Teilen wird die Auswertung der Befragungen dargestellt und beschrieben.

Die Umfrageergebnisse werden auch nach allfälligen Bedürfnisdifferenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen analysiert. Dies erlaubt eine konkretere Beurteilung welche Teile der Bevölkerung sich besonders für oder eben gegen eine Sache aussprechen. Dementsprechend kann in der Folge allenfalls auch spezifisch darauf eingegangen werden. Aus diesen Erkenntnissen werden notwendige Schlüsse für die Legislaturplanung abgeleitet. Die Arbeit wird mit Empfehlungen, bzw. einem Massnahmenkatalog abgeschlossen.

1.4 Zentrale Themen und Forschungsfragen

Nach Absprache mit dem Auftraggeber gilt es, die Bedürfnisse der Bevölkerung im Hinblick auf die nachfolgend aufgelisteten zentralen Themen zu eruieren

- **Grösse der Gemeinde / Weiterentwicklung: Wachstum oder nicht?**
- **Höhe des Steuerfusses / Umfang der Unterstützungsleistungen für Vereine**
- **Energiepolitik: Erneuerbare Energien**
- **Umwelt / Natur**
- **Infrastruktur**
 - Verkehr / Fusswege
 - Schulen / Sportplatz
 - Einkaufsmöglichkeiten
 - Restaurants
 - Altersheime
 - Alterswohnungen
- **Kooperationen mit anderen Gemeinden**
- **Kommunikation der Gemeinde**

Die folgenden Forschungsfragen sollen im Rahmen der Arbeit beantwortet werden:

1. **Grösse der Gemeinde:** *Wie soll sich die Grösse (in Bezug auf die Einwohnerzahl) der Gemeinde Inwil zukünftig entwickeln?*
2. **Höhe der Steuern und Verwendung der Steuereinnahmen:** *Wie äussert sich die Stimmbevölkerung zur Höhe der Steuern und zur Verwendung der Steuereinnahmen?*
3. **Investitionen in erneuerbare Energien:** *Wie steht die Inwiler Stimmbevölkerung zu Investitionen in erneuerbare Energien?*
4. **Umweltprobleme:** *In welchem Ausmass ist die Stimmbevölkerung mit Umweltproblemen konfrontiert und welcher Art sind diese?*
5. **Weitere Verkehrsberuhigende Massnahmen:** *Wie steht die Bevölkerung zu allfälligen weiteren verkehrsberuhigenden Massnahmen?*
6. **Neue Freizeit- und Erholungsgebiete:** *Wie äussert sich die Stimmbevölkerung zu allfälligen Investitionen in neue Freizeit- und Erholungsgebiete?*
7. **Infrastruktur:** *Wie steht es um die Zufriedenheit der Stimmbevölkerung mit einigen ausgewählten Teilen der Infrastruktur? Welche Mängel bestehen konkret?*
8. **Kooperationen mit anderen Gemeinden:** *In welchem Ausmass wünscht die Stimmbevölkerung der Gemeinde Inwil Kooperationen mit anderen Gemeinden?*
9. **Kommunikation - Ratsstube:** *In welcher Form und in welcher Auflage soll das offizielle Informationsblatt der Gemeinde, die „Ratsstube“, künftig erscheinen?*
10. **Zufriedenheit der Stimmbevölkerung:** *Wie steht es um die Zufriedenheit der Stimmbevölkerung mit den von der Gemeinde Inwil geschaffenen Rahmenbedingungen?*
11. **Zentrale Themen:** *Welche Themen sind für die Stimmbevölkerung von zentraler Bedeutung? Welche haben weniger Priorität?*
12. **Bedürfnisunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung:** *Inwiefern bestehen Bedürfnisunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung?*
 - a. *Verschiedene Altersgruppen*
 - b. *Frauen und Männer*
 - c. *Langjährige Einwohner / Neuzuzüger*
 - d. *Wohnhaft im Dorfkern / Wohnhaft ausserhalb des Dorfkerns*
 - e. *Eltern / Kinderlose Personen*
 - f. *Vereinsmitglieder / Nicht- Vereinsmitglieder*
13. **Massnahmen:** *Welche Massnahmen sollen aufgrund der Erkenntnisse ergriffen werden?*

2 Grundlagen

Das Kapitel Grundlagen beginnt mit einem kurzen, theoretischen Teil über das Zusammenspiel von Politik und Verwaltung. Darauf folgt die Vorstellung der Gemeinde Inwil, inklusive deren Gemeinderat und Verwaltung. Die Theorie über die Standortfaktoren für Unternehmen und Privatpersonen sowie über einzelne Inhalte aus der „Neuen Politischen Ökonomie“ beschliessen dieses Kapitel.

2.1 Politik und Verwaltung

Grundsätzlich hat jede Gemeinde die Sicherheit im jeweiligen Zuständigkeitsgebiet zu gewährleisten und verschiedene Wohlfahrtsaufgaben, wie beispielsweise die Existenzsicherung sämtlicher Einwohner, die Energieversorgung, die Wettbewerbsaufsicht, etc. zu übernehmen (Schedler & Proeller, 2011, S. 24). Die Lehre des New Public Management sieht vor, dass die politischen Gremien (im vorliegenden Fall der Gemeinderat von Inwil) die strategischen Ziele vorgeben, welche in der Folge durch die Verwaltung ausgeführt werden (Schedler & Proeller, S. 68). Die Verwaltung leistet der Politik auch fachliche Unterstützung und ist in die Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen involviert (Schedler & Proeller, S. 25).

Es ist die primäre Aufgabe einer jeden Verwaltung politische Entscheidungen zu vollziehen. Die zu behandelnden Themen ergeben sich zu einem grossen Teil aufgrund der Gesetze, die von politischen Instanzen geschaffen werden. Somit haben, weil im Sinne des Föderalismus eine Vielzahl unterschiedlicher Gesetze existieren, nicht alle Verwaltungen identische Aufgabengebiete. Es lässt sich jedoch allgemeingültig zwischen der Eingriffs- und der Leistungsverwaltung unterscheiden. Bei der ersteren greift die Verwaltungsbehörde in die Rechte einzelner Personen ein, während sie bei letzterer der Bevölkerung staatliche Leistungen zukommen lässt (üblicherweise wirtschaftlicher und sozialer Natur) (Schedler & Proeller, S. 23-25).

Während die Verwaltung als Managementorgan, das Sachentscheide fällt, beschrieben werden kann, geht es in der Politik darum, Mehrheiten für ein Anliegen zu gewinnen. Dies ergibt völlig unterschiedliche Voraussetzungen für Politik und Verwaltung. Trotzdem müssen beide Ebenen zwangsläufig zusammenarbeiten. Aus diesem Grund kommt der sogenannten „Übersetzungsfunktion“ eine hohe Bedeutung zu. Demnach müssen politische Vorgaben in führungsrelevante Ziele zerlegt und das Ergebnis der Verwaltungsdienstleistungen hinsichtlich politischer Aspekte eingeordnet werden (Schedler & Proeller, S. 68-69).

2.2 Gemeinde Inwil

Die Gemeinde Inwil ist der Auftraggeber der vorliegenden Arbeit. Sie wird im Folgenden kurz vorgestellt.

Slogan. Der Slogan „Leben. Wohnen. Arbeiten“ sticht den Auto- und Velofahrern bei sämtlichen Ortseingängen Inwils ins Auge. Er drückt kurz und knapp die hohe Attraktivität der Gemeinde als Wohnort aus. In der Tat findet man in Inwil zugleich ein aktives Dorfleben, ruhige und beschauliche Wohngebiete sowie die Nähe zu den wirtschaftlichen Zentren Luzern und Zug, mit ihrem grossen Angebot an Arbeitsplätzen. Über dem Slogan steht jeweils in grossen Lettern „INWIL.“. Die rote Farbe steht dabei für die Farbe des Gemeindewappens, die blaue Farbe für die Reuss und der Punkt am Ende des Schriftzuges symbolisiert die Politik der Gemeinde genau zu wissen was man will und die Dinge auf den Punkt zu bringen (Inwil (c), online).

Eckdaten. Die Gemeinde Inwil liegt im Kanton Luzern und zählt derzeit ca. 2'300 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Anteil der Schweizer Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern ist mit über 90% im gesamtschweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Die Gemeinde liegt in der Innerschweiz, lediglich 12 Kilometer von Luzern und 20 Kilometer von Zug entfernt. Ein Grossteil der Bevölkerung wohnt im Dorfkern, eine Minderheit in weitläufigen ländlichen Gebieten der Gemeinde. Das Gemeindegebiet erstreckt sich über eine Fläche von 10.32 km². So werden denn auch lediglich 11.6% der gesamten Fläche als Siedlungsfläche genutzt. 70.6% sind Landwirtschaftsgebiet und 16.2% bestehen aus Waldgebieten. Inwil grenzt im Nordosten an den Kanton Aargau und im Süden bildet die Reuss eine natürliche Gemeindegrenze. Die Ortschaft wird umgangssprachlich insbesondere von einheimischen „Eibu“ genannt (LUSTAT (a), online).



Abbildung 2: Gemeinde Inwil. Quelle: Inwil (a), online

Kirche / Politik. In Inwil sind sowohl eine römisch katholische wie auch eine evangelisch-reformierte Kirchgemeinde ansässig. Dennoch ist, wie der gesamte Kanton Luzern, auch die Gemeinde Inwil vorwiegend katholisch geprägt. Dementsprechend ist die Christliche Volkspartei CVP seit geraumer Zeit eine der wichtigsten politischen Parteien im Ort. Doch auch andere bürgerliche Parteien wie die FDP und die SVP sind in Inwil stark vertreten. SP und Grüne vertreten lediglich ca. 10% der Bevölkerung. Die Stimmbeteiligung bei politischen Wahlen und Abstimmungen der Inwiler Bevölkerung liegt in aller Regel über dem kantonalen und dem eidgenössischen Durchschnitt.

Rahmenbedingungen. Die Steuerbelastung für Unternehmen und Privatpersonen liegt ungefähr im kantonalen Durchschnitt. Die Nähe zum Flugplatz Emmen hat zur Folge, dass häufig Kleinflieger, oftmals Kampffjets, über den Dächern Inwils verkehren. Seit Oktober 2008 wird in der SFP Inwil Bio-gas aus natürlichen Ressourcen produziert. Ein Teil der Autobahn A 14 sowie eine Autobahnein- und ausfahrt verläuft auf Inwiler Boden, nahe der südöstlichen Gemeindegrenze. Die Hauptstrasse verläuft durch das Zentrum. In den meisten übrigen Strassen gilt eine Tempolimit von 30 km/h. Mit dem Restaurant „Schützenmatt“ und dem Restaurant „Kreuz“ befinden sich zwei Gastwirtschaften im Dorf. Es gibt in Inwil kein Altersheim, stattdessen bestehen Vereinbarungen mit umliegenden Gemeinden, welche über ein Altersheim verfügen. Das Projekt „Gemeinsam bleiben“ sieht den Bau diverser Alterswohnungen auf dem Standort „Sonnhof West“, südlich des Gemeindeshauses (Inwil, (b), online). Der zentral gelegene „Volg“ bietet der Bevölkerung die Möglichkeit, „das Nötigste“ in Inwil einzukaufen.

Kinderbetreuung und Schulbildung. In zwei Kinderkrippen werden zahlreiche Kleinkinder betreut. Darüber hinaus befinden sich zwei Kindergärten sowie ein Primarschulhaus im Dorf. So können Kinder bis zum Alter von ca. 13 Jahren in der Gemeinde Inwil betreut und ausgebildet werden. Die weiterführenden Schulen befinden sich in den nahegelegenen Gemeinden Eschenbach (Sekundarschule), Baldegg oder Luzern (Gymnasium und Kantonsschule) (Inwil (d), online).

Wirtschaft. Inwil ist ein attraktiver Standort für Unternehmen. Dies liegt weniger an steuerlichen Vorteilen, als vielmehr an der hervorragenden Lage, nahe den Städten Luzern, Zug und auch Zürich, verbunden mit zwei Autobahnanschlüssen in unmittelbarer Nähe. Bedeutende Unternehmen in Inwil sind die Eurostaro, die Gärtnerei Schwitter AG, die Bauhag Produkte zum Bauen AG sowie Buchmann & Britschgi AG.

Dorfgemeinschaft. Über 20 Vereine, darunter zahlreiche Sport-, Musik- und gemeinnützige Vereine, bieten den Einwohnern die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und den jeweiligen Hobbies gemeinsam nachzugehen. Auf diese Weise engagieren sich die Inwiler und Inwilerinnen in ihrer Freizeit und sorgen damit für eine intakte und aktive Dorfgemeinschaft. Der Gemeinderat weiss um die Wichtigkeit der Vereine für das Dorfleben und unterstützt diese dementsprechend (beispielsweise durch das kostenlose Überlassen von Lagerräumen). Die verschiedenen Sport- und Freizeitanlagen sowie die Wanderwege können natürlich auch individuell genutzt werden. Der katholische Hintergrund der Gemeinde zeigt sich auch darin, dass in Inwil stets in den ersten Monaten des Jahres die Fasnacht gefeiert wird (Inwil (f), online).

2.2.1 Politische Führung der Gemeinde Inwil

Die Regierung der Gemeinde Inwil setzt sich aus fünf von der Bevölkerung gewählten Personen zusammen (Inwil (g), online).



Josef Mattmann

Ressort Präsidium



Fabian Peter Gemeindegammann

Ressort Bauen – Planen – Entwicklung



Gregor Jung

Ressort Finanzen



Lisbeth Buchmann-Schmid

Ressort Soziales



Brigitta Jozsa-Jans

Ressort Bildung

Der so zusammengesetzte Gemeinderat von Inwil ist für die Legislaturperiode von 2012 bis 2016 gewählt. Im Jahr 2016 können die einzelnen Gemeinderäte zur Wiederwahl antreten und sich allenfalls für weitere vier Jahre ins Amt wählen lassen.

Entsprechend dem in der Schweiz üblichen Milizsystem arbeiten die Gemeinderäte im Teilzeitpensum. Sie sind also neben der Tätigkeit als Gemeinderat noch berufstätig. In ihrem Amt als Gemeinderat oder Gemeinderätin fällen sie politische Entscheidungen und treten als Kollegialbehörde auf.

In einigen Kantonen ist der Gemeindeammann auch gleichzeitig der Gemeindepräsident. Die beiden Begriffe werden dann als Synonym für den Vorsteher des Gemeinderates verwendet. Derweil ist es im Kanton Luzern üblich, zwischen diesen beiden Begriffen zu unterscheiden. So ist der Gemeindeammann in Luzerner Gemeinden in der Regel für das grösste Ressort zuständig, typischerweise das Baudepartement. Die Rolle des Vorstehers des Gemeinderates wird aber nicht vom Gemeindeammann sondern vom Gemeindepräsident eingenommen.

2.2.2 Verwaltung der Gemeinde Inwil



Daniel Hermann

Gemeindeschreiber

Die Aufgabe der Gemeindeverwaltung ist es, wie bereits erwähnt, politische Entscheidungen zu vollziehen. Die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung sind von der Gemeinde Inwil angestellt und verfügen über Arbeitsverträge. Sie sind also im Gegensatz zur Regierung nicht für eine befristete Dauer vom Volk gewählt.

Die Gemeindeverwaltung ist auch für die Herausgabe des offiziellen Informationsblattes der Gemeinde, der „Ratsstube“, verantwortlich. Mit der 4-mal jährlich erscheinenden „Ratsstube“ informieren die Gemeinderäte und die Verwaltung über verschiedene Aktualitäten.

Der Gemeindeschreiber, Herr Daniel Hermann, ist der Vorsteher der Gemeindeverwaltung von Inwil. Diese setzt sich nebst dem Gemeindeschreiber noch aus folgenden Mitarbeitenden zusammen (Inwil (e), online):

- **Frau Olivia Mehr**, Gemeindeschreiber-Stellvertreterin
- **Frau Michaela Gamma**, Kanzlei Sachbearbeiterin
- **Frau Doris Willimann**, Leiterin des Steueramtes
- **Frau Claudia Eggerschwiler**, Sachbearbeiterin Steueramt
- **Frau Ursula Helfenstein**, Leiterin Buchhaltung
- **Herr Nicolas Fischer**, Lernender
- **Frau Elena Siegrist**, Lernende

2.3 Standortfaktoren

Ziel dieser Arbeit ist es, die Bedürfnisse der Bevölkerung Inwils für die künftige Entwicklung der Gemeinde in Erfahrung zu bringen. Es geht also letzten Endes auch darum, welche Faktoren dazu beitragen, dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner von Inwil im Ort wohl fühlen. In diesem Teil werden allgemeine Erkenntnisse zu diesem Thema sowie Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage in der Gemeinde Inwil dargelegt.

Juristische und natürliche Personen können in der Schweiz in aller Regel frei entscheiden, an welchem Ort sie sich niederlassen. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Da im Rahmen der vorliegenden Arbeit im Wesentlichen die Bedürfnisse der Bevölkerung im Zentrum stehen, sind vor allem die Standortfaktoren für die Wahl des Wohnortes relevant. Dennoch lohnt sich eine kurze Auseinandersetzung mit den Standortfaktoren für Unternehmen, da die Ansiedlung neuer Unternehmen auch für die Bevölkerung einer Gemeinde direkte und je nachdem spürbare Auswirkungen hat.

2.3.1 Standortfaktoren für Unternehmen

Die Ansiedlung von Unternehmen bringt für eine Gemeinde üblicherweise viele Vorteile. Die wichtigsten Vorzüge sind wohl zusätzliche und je nach Grösse des Unternehmens beträchtliche Mehreinnahmen bei den Steuern sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Ort. Deshalb möchten viele Gemeinden möglichst attraktiv für potenzielle Unternehmen sein. Von den Effekten zusätzlicher Steuereinnahmen und Arbeitsplätze profitiert die gesamte Bevölkerung. Je nach Unternehmen (beispielsweise bei einer Filiale eines Detailhandelsunternehmens oder einer Metzgerei) können die Bewohner einer Gemeinde auch aus der Ausweitung des Angebots einen Mehrwert ziehen.

Für die Wahl des Standortes von Unternehmen sind sogenannte Standortfaktoren ausschlaggebend. Eckey (2008) unterscheidet diesbezüglich zwischen harten und weichen Faktoren. Harte Faktoren, wie beispielsweise Nähe zu den benötigten Ressourcen, Energiekosten, Steuersatz, etc. beeinflussen direkt die Produktionsrentabilität. Weiche Faktoren, wie zum Beispiel die schulische Versorgung, geringe Umweltverschmutzung, landschaftliche Attraktivität, Sicherheit, etc. betreffen den Versorgungs- und Freizeitbereich. Falls das Unternehmen einen Standort sucht, um kurzfristig den Gewinn zu maximieren, fallen vor allem die harten Faktoren ins Gewicht. Weiche Faktoren haben nur indirekte ökonomische Auswirkungen für das Unternehmen. Ausserdem spielen nicht für alle Unternehmen dieselben Faktoren eine Rolle bei der Standortwahl. Demnach gibt es neben den allgemeinen Standortfaktoren (Steuern, Qualität der Arbeitskräfte, etc.), welche sämtliche Unternehmen betreffen auch noch spezifische Standortfaktoren. Diese sind nur für einzelne Unternehmen von Bedeutung. Zu den spezifischen Faktoren gehört zum Beispiel die räumliche Nähe zu Universitäten, das Vorhandensein eines internationalen Flughafens usw. (S. 17-18).

Teuscher (2011) benennt die fünf wichtigsten Standortfaktoren für Unternehmen (S. 44-45). Demnach sind dies:

1. Materialbezogene Standortfaktoren

Vor allem für Unternehmen der verarbeitenden Industrie ist es von Bedeutung, nahe bei Zulieferbetrieben oder benötigten Rohstoffen angesiedelt zu sein, um hohe Transportkosten zu vermeiden.

2. Arbeitsbezogene Standortfaktoren

Es ist für jedes Unternehmen entscheidend, wie hoch das Lohnniveau an einem Standort ist und ob es genügend Arbeitskräfte gibt, die von der Qualifikation her den Anforderungen des Unternehmens entsprechen. Man kann hier also von einem typischen allgemeinen Standortfaktor sprechen.

3. Absatzbezogene Standortfaktoren

Die Nähe zu Kunden kann für Unternehmen ein entscheidender Faktor sein. Besonders Dienstleistungsunternehmen sind oft davon abhängig.

4. Verkehrsbezogene Standortfaktoren

Um die Vertriebskosten zu minimieren, suchen Unternehmen mit einem grossen Absatzgebiet nach einem Ort, der verkehrstechnisch gut erschlossen ist.

5. Abgabenbezogene Standortfaktoren

Die Minimierung der Steuerausgaben ist das Ziel jedes Unternehmens. Besonders ins Gewicht fällt dieser Faktor bei grossen internationalen Unternehmen.

2.3.2 Standortfaktoren für die Wahl des Wohnortes

Während es zu den Standortfaktoren für Unternehmen unzählige Studien und sehr viel Literatur gibt, sind die Standortfaktoren für die Wahl des Wohnortes weit weniger erforscht.

Das Institut für Betriebs- und Regionalökonomie der Hochschule Luzern hat sich der Thematik angenommen und den Verein Umzugsmonitoring ins Leben gerufen. Durch Umzugerbefragungen sollen die Wohnpräferenzen der Schweizer Haushalte systematisch erforscht werden (Umzugsmonitoring (a), online). Auch die Gemeinde Inwil nahm im Jahr 2012 an diesem Projekt teil und erhielt nach Abschluss der Befragungen eine Auswertung der Informationen.

Fast 20% aller Haushalte wechseln innerhalb eines Jahres die Adresse. Die Umzugerbefragungen sollen die Gründe, welche die Menschen zu diesem Schritt bewegen, erörtern. In der Auswertung unterscheidet Umzugsmonitoring zwischen Kernstädten, Agglomerationen und ländlichen Gemeinden. Die Grenzen zwischen diesen Begriffen sind allerdings nicht immer ganz klar. Gerade im Falle der Gemeinde Inwil kann nicht abschliessend beurteilt werden, ob es sich nun um eine Agglomerationsgemeinde der Stadt Luzern oder doch eher um eine ländliche Gemeinde handelt.

Die Tatsache, dass Inwil über grosse Flächen unbebauter Landschaft und landwirtschaftliche Nutzflächen verfügt, deutet darauf hin, dass es sich um eine eher ländliche Gemeinde handelt. Ausserdem ist Inwil im Regionsprofil von LUSTAT nicht als Agglomerationsgemeinde aufgelistet (LUSTAT, online).

Die Erhebungen von Umzugsmonitoring zeigen, dass 71% der Personen, die aus einer ländlichen Gemeinde wegziehen, ihren neuen Wohnort erneut in eine ländliche Gemeinde verlegen. Damit sind die Einwohner ländlicher Gebiete diesen relativ treu. In den meisten Fällen meiden sie Agglomerationen und Kernstädte als Wohnort (Umzugsmonitoring (b), 2012, S. 3).

Die Gründe für einen Wegzug, sogenannte Push Faktoren sind vielfältig. In den allermeisten Fällen ist jedoch die Veränderung der Haushaltsform oder die Veränderung der Arbeitsplatzsituation der ausschlaggebende Faktor. Allfällige Unzufriedenheiten mit dem Wohnobjekt oder dem Wohnort fallen weniger ins Gewicht (Umzugsmonitoring (b), S. 5). Diese Push Faktoren lassen sich von der Gemeindeverwaltung kaum beeinflussen, da sie persönlich motiviert sind. Allenfalls könnten Wegzüge aufgrund der Veränderung der Arbeitsplatzsituation etwas vermindert werden, wenn der Arbeitsmarkt in der Gemeinde durch die Ansiedlung neuer Unternehmen vergrössert wird (Umzugsmonitoring (b), S. 23).

Somit muss die Verwaltung den Hebel bei den Anziehungs-, also den Pull Faktoren ansetzen, um für potenzielle Neuzuzüger möglichst attraktiv zu werden. Hier zeigt sich, dass die ÖV-Erschliessung in den Städten und Agglomerationen für Neuzuzüger von sehr hoher Priorität ist, während sie in ländlichen Gemeinden nur eine untergeordnete Rolle spielt. Entscheidende Pull-Faktoren sind in ländlichen Gebieten die Wohnung, die PW-Erschliessung, das Umfeld, die Sicherheit, die Nähe zur Arbeit und zu Schulen sowie die Nähe zu Familie und Freunden (Umzugsmonitoring (b), S. 6-7). Die Steuerbelastung ist gemäss der Umzugerbefragung nicht von grosser Bedeutung (Umzugsmonitoring (b), S. 23).

Bezüglich der Eigenschaften des Wohnobjekts (ebenfalls Pull Faktoren) sind vor allem die ruhige Lage, die Aussicht, das Vorhandensein von Aussenräumen sowie die Besonnung den Mietern in ländlichen Gemeinden wichtiger als Mietern in Agglomerationen und Städten. Die zentrale Lage des Wohnobjektes spielt auf dem Land eine untergeordnete Rolle (Umzugsmonitoring (b), S. 11).

Dies sind allgemeine Informationen aus den Befragungen von Um-, Zu- und Wegzügern aus 87 Gemeinden des Kantons Luzern und der Region Zofingen vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011. Doch wie sieht es mit den Standortfaktoren für die Wahl des Wohnortes der Gemeinde Inwil aus? Treffen die Erkenntnisse aus der Umzögerbefragung von Umzugsmonitoring auch auf die Gemeinde Inwil zu? Um dies herauszufinden, wurden die Teilnehmenden der Bevölkerungsumfrage nebst den Fragen zur künftigen Entwicklung auch mit der Frage konfrontiert, aus welchen Gründen sie sich für den Wohnort Inwil entschieden haben.

Zunächst fällt auf, dass fast zwei Drittel der Teilnehmenden der Umfrage seit mehr als 10 Jahren in Inwil wohnhaft sind. So erstaunt es nicht, dass viele der befragten Personen angeben, in Inwil aufgewachsen und in der Gemeinde stark verankert zu sein. Ein weiterer wichtiger Grund für eine Vielzahl von Personen ist die Tatsache, dass Inwil sehr nahe an den Städten Luzern und Zug und auch nicht allzu weit von Zürich entfernt liegt und dennoch eine sehr ländliche und ruhige Gemeinde ist. Die Kombination aus günstiger Lage, oftmals verbunden mit kurzen Arbeitswegen und unberührter Natur ist für viele das ausschlaggebende Argument gewesen, den Wohnsitz nach Inwil zu verlegen. Auch mit der Familienfreundlichkeit kann die Gemeinde punkten. Vor allem die Durchsetzung von Tempo 30 in den meisten Strassen, das gute Bildungsangebot sowie Sport- und Spielplätze tragen entscheidend dazu bei. Auch das aktive Dorf- und Vereinsleben wird von einigen hervorgehoben. In Inwil kennt man sich und ist unter „Freunden“. Manche führen dies zumindest teilweise auf den „vernünftigen“ Ausländeranteil zurück.

Eine überwältigende Mehrheit beurteilt die Gesamtzufriedenheit mit dem Wohnort Inwil mit „eher genügend“ oder gar „deutlich genügend“. Rückmeldungen wie: „Wir werden noch lange bleiben“, „es gibt keinen Grund umziehen“, „ich bin Inwiler aus Überzeugung“, „ich könnte mir keinen besseren Ort vorstellen“ oder ähnlich kamen mehrmals.

2.4 Neue politische Ökonomie

Die Bevölkerung einer Gemeinde besteht aus vielen Individuen mit jeweils eigenen Präferenzen. Die stimmberechtigten Personen haben in der Schweiz weitreichende Mitbestimmungsrechte. Sie wählen auch auf kommunaler Ebene Politiker, welche die Bevölkerung vertreten und politische Entscheide fällen. Die Theorie der neuen politischen Ökonomie befasst sich mit Verhaltensmustern von Individuen. Dabei untersucht sie auch die Rolle der Politiker genauer, beziehungsweise sie wendet die Erkenntnisse der ökonomischen Analyse auf die Politik an. Nachfolgend werden einige zur Problemstel-

lung der vorliegenden Arbeit passende Aspekte und Modelle der aus der Theorie der neuen politischen Ökonomie kurz beschrieben.

2.4.1 Das allgemeine ökonomische Verhaltensmodell

Das allgemeine ökonomische Verhaltensmodell trifft verschiedene Annahmen über das Verhalten von Individuen. Diese Annahmen gehen auf die ökonomische Analyse des berühmten Philosophen Adam Smith zurück und dient nicht nur der Analyse von Märkten, sondern auch dem Verständnis der Gesellschaft als Ganzes (Blankart, 2011, S. 9-10). Die nachfolgenden Annahmen sind gewissermassen die Basis um die Inhalte der Theorie der neuen politischen Ökonomie zu verstehen. Sie können selbstredend auch der Bevölkerung der Gemeinde Inwil bezüglich deren Interessen für die künftige Entwicklung der Gemeinde unterstellt werden.

Annahme des methodologischen Individualismus

Diese Annahme unterstellt, dass jedes Handeln individuelles Handeln ist. Blankart führt aus, dass aus ökonomischer Sicht nur Individuen Interessen haben können. Ein „öffentliches Interesse“ kann demnach nicht bestehen. Vielmehr spricht man von allfälligen „gemeinsamen Interessen“ verschiedener Individuen (S. 10).

Eigennutzenannahme

Geht man von der Eigennutzenannahme aus, so handeln Individuen normalerweise nach ihrem eigenen Vorteil. Demnach handeln Individuen oft egoistisch und sind darauf bedacht, den eigenen Nutzen zu maximieren (Blankart, S.10). Dies bedeutet angewendet auf gewählte Politiker, dass sie gar nicht in erster Linie im Sinne der Bevölkerung handeln, sondern primär versuchen ihren eigenen Nutzen zu maximieren (Kirsch, 2004, S. 201). Auf dieses Problem wird weiter unten unter Punkt 2.5.5 noch genauer eingegangen.

Annahme gegebener Präferenzen und veränderlicher Beschränkungen

Diese Annahme unterstellt, dass sich die Präferenzen der einzelnen Individuen nicht verändern. Trotzdem kann sich sein Verhalten ändern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Beschränkungen (Güterangebot, Preise, Kosten, Einkommen, Verbote, etc.) verändern. Das Individuum ändert also sein Verhalten, weil es sich an die Beschränkungen rational anpasst und nicht, weil sich seine Präferenzen geändert haben (Blankart, 2011, S. 11).

Annahme der Existenz relevanter Alternativen

Die Existenz möglicher Alternativen wird in jedem Fall angenommen. Demnach kann sich ein Individuum immer zwischen verschiedenen Varianten entscheiden. Es gibt niemals nur eine Möglichkeit. Gerade aus diesem Grund kann es sich bei veränderten Beschränkungen jederzeit für eine andere Variante entscheiden (Blankart, S. 12).

2.4.2 Modell von Hirschmann: Exit und Voice

Jedes Individuum ist Mitglied in verschiedenen Kollektiven. Ein solches Kollektiv kann beispielsweise die Familie, ein Unternehmen oder die Bevölkerung einer Gemeinde sein. Da nun jedes Individuum eines Kollektivs individuelle Präferenzen hat, wird es sich möglicherweise in gewissen Punkten der Gemeinschaft unterordnen, da die eigenen Präferenzen nicht mit den Entscheidungen des Kollektivs übereinstimmen. Es wird gewissermassen gezwungen, die Entscheidung zu akzeptieren.

Von Zwang kann aber nicht wirklich die Rede sein, wenn das Individuum freiwillig in diesem Kollektiv ist und es jederzeit verlassen kann. Je höher jedoch die Kosten sind, um das Kollektiv zu verlassen (beispielsweise bei einer Sekte, welche ehemalige Mitglieder nach deren Austritt verfolgt), desto grösser wird der Zwang, im Kollektiv zu bleiben.

Die zweite Möglichkeit, welche einem Individuum im Falle einer Differenz mit der Kollektiventscheidung bleibt, ist der Entscheidung zu widersprechen. Ziel dieses Widerspruchs ist es, die Entscheidung dahingehend zu verändern, dass sie den eigenen Präferenzen letztendlich entspricht. Im Gegensatz zu einem diktatorischen Staat wie beispielsweise Nordkorea, wo Widerspruch zu politischen Entscheidungen chancenlos ist, haben die stimmberechtigten Personen in der Schweiz die Möglichkeit, Entscheidungen durch Widerspruch zu beeinflussen (Kirsch, 2004, S. 55-59).

Das Modell von Hirschmann, dargestellt in Tabelle 1 und ergänzt mit Beispielen, fasst diesen Sachverhalt zusammen.

Tabelle 1: Modell von Hirschmann (Kirsch, S.59)

	Möglichkeit der Abwanderung	Keine Möglichkeit der Abwanderung
Möglichkeit des Widerspruchs	Freundeskreis	Familie
Keine Möglichkeit des Widerspruchs	Konzertbesuch	Einwohner Nordkoreas

Je kleiner die Möglichkeiten der Abwanderung und des Widerspruchs sind, desto mehr wird das Individuum gezwungen, die Begebenheiten hinzunehmen. Für die obige Darstellung gilt also, je dunkler das Feld, desto grösser der Zwang.

Die Anwendung dieses Modells auf das Kollektiv der Bevölkerung von Inwil lässt folgende Schlüsse zu:

Wie bereits erwähnt sind die Mitbestimmungsrechte der stimmberechtigten Personen in der Schweiz sehr weitreichend. Diese werden durch eine Bevölkerungsumfrage wie sie nun in Inwil durchgeführt

wird, sogar noch ausgeweitet. Hinzu kommt, dass hierzulande alle jederzeit ihren Wohnort wechseln können. Dementsprechend sind die Stimmberechtigten der Gemeinde Inwil weit davon entfernt, den Kollektiventscheidungen zwanghaft ausgeliefert zu sein.

Etwas anders sieht es bei jenem Teil der Bevölkerung aus, welcher nicht stimmberechtigt ist. Diese Personen haben nämlich kaum Mitbestimmungsrechte. Ihr Widerspruch ist damit politisch quasi chancenlos. Ein erwachsener Bewohner der Gemeinde Inwil, der aufgrund der fehlenden schweizerischen Staatsbürgerschaft nicht stimmberechtigt ist, könnte zumindest theoretisch problemlos in eine andere Gemeinde ziehen. Handelt es sich bei der nicht stimmberechtigten Person jedoch beispielsweise um ein zehnjähriges Kind, so hat dieses nicht nur keine Möglichkeit des Widerspruchs, es kann das Kollektiv auch kaum verlassen, weil es darauf angewiesen ist, bei den Eltern zu wohnen. Dieses Kind ist somit einem gewissen Zwang ausgesetzt.

2.5.3 Der Schleier des Unwissens

Individuen versuchen stets ihren individuellen Nutzen zu maximieren. Demnach entscheiden sie sich aus verschiedenen Alternativen immer für diejenige, die für sie selbst den grössten Nutzen generiert. Dabei berücksichtigt es auch, wie die Gesellschaft funktioniert und in welcher Position innerhalb dieser Gesellschaft es sich befindet. Es ist also gewissermassen voreingenommen und dadurch nicht in der Lage, eine Entscheidung neutral zu treffen. So wird sich beispielsweise eine sehr reiche Person gegen die Erhöhung einer progressiven Steuer aussprechen, weil sie dadurch dem Staat mehr Geld entrichten müsste. Im Gegensatz dazu würde eine eher arme Person die Erhöhung der progressiven Steuer unterstützen, da dies eine Umverteilung von reich zu arm zur Folge hätte. Doch wie würden sich die beiden Personen entscheiden, wenn sie eben nicht wüssten dass sie reich, bzw. arm sind?

Der Schleier des Unwissens („veil of ignorance“) ist ein Gedankenkonstrukt, das unterstellt, dass jedes Mitglied der Gesellschaft absolut im Unklaren darüber ist, wie die Gesellschaft in der es lebt aussieht und in welcher Position er sich darin befindet. Wäre diese Voraussetzung gegeben, dass alle Mitglieder der Gesellschaft sich hinter dem Schleier des Unwissens befänden, so wären sie vollständig indifferent (Kirsch, S. 155-156).

Unter diesen Voraussetzungen würden die vorhin genannten Personen möglicherweise anders entscheiden. Dies wäre die optimale Voraussetzung um einen Konsens über die Regeln innerhalb einer Gesellschaft zu finden.

Bekanntlich ist das jedoch nicht der Fall und so bleibt die Erkenntnis, dass auch bei der Bevölkerungsumfrage in Inwil, sämtliche Personen ihre Entscheide unter Berücksichtigung der aktuellen Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft treffen werden.

2.5.4 Sich kreuzende Gräben

Die Bevölkerung lässt sich bei politischen Fragen nicht in ein eindimensionales Schema, beispielsweise in ein „links – rechts“ Schema, einteilen. Vielmehr spielen auch unzählige andere politisch relevante Faktoren („cleavages“) wie der Wohnort, die Sprache, die Religion, das Vermögen, etc. bei der Entscheidungsfindung von Individuen eine Rolle. Demnach muss sich also jedes Individuum einen Sachverhalt aus unterschiedlichen Gesichtspunkten („cleavages“) beurteilen. Je vielfältiger, also je mehrdimensionaler eine Gesellschaft ist, desto mehr muss auch das einzelne Individuum, weil es eben verschieden Sichtweisen in sich vereint, bei einer Entscheidung Kompromisse schliessen.

Gerade weil es in der Schweiz sehr viele heterogene Gruppen gibt, welche die Gesellschaft durch unterschiedliche Linien trennen, können hierzulande gute Kompromisse gefällt werden. Andere Voraussetzungen herrschen etwa in Belgien, wo annähernd bei allen Themen eine Diskrepanz zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil des Landes besteht. Kompromisse sind unter diesen Voraussetzungen kaum möglich. Dies kommt dadurch zustande, weil sich die Grenzen der verschiedenen cleavages (Sprache, Wirtschaft, etc.) überlagern, sprich sie haben denselben Verlauf und spalten die Bevölkerung immer wieder ungefähr in die gleichen zwei Lager. Derweil überschneiden sich diese Trennlinien in der Schweiz häufig, man spricht von sogenannten „cross-cutting cleavages“. Dies erleichtert die Konsensfindung (Kirsch, 160-165).

2.5.5 Asymmetrische Information - Prinzipal-Agenten Problem

Das Problem der asymmetrischen Information ist aus der Marktwirtschaft bekannt. Es gibt viele Fälle, in denen Käufer als Laie über weit weniger Informationen über ein Produkt verfügt als der Verkäufer. Nicht selten nutzt der Verkäufer dies aus, indem er den Käufer nicht über allfällige Mängel des Verkaufsgegenstandes (z.B. bei einem Auto) informiert und einen entsprechend überteuerten Preis einfordert (Blankart, 2011, S. 14-16).

Analog dazu, verfügen auch Politiker (Agenten) über mehr Informationen als die Bevölkerung (Prinzipal). Der einzelne Bürger vermag nicht abschliessend zu beurteilen, wie gut ein Politiker ist, beziehungsweise was er selbst zu einem Erfolg, bzw. Misserfolg beigetragen hat. Dies ist insofern problematisch, da damit den Volksvertretern die Möglichkeit offen steht, dies auszunutzen. Sie dürften dies natürlich nicht, weil sie als Stellvertreter der Bevölkerung angehalten sind, auch in deren Sinne zu handeln. Der französische Schriftsteller Jean-Jacques Rousseau vertrat eben diese Theorie, dass die Bevölkerung ihren Willen, also den „volonté générale“ kundtut und die Politiker lediglich für die Realisierung und Durchsetzung dieses Willens zuständig sind (Kirsch, 2004, S. 207-208). Der Gedanke, dass es das oberste Ziel der Politiker ist, uneigennützig dem Volk zu dienen, ist eher naiv und realitätsfremd. Auch ein Metzger verkauft sein Fleisch in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen und nicht weil er die Bevölkerung ernähren will. Man muss also auch bei Politikern vom allgemeinen ökonomischen Verhaltensmodell ausgehen. Das heisst, dass alle Individuen lediglich für sich selbst entscheiden

und stets bestrebt sind den persönlichen Nutzen zu maximieren. Somit liegt es nahe, dass Politiker ihre eigenen Ziele gemäss ihren eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen verfolgen. Deswegen ist bei der Theorie von Rousseau eine gewisse Skepsis angebracht (Kirsch, S. 201).

Wenn nun aber wie es Kirsch formuliert: „die Zielrealisierung der Politiker von jener der Wähler abhängig gemacht wird“ (S. 204), entsteht ein Positivsummen-Spiel. Demnach können Politiker nur erfolgreich sein und damit ihren eigenen Nutzen maximieren, wenn sie auch den Nutzen der Bevölkerung maximieren.

Der Österreichische Ökonom und Politiker Josef Schumpeter konkretisiert, wie genau das funktionieren soll. Entscheidend ist, dass die Politiker in einem Konkurrenzkampf um Wählerstimmen stehen. Somit regieren schlicht jene Politiker, welche die grösste Unterstützung aus dem Volk erfahren. Dies werden naturgemäss diejenigen sein, welche das Volk am besten vertreten. Auf diese Weise führt die individuelle Nutzenmaximierung der Politiker (nämlich wiedergewählt zu werden) auch zur Umsetzung des *volonté générale*, weil dies die Voraussetzung für die Wiederwahl eines Politikers ist (Kirsch, S. 209-210).

Somit ist es auch für die Gemeinderäte der Gemeinde Inwil von grosser Wichtigkeit, dass sie im Sinne der Allgemeinheit politisieren. Die Befragung der Bevölkerung gibt Aufschluss über die Bedürfnisse. Danach kann die Politik dann ausgerichtet und im besten Fall die Wiederwahl erreicht werden.

2.5.6 Direkte und indirekte Demokratie

Es besteht die Gefahr, einer gewissen Distanz zwischen der Politik und der Lebenswirklichkeit der Bürger und Wähler. Die Bevölkerung versteht dann die Sprache und die Inhalte der Politiker nicht mehr und bezeichnet diese gerne als abgehoben. So kann sich eine sogenannte „Classe Politique“ mit teilweise eigenen Regelungen entwickeln. Die Folge kann eine Politikverdrossenheit der Bevölkerung sein, die sich immer weniger mit einer Gemeinschaft identifiziert, da ja ohnehin die „Classe Politique“ entscheidet. Eine solche Entwicklung verschärft das Prinzipal-Agenten Problem. Noch ausgeprägter ist dieses Problem in indirekten Demokratien, wo sich die Bevölkerung nicht zu Sachentscheiden, sondern lediglich bei Personenwahlen äussern kann (Kirsch, S. 204-205).

Doch auch gegen die direkte Demokratie gibt es Einwände. So werden beispielsweise der für komplexe Fragestellungen zu geringe Sachverstand grosser Bevölkerungsschichten und die möglichen Emotionen, die bei der Bevölkerung mitspielen und sachliche Entscheide verunmöglichen (Kirsch, S. 206).

Beide Argumentationen mögen ihre Richtigkeit haben. Die Schweiz hat mit dem System der halbdirekten Demokratie einen Mittelweg gewählt. Somit kann oder muss man mit den Vorteilen, aber auch den Nachteilen beider Systeme ein Stück weit leben.

3 Methodisches Vorgehen

Im Kapitel methodisches Vorgehen ist die Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Erkundung der Bedürfnisse der Bevölkerung beschrieben. Dabei ist zwischen der quantitativen Forschung³, also der Bevölkerungsumfrage und der qualitativen Forschung⁴, also den Interviews zu unterscheiden.

3.1 Quantitative Sozialforschung

Eine breit angelegte Umfrage ist im Hinblick auf das Ziel der Arbeit das probate Mittel, um von einem möglichst grossen Teil der Bevölkerung die benötigten Informationen zu erhalten. Da die Aussagekraft der Umfrage erhöht wird, je mehr Personen diesen auch tatsächlich ausfüllen, muss der Fragebogen innert relativ kurzer Zeit zu beantworten sein. Dies setzt voraus, dass nicht unnötig viele Fragen gestellt werden und diese einfach formuliert sind. Im Sinne der Übersichtlichkeit macht es Sinn, den Fragebogen in einige Themenbereiche zu unterteilen und entsprechend zu gliedern. Da der Fragebogen von den Probandinnen und Probanden⁵ selbstständig ausgefüllt wird, muss er selbsterklärend und in einem ansprechenden Layout gestaltet sein. Am Ende des Fragebogens werden einige Fragen zur Person, also sogenannte demographische Fragen gestellt, welche für die Auswertung interessant sind (Schumann, 2006, S. 75).

3.1.1 Themen

Der Fragebogen soll von einem Teil der Bevölkerung ausgefüllt werden, wobei die Anzahl und Struktur der Befragten ein repräsentatives Ergebnis garantieren. Durch den Fragebogen soll die allgemeine Grundstimmung der Bevölkerung bezüglich den in Kapitel 1.4 genannten zentralen Themen in Erfahrung gebracht werden.

Die Bedürfnisse der Bevölkerung von Inwil zu den genannten Themen sollen eruiert werden. Diese Ergebnisse werden dann mit den Methoden der deskriptiven und der schliessenden Statistik ausgewertet und anschliessend interpretiert.

Dabei soll auch geprüft werden, ob zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Bedürfnisse bestehen. So ist beispielsweise interessant zu sehen, ob es Bedürfnisunterschiede in den verschiedenen Altersgruppen oder bei den Geschlechtern gibt. Um dies auszuwerten werden am Ende des Fragebogens noch einige demographische Fragen gestellt.

³ Befragung einer breiten Masse, in der Regel durch Fragebogen (Mayer, 2009, S. 58).

⁴ Befragung einzelner, meist gezielt ausgewählter Personen, in der Regel durch Interviews (Mayer, 2009, S. 37).

⁵ Probandinnen und Probanden sind laut dem Wirtschaftslexikon Gabler „Versuchspersonen in der Marktforschung“ (online). Im Falle der Bevölkerungsumfrage von Inwil ist bei sämtlichen Umfrage-teilnehmenden auch von Probandinnen und Probanden die Rede.

Nach erfolgter Auswertung und Analyse der Ergebnisse gilt es, Schlüsse für die Legislaturplanung sowie sinnvolle und konkrete Massnahmen abzuleiten. Auf diese Weise sollen die eingangs gestellten Forschungsfragen möglichst gut beantwortet werden können.

3.1.2 Stichproben

Mit der quantitativen Befragung sollen die Bedürfnisse der Bevölkerung der Gemeinde Inwil eruiert werden. Es sollen also von einer Grundgesamtheit spezifische Informationen gewonnen werden. Grundgesamtheit ist die Menge aller Personen, auf die sich Aussagen der Untersuchung beziehen sollen. Wer genau zur Grundgesamtheit gehört wird nachfolgend noch genau definiert. Die zuverlässigsten Ergebnisse würde man erhalten, wenn 100% der Grundgesamtheit befragt würden. Weil eine Umfrage mit derart vielen Personen sehr aufwändig und aus verschiedenen Gründen nicht zweckmässig wäre, wird stellvertretend für die Grundgesamtheit lediglich ein Teil derselben, also eine Stichprobe, befragt (Mayer, 2009, S.59-60).

3.1.2.1 Vorgehen bei der Stichprobenauswahl

Schnell, Hill und Esser (2008) besagen, dass nur wenn die Auswahl der Stichprobe auf dem Zufall basiert, die Fehler berechnet werden können, welche beim Rückschluss auf die Grundgesamtheit zwangsläufig entstehen (S. 267). Die Stichprobe ist auch nur dann sogenannt repräsentativ (Rüdiger, Heinz, Décieux & Eirmbter, 2011, S. 74). Bei der einfachen Zufallsstichprobe hat jedes Element der Grundgesamtheit dieselbe Chance, für die Stichprobe ausgewählt zu werden (Schnell, Hill & Esser, 2008, S. 266). Die zufällige Stichprobe ist die übliche Vorgehensweise wenn man sämtliche Namen einer Grundgesamtheit in einer Liste zusammengefasst hat (Mayer, 2009, S. 61).

Da sämtliche Elemente der Grundgesamtheit bei der reinen Zufallsauswahl die exakt gleichen Chancen haben, für die Stichprobe ausgewählt zu werden, ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Stichprobe die Grundgesamtheit wahrheitsgetreu widerspiegelt, sehr gross. Die Umfrage ist also repräsentativ (Mayer, S.61). Somit können die durch die Stichprobe erhaltenen Informationen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die Grundgesamtheit angewendet werden, sofern die Stichprobe im Verhältnis zur Grundgesamtheit genügend gross ist.

3.1.2.2 Grösse der Stichprobe

Zunächst muss die Grundgesamtheit genau definiert werden. In Inwil leben derzeit rund 2'300 Personen. Würde man diese Zahl als Grundgesamtheit definieren, so wären sämtliche Einwohner Inwils potenzielle Teilnehmende der Umfrage. Es macht jedoch selbstredend wenig Sinn, Kinder mit derartigen Fragestellungen zu konfrontieren. Da die Bevölkerung mit der Umfrage vorwiegend zu politischen Sachverhalten befragt wird und dem Gemeinderat letzten Endes einen Auftrag zur Weiterentwicklung der Gemeinde erteilt wird, wurde der Entschluss gefasst, lediglich die stimmberechtigte Bevölkerung in die Umfrage miteinzubeziehen. Somit gehören einerseits minderjährige Personen, als

auch ausländische Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Inwil nicht zur Grundgesamtheit. Demnach besteht die Grundgesamtheit aus den stimmberechtigten Personen der Gemeinde Inwil per 24. April 2014, also aus 1'685 Personen.

Da nur ein Teil der Bevölkerung befragt werden kann, muss in Kauf genommen werden, dass die Antworten der Stichprobe nicht exakt jene Ergebnisse liefern, die bei der Befragung der gesamten Bevölkerung zustande gekommen wären. Ein gewisser Fehler, also eine gewisse Abweichung der Resultate aus der Stichprobe zu den tatsächlichen Begebenheiten in der Grundgesamtheit ist also kaum vermeidbar. Diese wird jedoch kleiner, je näher die Stichprobengrösse an der Grundgesamtheit liegt (Mayer, S. 65-66). Dementsprechend ist die Wahrscheinlichkeit, für die Grundgesamtheit zutreffende Aussagen zu erhalten nur dann bei 100%, wenn man sämtliche Mitglieder der Grundgesamtheit befragt.

Es muss selbstverständlich damit gerechnet werden, dass nicht alle Personen, die einen Fragebogen erhalten, diesen auch retournieren. Der Gemeindeammann und der Gemeindeschreiber von Inwil haben sich damit einverstanden erklärt, dass der Versand von 500 Fragebogen zweckmässig ist. Es lässt sich nur sehr schwierig abschätzen, wie hoch die Rücklaufquote, also die Anzahl ausgefüllter Fragebogen, sein wird. Um die Bereitschaft, den Fragebogen auch effektiv auszufüllen, zu erhöhen, werden für drei zufällig ausgewählte Personen, die an der Umfrage teilnehmen, grosszügige Preise vergeben (Schumann, 2006, S. 130). Ergänzend dazu liegen dem Fragebogen ein Rücksendecouvert sowie ein Begleitschreiben bei, welches die Wichtigkeit der Teilnahme untermauert (Mayer, 2009, S. 98-99). Durch die Möglichkeit, den Fragebogen online auszufüllen, können die Teilnehmenden zusätzlich Zeit und Kosten sparen. Diese Massnahmen sollen zu einer hohen Rücklaufquote beitragen und damit die Zuverlässigkeit der Ergebnisse erhöhen.

3.1.3 Aufbau und Fragestellung

Um die Teilnehmenden der Umfrage auf den Fragebogen einzustimmen und mit den nötigen Informationen zu versorgen, wird der Fragebogen mit einem Begleitbrief versendet. Dieses Schreiben soll laut Mayer erklären, weshalb und von wem die Umfrage durchgeführt wird und was es dabei zu beachten gilt (S. 99). Die Kernelemente dieses Schreibens (Anonymitätssicherung, etc.) finden sich denn auch im Einleitungstext des Fragebogens wieder. Durch diese Informationen erhalten die Probandinnen und Probanden die Gewissheit, dass sich für sie keine negativen Folgen aus ihren persönlichen Antworten ergeben (Rüdiger et al., 2011, S. 242). Bei der vorliegenden Umfrage ist gar das Gegenteil der Fall. So sollen die Erkenntnisse aus der Befragung in die Legislaturplanung miteinbezogen werden, was letzten Endes der Bevölkerung zu Gute kommen soll.

Den Hauptteil des Fragebogens bilden gemäss Rüdiger et al. die Fragen zur Eruierung der Bedürfnisse zu verschiedenen Themen. Darauf folgen Fragen zu soziodemographischen Merkmalen der Person.

Ein kurzer Schlusssatz, in welchem den Befragten für das Ausfüllen des Fragebogens gedankt wird, schliesst den Fragebogen ab (S. 183-189).

Es gibt die unterschiedlichsten Fragetypen, die bei einer repräsentativen Umfrage zur Anwendung gelangen könnten. Um die Bedürfnisse der Einwohner von Inwil zu erfragen sind vor allem Fragen zur Ermittlung von Einstellungen relevant. Dabei geht es laut Schumann (2006) in erster Linie darum, dass die Probanden sich dazu äussern was sie für gut beziehungsweise schlecht halten und wie allfällige Veränderungen zu erfolgen hätten (S. 52-53). Um diese sogenannten „weichen Daten“ oder „subjektiven Indikatoren“, die zunehmend als wichtig angesehen werden (Rüdiger et al., 2011, S. 141), geht es auch bei der Bevölkerungsumfrage in Inwil. Um nach erfolgter Auswertung auch Aussagen über allfällige Meinungsunterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen machen zu können, werden am Ende des Fragebogens auch noch demographische Angaben (wie beispielsweise Alter, Geschlecht, etc.) erfragt (Schumann, 2006, S. 75).

Damit die befragten Personen nicht zu viel Zeit mit dem Ausfüllen des Fragebogens verlieren, werden mehrheitlich geschlossene Fragen⁶ gestellt. Je länger eine Umfrage dauert, desto mehr verringert sich die Motivation und die Konzentration der Befragten. Der Zeitaufwand für das Ausfüllen des Fragebogens muss deshalb unbedingt klein gehalten werden, was die Qualität der Antworten positiv beeinflussen dürfte. Weiter schaffen geschlossene Fragen auch optimale Voraussetzungen um die Antworten anschaulich und aussagekräftig auszuwerten. Auch halboffene Fragen⁷ werden Bestandteil des Fragebogens sein. Auf diese Weise erhalten die befragten Personen die Möglichkeit, die passende Antwort selbst zu ergänzen, falls diese nicht unter den vorgegebenen Antworten aufgeführt ist (Schumann, 2006, S.59-61).

Es existieren durchaus einige Richtlinien bezüglich der Fragestellungen in Fragebogen, welche dazu dienen, die grössten Fehler zu vermeiden. Das Risiko unvermeidbare Fehler zu begehen besteht natürlich trotzdem, auch bei Beachtung der Regeln. Solche Fehler erklären sich jeweils erst im Nachhinein bei der Auswertung der Ergebnisse. Sie können vorgängig nicht oder nur sehr schwer erkannt werden. Nicht alle Regeln zur Formulierung von Fragen sind zwingend und bei jeder Frage stur anzuwenden. Vielmehr ist es wichtig, stets den konkreten Einzelfall zu beachten und gegebenenfalls über die eine oder andere Richtlinie hinwegzusehen (Rüdiger et al., 2011, S. 124).

Mayer (2009) führt aus, dass bei der Formulierung der Fragen unbedingt darauf zu achten ist, dass diese verständlich sind (S. 90). Die folgenden Gebote sind dabei in der Regel zu befolgen (zitiert aus Schnell, Hill & Esser 2011, 312 f. / Mayer, 2009, S. 90 / Rüdiger et al., S. 124-133):

⁶ Bei der geschlossenen Frage werden die möglichen Antworten vorgegeben oder sie beschränken sich von Natur aus auf „ja“ oder „nein“ (Lamnek, 2010, S. 314).

⁷ Antworten auf offene Fragen können die Befragten in mehreren Sätzen selbst formulieren (Lamnek, S. 315). Bei einer halboffenen Frage sind zwar einige Antwortmöglichkeiten vorgegeben, die befragte Person hat aber in einem zusätzlichen Antwortfeld dennoch die Möglichkeit, eigene Antworten zu formulieren. Eine halboffene Frage ist also eine Kombination aus einer geschlossenen und einer offenen Frage.

1. Fragen sollten einfache Worte enthalten (keine Fachausdrücke oder Fremdwörter)
2. Fragen sollten kurz, aber in vollständigen Sätzen formuliert sein
3. Fragen sollten konkret sein
4. Fragen sollten keine bestimmten Antworten provozieren (Vermeidung von Suggestivfragen)
5. Fragen sollten keine belasteten Worte wie z.B. „Bürokrat“, „Boss“, „Ehrlichkeit“ etc. enthalten
6. Fragen sollten nicht hypothetisch formuliert werden (z.B. „Angenommen Sie würden im Lotto gewinnen, ...“)
7. Fragen sollten sich nur auf einen Sachverhalt beziehen (eindimensional)
8. Fragen sollten keine doppelte Verneinung enthalten
9. Fragen sollten den Befragten nicht überfordern (z.B. „Wieviel Prozent Ihres monatlichen Einkommens geben Sie für Nahrungsmittel aus?“)
10. Antwortkategorien sollten ausbalanciert und gleichwertig sein
11. Kategorien müssen wechselseitig exklusiv sein
12. Merkmalsausprägungen sinnvoll zusammenfassen
13. Nur Fragen stellen, die für Befragte sinnvoll sind

Des Weiteren ist bei der Konstruktion des Fragebogens darauf zu achten, dass nacheinander gestellte Fragen die Antworten der Befragten Personen nicht beeinflussen. Fragen die aufeinander ausstrahlen sind also entweder zu vermeiden oder sollten zumindest nicht nacheinander gestellt werden. Ein entscheidender Faktor für ehrliche Umfrageergebnisse liegt darin, die Anonymität zuzusichern. Die Teilnehmenden werden darüber informiert, dass die einzelnen Antwortformulare dem Gemeinderat nicht zugänglich gemacht werden, sondern dass dieser sich nur für die Gesamtauswertung interessiert. Auf diese Weise soll das Vertrauen der Probandinnen und Probanden gewonnen werden, worauf diese sich eher getrauen, Kritik zu äussern und heikle Themen kund zu tun (Schumann, 2006, S. 77-79).

Da der Fragebogen an eine breite Masse verschickt wird und primär dazu dient, allgemeine Stossrichtungen zu bestimmten Themen in Erfahrung zu bringen, gehen die Fragen nicht allzu fest in die Tiefe. Wichtig ist, dass die Fragen einfach formuliert sind und die grundsätzliche Haltung der befragten Personen zum Ausdruck kommt. Aus diesem Grund wird bei der Fragestellung bewusst auf detaillierte Hintergrundinformationen oder die ausführliche Darlegung der aktuellen Situation verzichtet.

3.1.4 Pretest⁸

Bevor die Versendung der Fragebogen an die Bevölkerung erfolgt, wird dieser einem Pretest unterzogen. Dabei soll der Fragebogen auf seine Tauglichkeit hinsichtlich des gesamten Aufbaus als auch in Bezug auf die einzelnen Fragen geprüft werden.

Es geht dabei im Wesentlichen um die Verständlichkeit, Eindeutigkeit, Vollständigkeit und Sinnhaftigkeit der Fragen sowie um die Ermittlung der Befragungsdauer (Mayer, 2009, S.98). Der Fragebogen wird also vor Beginn der Umfrage an einige Personen verschickt, welche diesen ausfüllen. Dabei beantworten diese Personen den Fragebogen unter realistischen Bedingungen, damit die Zeit, die man dafür benötigt, gemessen werden kann. Anschliessend sind die Testpersonen gemäss Rüdiger et al. (2011), gehalten, den Fragebogen nochmals durchzugehen und alles, was ihnen beim Ausfüllen des Fragebogens auffällt, zu notieren (S. 197). Dabei interessieren einerseits Kommentare zum Gesamtaufbau des Fragebogens wie auch zu den einzelnen Fragen. Die Pretest Version wird an 5-10 Personen verschickt.

Auf diese Weise können Schwächen des Fragebogens rechtzeitig erkannt und noch korrigiert werden. Ausserdem ermöglicht es der Pretest, die für die Umfrage ausgewählten Personen vorab darüber zu informieren, wie viel Zeit das Ausfüllen des Fragebogens effektiv benötigt. Dies gewährleistet, dass der Fragebogen nicht zu umfangreich und die Beantwortung der Fragen nicht zu Zeitaufwändig ist, was wiederum die Motivation, an der Umfrage auch tatsächlich teilzunehmen, erhöht.

3.1.5 Ankündigung / Durchführung

In der Februarausgabe der Dorfzeitung von Inwil wurde in einem kurzen Artikel angekündigt, dass im Frühling 2014 eine Bevölkerungsumfrage durchgeführt wird. Dadurch wurde die Seriosität der Befragung unterstrichen (Rüdiger et al., 2011, S. 200-201).

Die Durchführung der Umfrage über computergestützte Umfragetools erleichtert die Auswertung derselben enorm. Grundlegende Resultate können vom Rechner nach wenigen Klicks angezeigt werden. Der Versand der Umfrage per E-Mail wäre zwar die einfachste, schnellste und vor allem günstigste Variante, ist aber nicht möglich, da nicht alle Personen per E-Mail kommunizieren und die Gemeindeverwaltung ohnehin nicht über entsprechende Adressen verfügt. Somit muss die Umfrage sämtlichen Teilnehmenden physisch zugestellt werden.

Demnach ist es angebracht, allen ausgewählten Personen den Fragebogen per Post an die Wohnadresse zu schicken. Dabei muss der Fragebogen übersichtlich und für sämtliche Teilnehmenden einleuchtend gestaltet sein, sodass sich für die Befragten keine Unklarheiten ergeben. Um die Seriosität der

⁸ Laut der Definition von Rüdiger et al., ist der Pretest eine „der eigentlichen Befragung (dem „Hauptfeld“) vorgeschaltete Befragung mit deutlich kleinerer Stichprobe, bei der die Fragen und das Feldmaterial auf Verständlichkeit und Handhabbarkeit überprüft werden“ (S. 283).

Umfrage endgültig unter Beweis zu stellen, erscheint sowohl der Fragebogen als auch der Begleitbrief auf offiziellem Papier der Gemeinde Inwil, welches mit dem Gemeindelogo versehen ist.

Die sogenannte postalische Befragung, bei der also kein Interviewer anwesend ist, bringt laut Rüdiger et al. folgende Vorteile mit sich (S. 113):

- Weil kein Interviewer anwesend ist, können Befragte „ehrlicher“ und überlegter antworten und werden kaum von Überlegungen sozialer Wünschbarkeit beeinflusst.
- Da Befragte sich so viel Zeit zum Ausfüllen des Fragebogens nehmen können, wie sie wollen, sind die Antworten „überlegter“.
- Der fehlende Zeitdruck ermöglicht eine stärkere Konzentration auf das Thema der Befragung und erhöht die Teilnahmemotivation.
- Generell ist die Zusicherung von Anonymität und sozialer Folgenlosigkeit der Befragung glaubwürdiger, wenn die Befragung selbst schon vergleichsweise anonym und unpersönlich durchgeführt wird.

Um möglichst viele der ausgewählten Personen zum Ausfüllen des Fragebogens zu motivieren, haben sämtliche Teilnehmenden die Möglichkeit, den Fragebogen online auszufüllen. Die Erstellung desselben erfolgt über die Website www.umfrageonline.com. Diese ermöglicht, nach einer kurzen Registrierung, die einfache und unkomplizierte Erfassung des Fragebogens. Über einen bestimmten Link gelangt man dann direkt zur Umfrage. Diese Link liegt der physischen Version des Fragebogens bei. So können sämtliche Probandinnen und Probanden entweder die ausgedruckte Version des Fragebogens ausfüllen und per Post an die Gemeindeverwaltung schicken respektive in den Gemeindebriefkasten werfen oder aber die Umfrage online ausfüllen. Die Antworten welche über www.umfrageonline.com erfasst werden, können vom Absender der Umfrage jederzeit eingesehen werden.

Die Umfrageteilnehmenden werden dazu aufgefordert, die ausgefüllten Fragebogen möglichst rasch, spätestens aber 14 Tage nach Erhalt zu retournieren. Dies ist ein adäquater Zeitrahmen für eine regionale Bevölkerungsumfrage dieser Grössenordnung. Zwar sind die Themen des Fragebogens tendenziell eher nicht sensibel für aktuelle Ereignisse, welche die Meinung der Befragten kurzfristig beeinflussen könnten, dennoch macht es Sinn die Feldphase⁹ relativ kurz zu halten (Rüdiger et al., S. 97-98). Innert zwei Wochen sollte es sämtlichen Teilnehmenden möglich sein, sich kurz Zeit zu nehmen für die Beantwortung der Fragen. Eine längere Feldphase erscheint daher zwecklos und birgt das Risiko, dass die Fragebogen in den Haushalten vergessen und / oder versehentlich entsorgt werden.

⁹ Rüdiger et al. (2011), definieren die Feldphase wie folgt: „Zeitraum in einem Umfrageforschungsprojekt, in dem die Befragung durchgeführt wird“ (S.280). Die Feldphase beginnt mit dem Termin, an dem die Umfragen verschickt werden und endet dann, wenn der letzte Fragebogen retourniert wird.

3.1.6 Auswertung der Umfrage

Die Auswertung der Bevölkerungsumfrage erfolgt durch statistische Methoden. Dabei gilt es zwischen der deskriptiven Statistik und der schliessenden (auch genannt „induktiven“) Statistik zu unterscheiden.

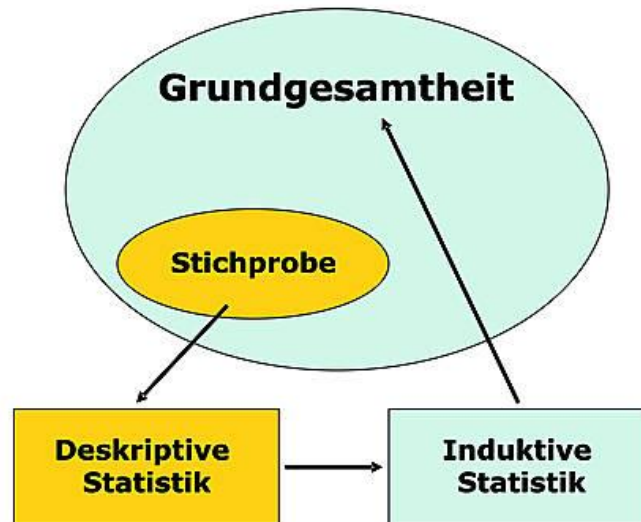


Abbildung 3: Zusammenhang Deskriptive und induktive Statistik (Jumbo, online)

Mit der deskriptiven, also der beschreibenden Statistik, werden die gewonnenen Daten aufbereitet, verdichtet und anschaulich vermittelt. Die berechneten Masszahlen und die Darstellung der Ergebnisse durch Diagramme oder ähnliches lassen die Fülle an Informationen übersichtlich und konzentriert erscheinen und ermöglichen einen Erkenntnisgewinn.

Derweil geht es bei der induktiven Statistik darum, von den Daten aus der Stichprobe Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit zu ziehen. Dabei stellt sich jeweils die Frage, mit welcher Sicherheit die Ergebnisse der Stichprobe auch auf die Grundgesamtheit zutreffen (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft (2013), S. 1).

3.1.6.1 Deskriptive Statistik

Die deskriptive Statistik beschreibt Verteilungen und Zusammenhänge von Daten (Mayer, 2009, S. 113). Durch die Berechnung von Masszahlen, wie beispielsweise dem Mittelwert, dem Median oder der Standardabweichung können die erhobenen Daten beschrieben, zusammengefasst und analysiert werden.

3.1.6.1.1 Diagramme

Auch die Darstellung der Ergebnisse in Tabellen und Diagrammen sind Bestandteile der deskriptiven Statistik. Sinnvolle Darstellungen erlauben es, die Fülle an Daten anschaulich aufzubereiten. Diese Hilfsmittel werden im Auswertungsteil der vorliegenden Arbeit ausgiebig angewendet.

Bei der Anwendung graphischer Darstellungen sind einige Regeln zu beachten. In der Praxis werden die tatsächlichen Begebenheiten durch graphische Darstellungen manchmal zu extrem oder gar falsch wiedergegeben. Solche Effekte können beispielsweise durch die bewusste Auswahl des unteren und oberen Skalenendes oder durch bewusstes Weglassen relevanter Informationen erreicht werden. Gerade in der Politik oder in sonstigen Situationen, in welchen Menschen überzeugt werden sollen, werden solche Tricks des Öfteren angewendet.

Ein häufiges Problem bei graphischen Darstellungen ist auch, dass sie zu viele Informationen in sich vereinen oder mit unnötigen Effekten überladen sind. Darauf ist im Sinne der Übersichtlichkeit zu verzichten. Es ist ja gerade der Sinn von Grafiken, dass sie viele Daten zielführend und anschaulich zusammenfassen.

Besonders wichtig ist, dass für die Darstellung eines Sachverhalts das passende Instrument, bzw. das passende Diagramm verwendet wird. So eignen sich beispielsweise Liniendiagramme für die Darstellung der Entwicklung eines Merkmals oder Kreisdiagramme um zu zeigen, wie sich ein Total in einzelne Teile gliedert (Skript Deskriptive Statistik, Hochschule Luzern, 2012)

3.1.6.1.2 Masszahlen

Nachfolgend werden drei Masszahlen beschrieben, welche wertvolle Informationen über eine Datenmenge liefern können (Skript Deskriptive Statistik, Hochschule Luzern, 2012). Diese Masszahlen werden jeweils am Beispiel der folgenden Zahlenwerte kurz illustriert:

Werte: 2, 3, 3, 5, 6, 8, 85

Das arithmetische Mittel:

Das arithmetische Mittel ist weitläufig bekannt. Es beschreibt den Mittelwert vieler Werte und berechnet sich aus der Summe aller Merkmalsausprägungen dividiert durch deren Anzahl. Das arithmetische Mittel wäre also: $16 (112/7)$.

Der Median:

Der Median ist derjenige Wert von dem es in einer Zahlenmenge genauso viele kleinere Werte wie grössere Werte gibt. Er spaltet also die Werte in zwei Hälften. Der Median in obiger Zahlenreihe wäre 5, weil links und rechts davon je 3 Zahlen sind. Nebst dem Median, welcher aus verschiedenen Werten genau in der Mitte liegt, gibt es auch noch Quartile und Quantile. Beim

1. Quartil liegt ein Viertel der Werte darunter und drei Viertel darüber, beim 0.8 Quantil liegen 80% der Werte darunter und 20% darüber.

Der Modus:

Der Modus ist derjenige Wert, der in einer Zahlenmenge am häufigsten vorkommt. Bei den einleitend aufgelisteten Zahlen wäre die Ziffer 3 der Modus.

Es wird ersichtlich, dass besonders im Falle extremer Ausreisser, wie der Zahl 85 in obigem Beispiel, der Median die tatsächlichen Verhältnisse möglicherweise etwas besser wiedergibt als das arithmetische Mittel. Es ist von der Art der Daten abhängig, welche Masszahl wann verwendet wird, um eine gewisse Information zu vermitteln.

3.1.6.2 Schliessende Statistik

Wie bereits dargelegt, ist das Ziehen von Rückschlüssen aus Daten einer Stichprobe auf die Grundgesamtheit unweigerlich mit einem Fehlerrisiko verbunden. Die schliessende Statistik macht also Aussagen darüber, wie gross die Wahrscheinlichkeit ist, dass Erkenntnisse aus der Stichprobe auch tatsächlich für die Grundgesamtheit zutreffen. Durch statistische Tests, kann überprüft werden, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine bestimmte Hypothese zutrifft oder nicht (Mayer, 2009, S. 123). Im Anhang 1 sind die in der schliessenden Statistik verwendeten Zeichen und Symbole kurz erklärt.

Konfidenzintervalle

Das Fehlerrisiko wird in der schliessenden Statistik mit „ α “ dargestellt. Geht man beispielsweise von einem Fehlerrisiko von $\alpha=5\%$ aus, so entsprechen die aus der Stichprobe gewonnenen Informationen den tatsächlichen Gegebenheiten der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von $1-\alpha$, also 95% (Schumann, 2006, S. 169). Bei der Wahrscheinlichkeit $1-\alpha$ spricht man vom Konfidenzniveau (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S. 14). Die nachfolgende Abbildung soll dies verdeutlichen.

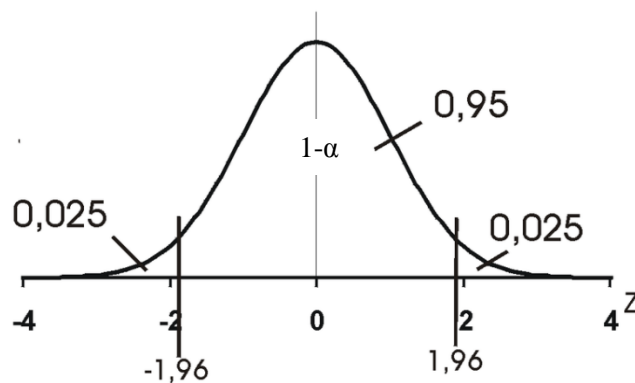


Abbildung 4: Standardnormalverteilung mit Konfidenzniveau 95% (Wikibooks, online)

Hierzu ein Beispiel:

Angenommen, die stimmberechtigten des Schweizer Volkes (Grundgesamtheit, genannt „N“) stimmen über die Vorlage X ab. Das Fehlerrisiko wird mit 5% festgelegt. Die Befragung von 2000 Personen (Stichprobe, genannt „n“) ergibt eine Zustimmung zur Vorlage von 54% (Anteilswert aus Stichprobe, genannt „p“). Der Höhepunkt der Kurve liegt also bei 54%. Nun geht es darum, herauszufinden, in welchem Bereich der effektive Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% liegt. Da die Kurve symmetrisch ist, entfallen sowohl am unteren, als auch am oberen Ende des Bereichs 2.5% (also Total 5% Fehlerbereich α). Letztendlich kann folgende Aussage gemacht werden:

„Die Zustimmung der stimmberechtigten Personen zur Vorlage X liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 51.82% und 56.18%.“

Der Bereich zwischen 51.82% und 56.18% ist das sogenannte Konfidenzintervall, auch Vertrauensbereich genannt. Dieses Intervall wird kleiner, je grösser die Stichprobe im Verhältnis zur Grundgesamtheit ist. Genauso ist die Breite des Intervalls jedoch auch vom Konfidenzniveau abhängig, je grösser die Sicherheit, desto breiter das Intervall (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S.17).

Die Vorgehensweise zur Berechnung von Konfidenzintervallen für Anteilswerte ist im Anhang 2 dargestellt.

Testen von Hypothesen

Mithilfe von statistischen Testverfahren kann berechnet werden, ob sich eine im Voraus aufgestellte These durch die Auswertung der Antworten aus der Stichprobe mit einer definierten Wahrscheinlichkeit, bzw. Sicherheit belegen lässt oder eben nicht.

Eine derartige These (H_A) könnte beispielsweise sein:

H_A : *Über 50% der stimmberechtigten Personen der Schweiz stimmen der Vorlage X zu (also, $\pi > 50\%$).*

Um diese Vermutung nun mit einem Wahrscheinlichkeitsmodell zu bestätigen oder zu widerlegen, muss die Aussage indirekt überprüft werden. Die Aufstellung einer Nullhypothese (H_0), welche das Gegenteil von H_A beschreibt ist also notwendig (Mayer, 2009, S. 124):

H_0 : *Der Anteil der zustimmenden stimmberechtigten Personen der Schweiz zur Vorlage X liegt bei maximal 50% (also, $\pi \leq 50\%$).*

Das Ziel der schliessenden Statistik ist es nun, die Nullhypothese H_0 zu widerlegen, wodurch die Alternativhypothese H_A mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit für wahr befunden werden kann.

Sollte der Anteil der Zustimmung in der zufälligen Stichprobe unter oder genau bei 50% liegen, so kann die Nullhypothese zweifellos nicht widerlegt werden. Dies bedeutet jedoch nicht automatisch, dass sie widerlegt ist, sobald der Anteilswert der Zustimmung in der Stichprobe über 50% liegt. Sollte die Stichprobe nämlich ergeben, dass 50.12% der Vorlage X zustimmen, so könnte mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit der Zufall dafür verantwortlich sein, dass in der gezogenen Stichprobe der Anteil knapp über 50% liegt. Dies reicht nicht aus, um H_0 zu widerlegen. Je weiter der Anteilswert der zustimmenden Personen in der Stichprobe (genannt p) über 50% (Erwartungswert) liegt, desto unwahrscheinlicher ist es, dass der Wert lediglich aufgrund des Zufalls über 50% liegt. Sobald die Wahrscheinlichkeit, dass der Anteilswert die 50% nur durch den Zufall überschreitet unter 5% liegt, kann signifikant nachgewiesen werden, dass die Nullhypothese nicht zutrifft. Diese Grenze nennt man kritischer Wert (Mayer, 2009, S. 126). Dieser könnte beispielsweise bei 56.2% (Wert frei erfunden) liegen. In diesem Fall könnte die Hypothese H_0 verworfen werden, sobald der Anteilswert der zustimmenden Personen in der Stichprobe bei mindestens 56.2% liegt. Alle Werte über 56.2% fallen in den Verwerfungsbereich. Dies, weil es bei Ergebnissen in diesem Bereich sehr unwahrscheinlich wäre, dass H_0 zutreffen würde. Andernfalls müsste H_0 vorläufig beibehalten werden und man könnte H_A nicht signifikant nachweisen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass H_0 mit Sicherheit richtig ist. Sie konnte nur aufgrund der Stichprobe nicht signifikant widerlegt werden. Ein hochsignifikantes Ergebnis liegt dann vor, wenn das Resultat aus der Stichprobe vom Erwartungswert mit einer Wahrscheinlichkeit von unter 1% auf den Zufall zurückzuführen ist (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S. 27-28). Je grösser die Stichprobe ist, desto näher liegt der kritische Wert beim Erwartungswert, weil der Spielraum für den Zufall immer kleiner wird.

Das beschriebene Vorgehen ist mit dem Risiko zweier Arten von Fehlern behaftet:

- Fehlerrisiko erster Art: H_0 wird verworfen obwohl H_0 richtig ist (dieses Risiko liegt bei α , also in der Regel 5%).
- Fehlerrisiko zweiter Art: H_0 wird beibehalten obwohl H_0 falsch ist.

Ergebnisse in welchen die Nullhypothese widerlegt werden kann, sind deutlich wertvoller als jene, in welchen die Nullhypothese beibehalten werden muss. Dies deshalb, weil im ersten Fall das Fehlerrisiko erster Art gering und vor allem abschätzbar ist (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, S. 29-30).

Bei der Durchführung von Hypothesentests gilt es, zwischen einseitigen und zweiseitigen Tests zu unterscheiden. Von einem zweiseitigen Test spricht man, wenn beispielsweise die Stimmbeteiligung analysiert werden soll. Man vermutet womöglich eine Stimmbeteiligung von 42% (π_0). Diese Nullhypothese wird nun entweder verworfen, wenn die Stichprobe einen signifikant zu tiefen oder einen signifikant zu hohen Wert wiedergibt (deshalb zweiseitig). Das obige Beispiel mit einem vermuteten Zustimmunganteil von mindestens 50% zur Vorlage X ist ein Beispiel für einen einseitigen Test, da die

Nullhypothese nur verworfen werden kann, wenn der Anteilswert der zustimmenden Personen in der Stichprobe signifikant über 50% liegt. Die untenstehende Abbildung 5 soll dies illustrieren. Je nachdem, ob es sich um einen ein- oder zweiseitigen Test handelt, gelangen unterschiedliche Berechnungswerte zur Anwendung. Mehr Informationen dazu finden sich im Anhang 3.

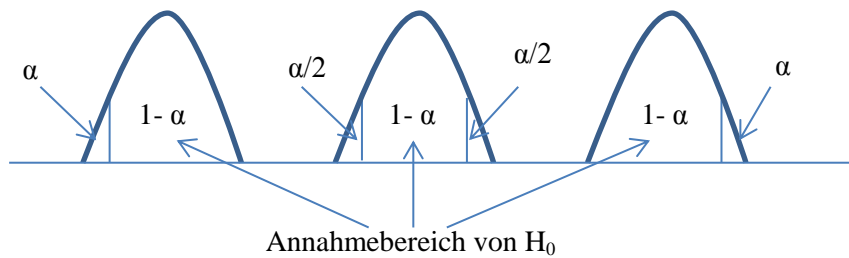


Abbildung 5: Einseitige und zweiseitige Tests

Einstichprobentest

Der Einstichprobentest für ein qualitatives Merkmal wird im Analyseteil der vorliegenden Arbeit am häufigsten zur Anwendung gelangen. Er soll, wie von den Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft dargelegt, Antworten auf die folgenden allgemein gehaltene Fragestellung liefern (S. 37):

„Ist in einer Grundgesamtheit der Anteil π für die Ausprägung eines Merkmals verschieden von einem vermuteten Wert π_0 ?“

Diese Frage stellt sich immer dann, wenn statistisch nachgewiesen werden soll, ob eine Mehrheit der Bevölkerung ein spezifisches Anliegen befürwortet. Die mathematische Vorgehensweise zur Durchführung des Einstichprobentests für Anteilswerte ist im Anhang 4 erklärt.

Zweistichprobentest

Mit dem Zweistichprobentest für ein qualitatives Merkmal kann geprüft werden, ob die Anteile π_1 und π_2 einer Merkmalsausprägung in zwei Grundgesamtheiten verschieden sind (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, S. 39). So kann beispielsweise untersucht werden, ob sich männliche und weibliche Befragte unterschiedlich zu einem Thema äussern oder nicht.

Der Zweistichprobentest ist zweiseitig, falls die Alternativhypothese lediglich von einem Unterschied der Anteilswerte bei den beiden Grundgesamtheiten ausgeht, jedoch keine Aussage darüber macht, welcher Anteilswert höher, bzw. tiefer ist. Andernfalls, also beispielsweise wenn die Alternativhypothese besagt, dass Vereinsmitglieder dem Anliegen Y stärker zustimmen als Personen die in keinem Verein sind, handelt es sich um einen einseitigen Test. Hinweise zu den Berechnungen beim Zweistichprobentest finden sich im Anhang 5.

3.2 Qualitative Sozialforschung

Nebst der quantitativen Umfrage in der Bevölkerung von Inwil werden auch noch einige wenige qualitative Interviews mit ausgewählten Personen durchgeführt. Gemäss Vogel und Verhallen (1983) werden bei qualitativen Befragungen nur wenige Personen befragt. Ausserdem sind Stichprobenverfahren und statistische Analysen nicht Bestandteil einer qualitativen Befragung (S.146). All diese Eigenschaften stehen im Gegensatz zu quantitativen Befragungen.

Die Interviews werden nur mit Personen durchgeführt, die aufgrund ihrer Position oder ihrer Kenntnisse hilfreiche Informationen einbringen können. Die Erkenntnisse aus den Interviews werden lediglich ergänzend in die Arbeit einfliessen. Für die Arbeit sind in erster Linie die Resultate der quantitativen Umfrage von Bedeutung.

3.2.1 Das Experteninterview

Das Ziel der Umfrage ist es, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu zentralen Themen in Erfahrung zu bringen. Demnach werden, ergänzend zur breit angelegten Umfrage in der Stimmbevölkerung, noch einige wenige Personen befragt, die aufgrund ihrer Funktionen weitere hilfreiche Informationen liefern können. Die Interviewten sollen also nicht als individuelle Persönlichkeit, sondern als Repräsentanten einer Organisation deren Standpunkte vertreten. Man spricht bei dieser Form von einem Experteninterview (Mayer, 2009, S. 38 / Flick, 2012, S. 214-215 / Lamnek, 2012, S. 655-656). Experten sind Personen mit Sonderwissen, über welches andere nicht verfügen. Dies ist in den meisten Fällen ein spezifisches Rollenwissen, typischerweise aus der Berufsrolle der Experten (Przyborski & Wohlrab-Sahr, 2009, S. 131-132). Es werden also Personen berücksichtigt, die potenziell viele neue Informationen, die für die Beantwortung der Forschungsfragen relevant sind, liefern können (Flick, 2012, 159). Durch die Experteninterviews kann dieses spezifische Wissen erfragt werden. Experteninterviews werden, wie auch im vorliegenden Fall, häufig ergänzend, beispielsweise zu anderen Befragungen eingesetzt (Flick, S. 218).

Im Sinne einer zielführenden Beantwortung der Forschungsfragen müssen Personen befragt werden, die über spezifisches Wissen bezüglich der Bedürfnisse der Inwiler Bevölkerung verfügen. Die folgenden Personen sind dafür prädestiniert:

- Herr Heinz Birrer, Präsident Gewerbeverein Inwil
 - Er ist in Inwil aufgewachsen und seit über 10 Jahren im Vorstand des Gewerbevereins. Seit 6 Jahren ist er auch als Präsident des Gewerbevereins tätig und kennt somit die Rahmenbedingungen für Unternehmen bestens. Er kann insbesondere Hinweise geben, in welche Richtung sich Inwil aus Sicht der Unternehmen entwickeln sollte.

- Herr Roman Schwitter, Präsident FDP Inwil und Unternehmer
 - Vor 17 Jahren ist Herr Schwitter in die Gemeinde Inwil gezogen. Mittlerweile ist er Vorsitzender der örtlichen FDP und vertritt er die politischen Anliegen eines Teils der Inwiler Bevölkerung. Ausserdem ist er Inhaber der Firma Gärtnerei Schwitter AG. Deshalb kann er sicherlich wertvolle Auskünfte bezüglich der Standortfaktoren für Unternehmen geben. Herr Schwitter ist aufgrund dieser Doppelrolle als Parteipräsident und als Inhaber eines der grössten Unternehmens Inwils ein optimaler Interviewpartner für die zu Grunde liegenden Forschungsfragen.

- Herr Oskar Banz, Präsident CVP Inwil
 - Herr Banz lebt seit der 2. Klasse in Inwil und ist demzufolge stark verankert im Dorf. Seit dem Stimmrechtsalter ist er politisch aktiv. Als langjähriger Präsident der CVP Inwil kennt er die Bedürfnisse eines grossen Teils der Bevölkerung.

- Herr Bruno Enderli, Präsident SVP Inwil
 - Auch die SVP hat in Inwil einen bedeutenden Wähleranteil. Der Präsident der örtlichen SVP, Herr Enderli, kann einiges über die Bedürfnisse seiner Wähler aussagen.

- Herr Paul Arnold, Besitzer Restaurant Schützenmatt
 - Paul und Ursula Arnold führen das Restaurant Schützenmatt seit 20 Jahren sehr erfolgreich. Durch ihre Arbeit im Restaurant kennen sie sehr viele Einwohner Inwils persönlich und wissen um deren Ängste, Zweifel und Hoffnungen bezüglich der künftigen Entwicklung der Gemeinde.

3.2.2 Art des Interviews

Je nachdem, welche Art von Informationen im Rahmen eines Interviews generiert werden soll, variieren auch die Befragungsarten. Da im Falle der Bevölkerungsumfrage in Inwil konkrete Aussagen zu spezifischen Themen benötigt werden, ist das Leitfadeninterview eine zielführende Methode (Mayer, 2009, S. 37). Dies ist laut Flick (2012) die übliche Methode bei der Durchführung von Experteninterviews (S. 215). In diesem Fall bildet ein Interviewleitfaden die Basis des Interviews oder, wie es Mayer (2009) formuliert: „Der Leitfaden dient als Orientierung bzw. Gerüst und soll sicherstellen, dass nicht wesentliche Aspekte der Forschungsfrage im Interview übersehen werden“ (S. 37).

Meischer (2007) führt aus, dass der Interviewleitfaden sinnvoll strukturiert ist und aus einigen offenen Fragen zu zentralen Themen besteht. Je nach Gesprächsverlauf ist es durchaus zulässig, die Reihenfolge dieser Fragen zu ändern, auf einzelne Fragen zu verzichten oder zusätzliche, meist Folgefragen, zu

stellen. Auch kurze Erzählaufforderungen sind möglich, um möglichst konkrete Informationen zu einem bestimmten Thema zu erhalten (S. 273-275).

Vor jedem Interview kann der Interviewleitfaden auf den jeweiligen Gesprächspartner leicht angepasst werden. Es macht allerdings gemäss Mayer (2009) durchaus Sinn, verschiedene Personen mit identischen Fragen zu konfrontieren, damit entsprechende Vergleiche angestellt werden können, beziehungsweise Trends festgestellt werden können oder eben nicht. Letztlich müssen die Fragen darauf ausgerichtet sein, dass deren Beantwortung durch die Gesprächspartner etwas zur Beantwortung der Forschungsfragen beitragen (S. 37-38).

Aus diesen Gründen erscheint die Erstellung eines allgemeinen Grundleitfadens sinnvoll. Dieser enthält grundsätzliche Fragen zu sämtlichen im Kapitel 1.4 dargelegten Themen. Je nach Fachgebiet des jeweiligen Gesprächspartners oder der Gesprächspartnerin können vorgängig ergänzende Fragen zu diesem Thema hinzugefügt werden. Somit werden sämtliche Interviewpartner mit ähnlichen oder identischen Fragen konfrontiert und darüber hinaus noch vertieft zu ausgewählten Themen befragt.

Bezüglich der Ausarbeitung des Leitfadens ist es wichtig, dass sich die Fragen an den spezifischen Forschungsfragen orientieren, damit letztendlich die Gesamtfragestellung beantwortet werden kann (Flick, 2012, S. 134). Dementsprechend sind die definierten Themenschwerpunkte (siehe Kapitel 1.4) auch für den Interviewleitfaden von zentraler Bedeutung.

3.2.3 Durchführung und Auswertung der Interviews

Die Interviews werden, soweit sich die interviewten Personen damit einverstanden erklären, aufgezeichnet. Dies ermöglicht es dem Interviewer, sich auf die Befragung zu konzentrieren und erleichtert die spätere Auswertung. Sofern die befragte Person dies wünscht, werden ihre Antworten für die Auswertung anonymisiert (Mayer, 2009, S. 46-47).

Im Sinne einer strukturierten Gesamtauswertung werden die Forschungsfragen nacheinander beantwortet. Dabei fließen jeweils die Erkenntnisse aus den Interviews, welche einen Beitrag zur Beantwortung der jeweiligen Forschungsfragen leisten, mit ein.

4 Analyse

Auf eine kurze Beschreibung des Vorgehens folgen einige Informationen über die Struktur der Stichprobe, ehe eine Forschungsfrage nach der anderen beantwortet wird.

4.1 Vorbereitung

In ersten Gesprächen mit dem Auftraggeber und dem verantwortlichen Dozenten wurden der Auftrag und das Ziel der Arbeit genau definiert. Auf dieser Grundlage erfolgte im Anschluss die Erstellung der Vorstudie. In dieser ist unter anderem das methodische Vorgehen, eine Grobdisposition der Bachelorarbeit sowie ein Arbeits- und Zeitplan enthalten.

Nach Abgabe der Vorstudie ging es zunächst darum, die erforderliche Literatur zu beschaffen. Ausserdem erfolgte im März 2014 die Besprechung der Vorstudie mit dem zuständigen Dozenten. Die in diesem Gespräch erhaltenen Inputs wurden aufgenommen und Verbesserungsvorschläge berücksichtigt. Beispielsweise waren die Problemstellung, das Ziel der Arbeit und die Forschungsfragen in der Vorstudie relativ knapp und vage formuliert. In einer weiteren Besprechung mit dem Auftraggeber konnten diese Punkte nochmals detailliert besprochen und ergänzt werden.

Des Weiteren wurde die zwischenzeitlich erarbeitete Grobstruktur der Arbeit sowohl dem Auftraggeber als auch dem Dozenten kurz vorgestellt und von beiden für sinnvoll befunden.

4.1.1 Ausarbeitung

Demnach konnte mit dem Verfassen des Theorieteils, des Fragebogens, inkl. dazugehöriges Begleitschreiben begonnen werden. Sowohl der Fragebogen wie auch das Begleitschreiben wurden mit dem Auftraggeber ausführlich besprochen. Grundsätzlich wurden in Gesprächen die zentralen Themen definiert, wobei der Auftraggeber natürlich das letzte Wort hatte. Nachdem die inhaltlichen Schwerpunkte definiert waren, wurden diese Inputs, unter Berücksichtigung der beschriebenen theoretischen Sachverhalte (Regeln der Fragestellungen, etc.), verarbeitet. So konnte dem Auftraggeber ein erster Entwurf vorgelegt werden.

Fortan wurde durch den ständigen Austausch sichergestellt, dass sämtliche für den Auftraggeber zentrale Elemente im Fragebogen, bzw. im Begleitschreiben enthalten waren. Auf diese Weise konnten vor Beginn der Umfrage jederzeit Fragen ergänzt werden. So war beispielsweise die Frage nach dem Stellenwert des offiziellen Informationsblattes der Gemeinde in den ersten Entwürfen noch nicht Bestandteil des Fragebogens.

In einem Gespräch mit dem Auftraggeber, vertreten durch Herrn Herrmann und Herrn Peter, wurde das Problem der üblicherweise niedrigen Rücklaufquoten bei schriftlichen quantitativen Befragungen angesprochen. Gemeinsam wurden Massnahmen besprochen, die diesem Umstand entgegenwirken

sollten. Im Wesentlichen sollte mit vier Massnahmen eine möglichst hohe Rücklaufquote erreicht werden.

1. Einige Wochen vor der Umfrage wurde die Bevölkerung bereits informiert, dass eine Umfrage stattfinden wird.
2. Durch die Verwendung des Gemeindepapiers und den Couverts der Gemeinde Inwil, welche mit dem Logo versehen sind, sollte allen Teilnehmenden bewusst werden, dass es sich um eine offizielle Umfrage der Gemeinde handelt. Dies sollte die Wichtigkeit der Umfrage unterstreichen und klar von Werbung oder ähnlichem unterscheiden.
3. Unter allen Teilnehmenden werden drei attraktive Preise vergeben.
4. Die Umfrage kann entweder schriftlich oder online ausgefüllt werden. Auf diese Weise wird auf die individuellen Präferenzen der einzelnen Teilnehmenden Rücksicht genommen.

Der Auftraggeber entschied sich dafür, anstelle vorfrankierter Antwortcouverts den Wert der drei Preise nochmals zu erhöhen. Dies deshalb, weil bei weitem nicht alle den Fragebogen mittels vorfrankiertem Couvert retournieren würden. Für die meisten wäre es wohl kaum ein Vorteil, wenn der Brief bei der Post und nicht bei der Gemeinde abgegeben werden könnte. Durch die Möglichkeit der Onlineteilnahme an der Umfrage und die Abgabe im Gemeindebriefkasten wird also niemand gezwungen, Portokosten zu tragen.

Nebst dem Fragebogen wurde auch ein Interviewleitfaden erarbeitet (siehe Anhang 8). Diese relativ allgemein formulierten Fragen wurden vor jedem Gespräch noch auf die jeweils befragte Person individuell etwas angepasst.

4.1.2 Durchführung des Pretests

Kurz vor dem Versand der Fragebogen wurde ein Pretest durchgeführt. Der inhaltlich vollständige Fragebogen sowie das dazugehörige Begleitschreiben wurden per E-Mail an 7 Personen verschickt. Diese erhielten den Auftrag, den Fragebogen zunächst so auszufüllen, als würden sie tatsächlich an der Umfrage teilnehmen. Dabei sollten Sie die Zeit stoppen. In einer zweiten Phase sollten sich die Testpersonen sowohl den Fragebogen, als auch das Begleitschreiben etwas genauer durchsehen und allfällige Verbesserungsvorschläge notieren (siehe E-Mail, Anhang 6). Auf diese Weise konnte der Pretest einerseits letzte Schwächen (bezüglich Verständlichkeit der Fragen, etc.) aufdecken und andererseits den zum Ausfüllen nötigen Zeitaufwand abschätzen lassen.

Der Pretest zeigte in aller Deutlichkeit, dass das Ausfüllen des Fragebogens nicht wie ursprünglich vorgesehen lediglich ca. 5 Minuten, sondern 10-15 Minuten in Anspruch nimmt. Diese Information war sowohl im Begleitbrief als auch im Einleitungstext des Fragebogens vorhanden, um die Teilnehmenden auf den Umfang des Fragebogens etwas einzustimmen.

Ausserdem wurden die folgenden Anpassungen aufgrund der Erkenntnisse durch den Pretest vorgenommen:

- Einfügen einer Seitennummerierung
- Hinweis: „Mehrere Antworten möglich“ bei einigen Fragen
- Ersetzung der Buchstaben bei Folgefragen durch Ziffern (Bsp. 6.1)
- Anpassung der Fragestellung bei verlangter Rangierung
 - Die Frage 15 verlangt eine Rangierung verschiedener Themen nach Wichtigkeit. Ursprünglich waren es 6 Themen, das Thema Kommunikation kam nachträglich dazu. Dabei wurde die Fragestellung nicht angepasst. Erst der Pretest deckte den Fehler auf.
- Angabe einer Telefonnummer im Begleitschreiben zur Beantwortung allfälliger Fragen
- Kleine Anpassungen, die zur Übersichtlichkeit dienen
- Korrektur einzelner Orthographiefehler

4.1.3 Versand

Nachdem sowohl der Fragebogen (siehe Anhang 10) als auch das Begleitschreiben (siehe Anhang 9) in der definitiven Version vorlagen, konnte der Versand derselben veranlasst werden. Zu diesem Zweck stellte der Auftraggeber eine Excel Liste mit den Namen und Adressen sämtlicher stimmberechtigter Personen der Gemeinde Inwil per 23. April 2014 zur Verfügung. Daraus wurde über die entsprechende Excel Funktion eine zufällige Stichprobe von 500 Personen gezogen. Dabei stellte sich das Problem, dass diese Excel Funktion ein „ziehen mit zurücklegen“ unterstellt. Dies hat zur Folge, dass in der Stichprobe Doppelnennungen vorkommen können. So waren denn auch diverse Personen zwei oder gar dreimal für die Stichprobe gezogen worden. Dementsprechend mussten die Doppelnennungen gelöscht werden und erneut eine kleinere Stichprobe (Differenz bis 500) gezogen werden. Nach mehrmaliger Wiederholung dieses Vorgangs lag eine Liste mit 500 verschiedenen zufällig gewählten Namen vor.

Diese Liste wurde dann mit dem versandfertigen Fragebogen und dem Begleitschreiben am 24. April 2014 an den Auftraggeber verschickt. Einen Tag später konnten die 500-fach ausgedruckten Exemplare sowie die aufklebbaren und mit den Adressen der ausgewählten stimmberechtigten Personen bedruckten Etiketten im Gemeindehaus Inwil abgeholt werden.

Am Montag, 28. April 2014, wurden die fertig verpackten und etikettierten Couverts an die Haushalte verschickt. In jedem Couvert befand sich ein Begleitschreiben, ein Fragebogen, inkl. Hinweis und Link zur Online Version sowie ein Antwortcouvert, etikettiert mit der Adresse der Gemeindeverwaltung. Somit begann die Feldphase an diesem Tag und endete etwas mehr als zwei Wochen später am 14. Mai 2014.

4.1.4 Rücklauf

500 Fragebogen wurden nach dem Zufallsprinzip an die verschiedenen Haushalte verschickt. Müller-Martini (2008) geht bei schriftlich-postalischen Befragungen lediglich von einer Rücklaufquote von 8-13% aus (S. 319). Dies würde einem Rücklauf von nur ca. 50 ausgefüllten Fragebogen entsprechen. Die ergriffenen Massnahmen zur Steigerung der Rücklaufquote sowie das grosse Interesse der Bevölkerung an der Entwicklung der Gemeinde (unter anderem erkennbar durch die aktive Teilnahme am Dorfleben und die jeweils hohe Stimmbeteiligung bei politischen Abstimmungen) liessen bereits im Vorhinein höhere Erwartungen zu. Tatsächlich kamen 202 schriftlich ausgefüllte Fragebogen sowie 60 online ausgefüllte Fragebogen zurück. Dies entspricht einer sehr erfreulichen, weil aussergewöhnlich hohen Rücklaufquote von über 50%. Somit haben 15.55% des Stimmberechtigten Personen Inwils, also der Grundgesamtheit, an der Umfrage teilgenommen.

Auch die qualitativen Interviews verliefen äusserst positiv. So konnte mit Ausnahme von Herrn Enderli, mit sämtlichen vorgesehenen Experten ein Gespräch durchgeführt werden. Diese erfolgten, nicht zuletzt dank der Zusendung des Interviewleitfadens im Vorfeld, sehr effizient und zielführend.

4.2 Struktur der Stichprobe

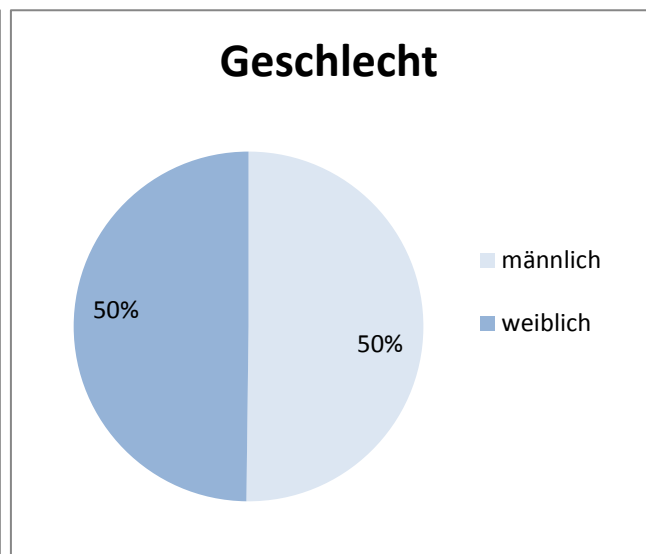
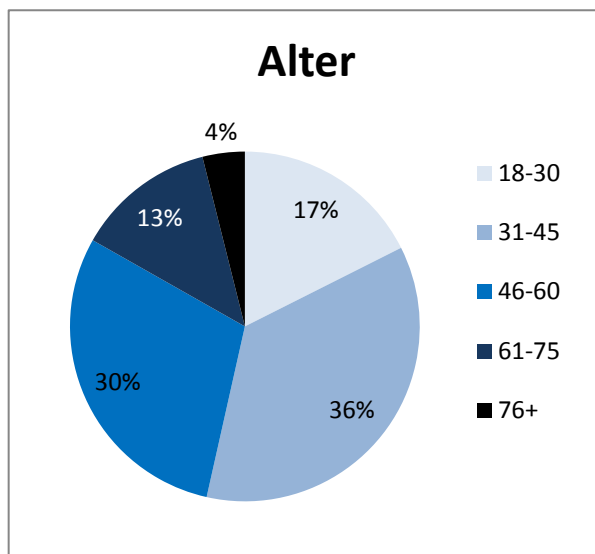


Abbildung 6: Altersstruktur der Umfrageteilnehmenden Abbildung 7: Anteil männlicher und weiblicher Personen

Die Abbildung 6 zeigt, dass Fragebogen von allen Altersgruppen retourniert wurden. Sämtliche Altersgruppen sind adäquat vertreten. Diese Durchmischung ermöglicht aussagekräftige Resultate.

Gemäss LUSTAT (c) war der Anteil männlicher und weiblicher Personen im Jahr 2012 ziemlich genau gleich gross. Dies widerspiegelt sich in der Stichprobe zur Umfrage hervorragend wieder. Die Fragebogen wurden an 252 Männer und 248 Frauen verschickt und von 128 Männern und 127 Frauen ausgefüllt retourniert. Damit sind diesbezüglich die Begebenheiten der Grundgesamtheit in der Stichprobe quasi identisch.

Auffallend ist, dass fast zwei Drittel der Personen in der Stichprobe seit über 10 Jahren in Inwil wohnhaft sind. Dies ist ein aussergewöhnlich hoher Wert. Zumindest teilweise könnte dies darauf zurückzuführen sein, dass es in Inwil relativ wenige Mietwohnungen gibt. Auch die Tatsache, dass sich viele Inwiler im Dorf schlicht und einfach wohl fühlen spielt bestimmt eine entscheidende Rolle. 2 von 3 Personen die an der Umfrage teilgenommen haben, wohnen im Dorfkern.

68% der Probandinnen und Probanden haben Kinder. Dies unterstreicht, dass Inwil besonders für Familien ein attraktiver Standort ist. Darauf wird bei der Beantwortung der Forschungsfragen noch genauer eingegangen.

Etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden ist Mitglied in einem Verein. Dies verwundert nicht, zumal es in Inwil sehr viele unterschiedliche und aktive Vereine gibt.

4.3 Ergebnisse: Beantwortung der Forschungsfragen

Im Folgenden werden die Forschungsfragen nacheinander durch die Erkenntnisse aus der quantitativen Forschung, also der Bevölkerungsumfrage und der qualitativen Forschung, also den Experteninterviews, beantwortet. Dabei werden die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage mit den Methoden der deskriptiven und mit jenen der schliessenden Statistik analysiert. Eine Interpretation der gewonnenen Erkenntnisse, gewissermassen eine kurze Zusammenfassung, schliesst jeweils die Beantwortung der Forschungsfrage ab. Die Schwerpunkte der Analyse, vor allem bezüglich schliessender Statistik, wurden mit dem Auftraggeber abgesprochen. In der Arbeit sind nur die wichtigsten und zentralen Informationen berücksichtigt. Details finden sich in der Auswertung der Bevölkerungsumfrage und den Transkriptionen der Interviews.

4.3.1 Grösse der Gemeinde

Forschungsfrage: *Wie soll sich die Grösse (in Bezug auf die Einwohnerzahl) der Gemeinde Inwil zukünftig entwickeln?*

- **Deskriptive Statistik**

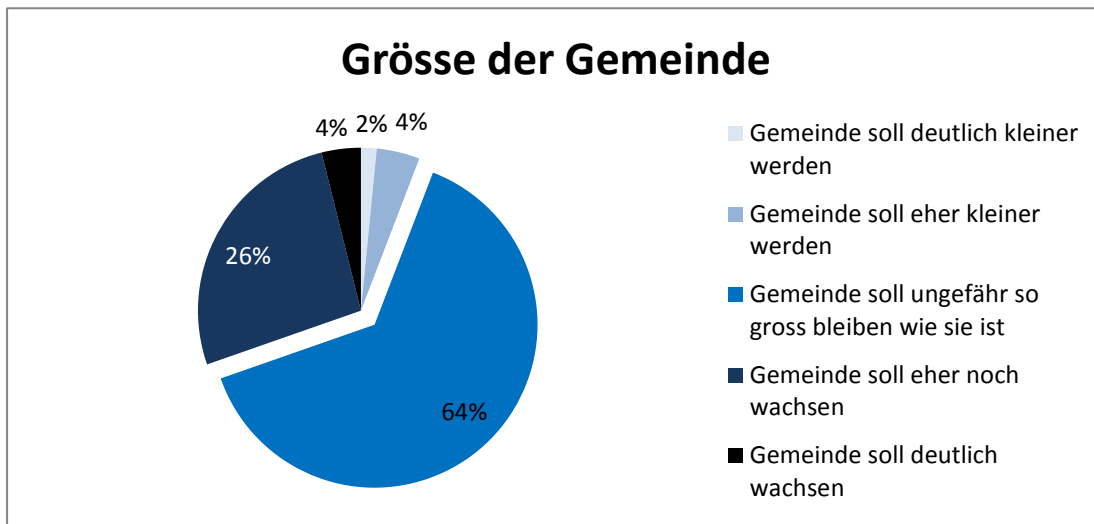


Abbildung 8: Künftige Entwicklung der Grösse Inwils

Nicht ganz zwei Drittel aller an der Umfrage teilnehmenden Personen wünschen sich, dass Inwil seine Grösse ungefähr auf dem heutigen Stand beibehält. Fast jeder Dritte sympathisiert mit einem anhaltenden Wachstum. Stimmen für eine Verkleinerung der Einwohnerzahl sind in der klaren Unterzahl. Ein allfälliges Wachstum der Gemeinde sollte hauptsächlich durch eine Vergrösserung des Dorfkerns, also durch direkten Anbau an bestehendem Siedlungsgebiet erfolgen. Diesbezüglich bestehen kaum unterschiedliche Bedürfnisse zwischen Personen die im Dorfkern leben und solchen die ausserhalb des Dorfkerns leben (siehe Anhang 7, Abbildung 26).

- **Schliessende Statistik**

- **Einstichprobentest**

H_A : *Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung spricht sich dafür aus, dass die Grösse der Gemeinde unverändert bleibt?*

H_0 : *Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung wünscht sich eine Veränderung der Grösse Inwils*

Der Einstichprobentest weist höchstsignifikant (mit einer Sicherheit von 99.9997%) nach, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung keine Veränderung der Grösse Inwils wünscht. **H_0 kann somit eindeutig verworfen werden.** Das 99% Konfidenzintervall für Personen die sich keine Veränderung der Grösse wünschen liegt zwischen 56.7% und 70.92%.

○ **Zweistichprobentest**

H_A : *Der Anteil der Personen die ein Wachstum befürworten ist bei jenen die seit maximal 10 Jahren in Inwil wohnen verschieden vom Anteil der Personen die seit über 10 Jahren in Inwil wohnen.*

H_0 : *Die Anteile der Personen die ein Wachstum befürworten sind bei jenen Personen die seit maximal 10 Jahren in Inwil wohnen und bei jenen Personen die seit über 10 Jahren in Inwil wohnen gleich gross.*

Die Wahrscheinlichkeit, dass H_0 nicht zutrifft liegt bei 37.77%. Die Nullhypothese kann nicht verworfen werden. Die beiden Anteile sind bei weitem nicht signifikant verschieden (siehe Anhang 7, Abbildung 22)

H_A : *Der Anteil der über 46 jährigen Personen die ein Wachstum befürworten ist verschieden vom Anteil der unter 46 jährigen Personen die ein Wachstum befürworten.*

H_0 : *Die Anteile der über 46 jährigen Personen die ein Wachstum befürworten und der unter 46 jährigen die ein Wachstum befürworten, sind gleich gross.*

Der Zweistichprobentest kann knapp nicht signifikant nachweisen, dass die beiden Anteile verschieden sind. **Zwar liegt die Wahrscheinlichkeit, dass die Nullhypothese nicht zutrifft bei 92.64%, dennoch darf H_0 aus statistischer Sicht nicht widerlegt werden.** Die Vermutung, dass H_A zutrifft, liegt trotzdem nahe. Demnach ist die ältere Bevölkerungsschicht stärker an einem Wachstum der Bevölkerung interessiert, als die jüngere (siehe Anhang 7, Abbildung 23).

H_A : *Der Anteil der Personen die im Dorfkern leben und ein Wachstum befürworten ist verschieden vom Anteil der Personen die ausserhalb des Dorfkerns leben und ein Wachstum befürworten.*

H_0 : *Die Anteile der Personen die im Dorfkern leben und ein Wachstum befürworten und der Personen die ausserhalb des Dorfkerns leben und ein Wachstum befürworten sind gleich gross.*

Tendenziell sind Personen die im Dorfkern leben etwas mehr an einem Wachstum der Bevölkerung interessiert als jene die ausserhalb des Dorfkerns leben. Statistisch kann das aber nicht nachgewiesen werden. **Die Wahrscheinlichkeit, dass die Nullhypothese nicht zutrifft liegt bei 88.57%. Das Ergebnis ist also nicht signifikant** (siehe Anhang 7, Abbildung 24).

- **Interviews**

Herr Arnold untermauert das Ergebnis aus der Bevölkerungsumfrage, indem er sich ebenfalls dahingehend äussert, dass die Gemeinde nicht mehr grösser werden soll (Interview 1, Arnold, 28.05.2014, Z. 23-26). Sowohl Herr Birrer (Interview 3, 09.06.2012, Z. 12-22), Herr Schwitter (Interview 4, 12.06.2014, Z. 7-15) und besonders Herr Banz (Interview 2, 28.05.2014, Z. 11-14) sehen durchaus noch weiteres Wachstumspotenzial. Allerdings weisen alle darauf hin, dass dieses nur moderat sein sollte. Der Tenor bei den Experten ist, dass dieses Wachstum durch verdichtetes Bauen, wo dies noch möglich ist, und durch die Vergrösserung des Dorfkerns geschehen sollte (Interview 3, Birrer, Z. 60-68 / Interview 2, Banz, Z. 42-44 / Interview 4, Schwitter, Z. 43-50). Die Ansiedlung neuer Unternehmen im Gemeindegebiet wird grundsätzlich gewünscht (Interview 3, Birrer, Z. 13-44). Hier dürfte das Wachstum durchaus auch ausgeprägt sein.

- **Interpretation**

Ein grosser Teil der Bevölkerung wünscht sich keine Veränderung der Grösse Inwils. Eine Verkleinerung der Einwohnerzahl kommt nicht in Frage. Derweil kann sich immerhin gut ein Drittel vorstellen, dass die Gemeinde noch etwas wachsen könnte. Bei den älteren Personen und jenen die im Dorfkern wohnen sind es sogar knapp über die Hälfte. So sehen es auch die befragten Experten. Folglich würde mit einem verhaltenen, kaum merkbaren Wachstum der Bevölkerung in den nächsten Jahren, den Bedürfnissen der Bevölkerung am ehesten Rechnung getragen. Dieses dürfte nur so gross sein, dass die bestehende Infrastruktur noch ausreicht, sodass sich aus dem Wachstum keine Folgekosten ergeben würden.

4.3.2 Höhe der Steuern und Verwendung der Steuereinnahmen

Forschungsfrage: Wie äussert sich die Stimmbevölkerung zur Höhe der Steuern und zur Verwendung der Steuereinnahmen?

- **Deskriptive Statistik**

Die Stimmberechtigten der Gemeinde Inwil sind in ihrer grossen Mehrheit (80%) der Meinung, dass die aktuellen Steuerausgaben und die dafür gebotenen Leistungen angemessen sind. 8% sind der Meinung, die Gemeinde erbringe im Verhältnis zu den Steuereinnahmen zu wenige oder falsche Leistungen. Als Beispiele dafür werden unter anderem die Schule, Sportanlagen oder auch der Schulbus genannt. Für 9% der Teilnehmenden dürften sowohl der Steuerfuss als auch die Leistungen der Gemeinde zurückgefahren werden. Vor allem die Ausgaben, welche im Verwaltungsbereich entstehen, sind aus Sicht dieser Personen zu hoch. Kaum jemand wünscht sich höhere Leistungen finanziert durch

eine Steuererhöhung. Dennoch möchten viele bessere ÖV Verbindungen (beispielsweise nach Waldbücke).

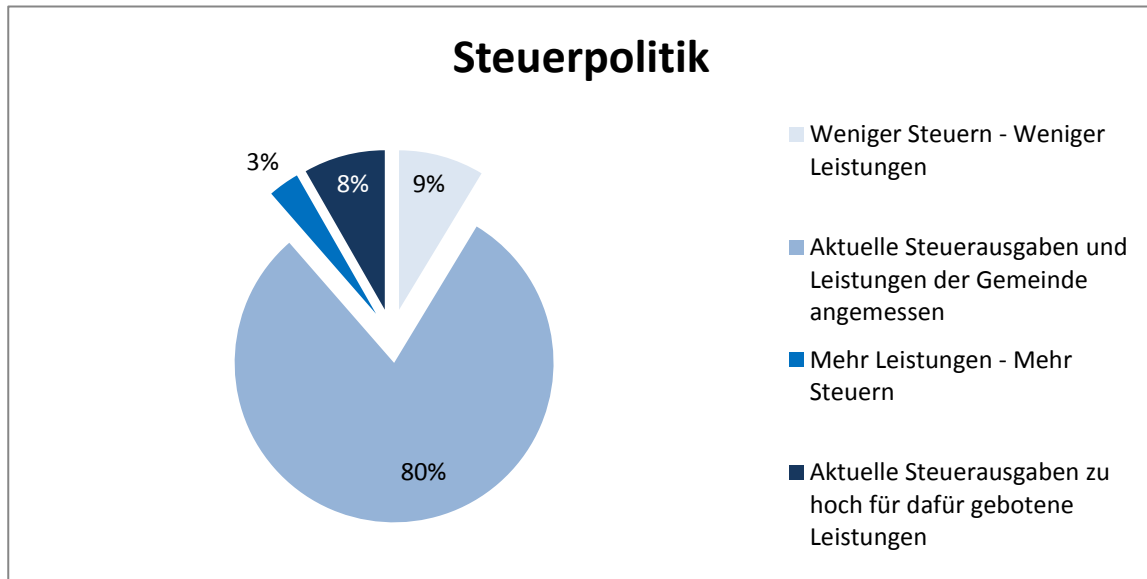


Abbildung 9: Steuerpolitik der Gemeinde Inwil

Auch die vergleichsweise grosszügigen Unterstützungsleistungen für Vereine stossen auf grosse Befürwortung. Dies, obschon mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmenden nicht Mitglied in einem Verein ist. Vereinsmitglieder sind allerdings eher noch der Meinung, die Unterstützungsleistungen müssten höher sein, als Personen die nicht in einem Verein sind. Eine der 46 Personen, welche die Unterstützung für zu grosszügig hält, begründet dies damit, dass viele auswärtige Personen Mitglied in den Vereinen sind und somit von Inwiler Steuergeldern profitieren.

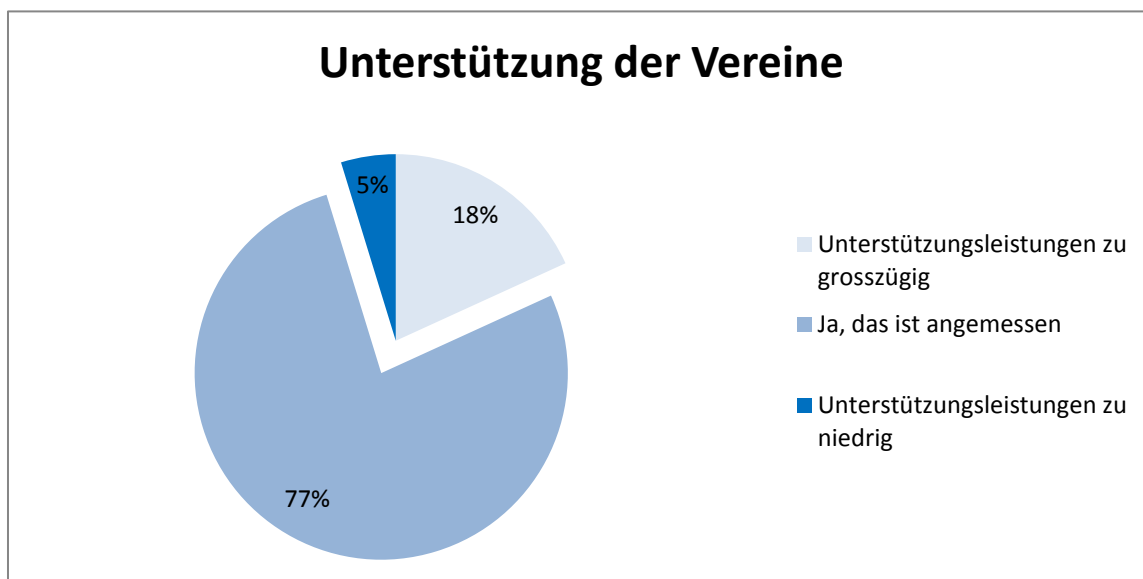


Abbildung 10: Unterstützungsleistungen für Vereine

Die stimmberechtigten Personen der Gemeinde Inwil erachten die aktuelle Steuersituation mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als angemessen und sind mit der Unterstützung der Vereine

einverstanden. Es besteht diesbezüglich kein Änderungsbedarf. Der Anteil der Personen in der Grundgesamtheit, welche die aktuellen Steuerausgaben im Verhältnis der dafür erbrachten Leistungen für angemessen halten, liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% zwischen 74.35% - 86.11%. Jener Personenanteil, welcher die Unterstützung der Vereine für angemessen hält liegt zu 99% zwischen 71.25% - 83.62%.

○ **Zweistichprobentest**

H_A: Der Anteil der Vereinsmitglieder, welche die Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine für zu grosszügig hält ist verschieden vom Anteil der Personen die nicht Mitglied in einem Verein sind und die Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine für zu grosszügig halten.

H₀: Die Anteile der Vereinsmitglieder, welche die Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine für zu grosszügig hält und der Personen die nicht Mitglied in einem Verein sind und die Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine für zu grosszügig halten sind gleich gross.

Dieser Zusammenhang kann statistisch nicht bewiesen werden. **H₀ trifft mit einer Wahrscheinlichkeit von 71.44% nicht zu und kann somit nicht verworfen werden** (siehe Anhang 7, Abbildung 27).

H_A: Der Anteil der Vereinsmitglieder, welche höhere Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine fordern ist verschieden vom Anteil der Personen die nicht Mitglied in einem Verein sind und höhere Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine fordern.

H₀: Die Anteile der Vereinsmitglieder, welche höhere Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine fordern und der Personen die nicht Mitglied in einem Verein sind und höhere Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine fordern sind gleich gross.

Der Zweistichprobentest weist signifikant, **mit einer Wahrscheinlichkeit von 98.68% nach, dass die Nullhypothese nicht zutrifft**. Der Anteil der Vereinsmitglieder, die höhere Unterstützungsleistungen der Gemeinde für Vereine fordern ist deutlich höher, als jener der Personen die nicht Mitglied in einem Verein sind (siehe Anhang 7, Abbildung 27).

Die Experten bestätigen grundsätzlich die Meinung der Bevölkerung, bemerken aber zusätzlich, dass es wohl kaum zu vermeiden sein wird, die Steuern etwas zu erhöhen (Interview 4, Schwitter, Z. 80-86 / Interview 2, Banz, Z. 57-68 / Interview 3 Birrer Z. 75-80). Herr Schwitter erwähnt zudem die Mög-

lichkeit der Prozessoptimierung oder des Abbaus von Dienstleistungen seitens der Gemeinde (Interview 4, Z. 88-95).

Die Unterstützung von Vereinen wird grundsätzlich als sinnvoll angesehen, zumal diese einen grossen positiven Beitrag für die Gemeinschaft innerhalb der Gemeinde leisten. Herr Arnold schlägt vor, dass Vereine welche etwas für die Jugend tun und solche, welche wenig auswärtige Mitglieder haben stärker unterstützt werden sollten als andere (Interview 1, Z. 59-64). Der Vorschlag, Vereine mit vielen einheimischen Mitgliedern stärker zu unterstützen, stösst auch bei Herrn Schwitter auf Verständnis (Interview 4, Z. 173-175).

- **Interpretation**

Die Bevölkerung ist mit der aktuellen steuerlichen Situation zufrieden. Aufgrund des letztjährigen Defizites ist eine Steuererhöhung dennoch ein Thema. Durch die Optimierung oder Streichung einzelner Leistungen könnte diese womöglich geringer ausfallen oder ganz ausbleiben. Die Unterstützung von Vereinen stösst auch bei Personen, die nicht in einem Verein sind, auf viel Verständnis. Die Bevölkerung hat den Wert der Vereine für die Gesellschaft erkannt. Allenfalls sollte bei der Grosszügigkeit der Unterstützung für einzelne Vereine deren Zweck und deren Mitglieder als Kriterium eine Rolle spielen.

4.3.3 Investitionen in erneuerbare Energien

Forschungsfrage: Wie steht die Inwiler Stimmbevölkerung zu Investitionen in erneuerbare Energien?

- **Deskriptive Statistik**

Eine deutliche Mehrheit der Inwiler Stimmbevölkerung wünscht sich, dass sich die Gemeinde für die Energiewende einsetzt. Noch klarer ist das Verdikt bei der Frage, ob die Gemeinde für ihre eigenen Liegenschaften in erneuerbare Energien investieren soll. Hier sprechen sich mehr als drei Viertel dafür aus.

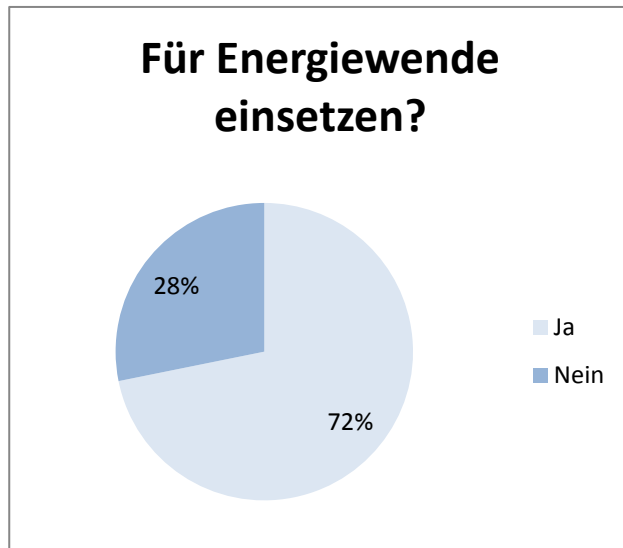


Abbildung 11: Soll sich die Gemeinde Inwil für die Energiewende einsetzen?

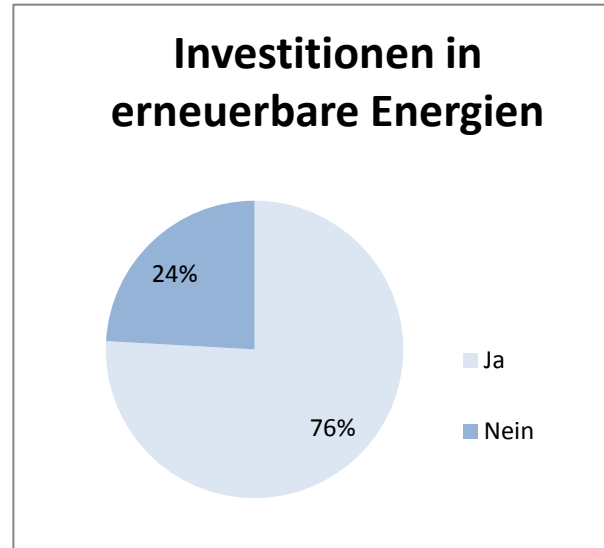


Abbildung 12: Soll die Gemeinde Inwil für ihre eigenen Liegenschaften in erneuerbare Energien investieren?

- **Schliessende Statistik**

- **Einstichprobentest**

Auch bei diesen Fragen kann mit dem Einstichprobentest höchstsignifikant (deutlich über 99% Sicherheit) nachgewiesen werden, dass sich eine Mehrheit der Stimmbewölkerung für die Energiewende und für Investitionen in erneuerbare Energien ausspricht. Die 99% Konfidenzintervalle liegen bei 64.79% bis 78.18% (Energiewende) und 69.5% bis 82.28% (Investitionen in erneuerbare Energien).

- **Zweistichprobentest**

H_A : *Der Anteil der Männer, welche Investitionen der Gemeinde in erneuerbare Energien unterstützen ist verschieden vom Anteil der Frauen, welche Investitionen der Gemeinde in erneuerbare Energien unterstützen.*

H_0 : *Die Anteile der Männer und der Frauen, welche Investitionen der Gemeinde in erneuerbare Energien unterstützen sind gleich gross.*

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Nullhypothese nicht zutrifft liegt bei 90.88%. Dies ist kein signifikantes Ergebnis. H_0 kann statistisch nicht widerlegt werden. Dennoch liegt die Vermutung nahe, dass Frauen Investitionen in erneuerbare Energien tendenziell stärker befürworten als Männer (siehe Anhang 7, Abbildung 28).

- **Deskriptive Statistik**

Spannender ist demnach die Frage, in welche Projekte konkret investiert werden soll. Am meisten gewählt wurden Solarzellen (Fotovoltaik), die thermische Solarenergie (Kollektoren) und die Wärmepumpentechnik. Aus dem leeren Antwortfeld für eigene Vorschläge kam mehrmals der Hinweis, man solle sich jeweils projektbezogen für die beste Variante entscheiden. Ausserdem wurden die Vorschläge, in fortschrittliche Gebäudehüllen zu investieren und sparsam mit dem Strom umzugehen, mehrmals erwähnt.

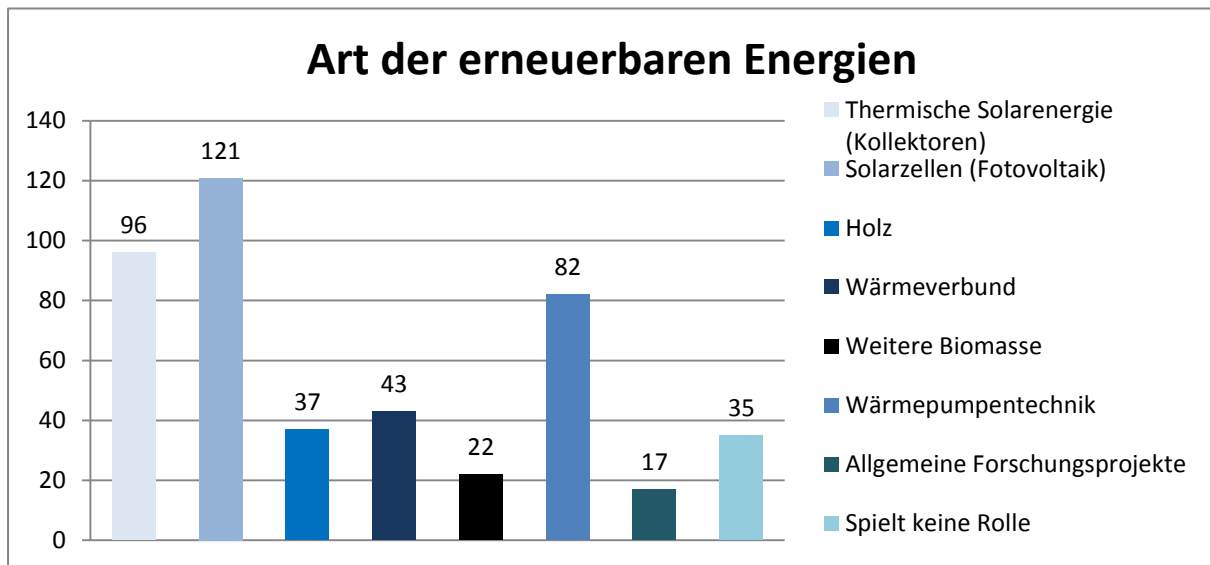


Abbildung 13: In welche Projekte für erneuerbare Energien soll konkret investiert werden?

- **Interviews**

Die Herren Banz (Interview 2, Z. 84-91) und Arnold (Interview 1, Z. 79-82) haben ebenfalls grosse Sympathien für Investitionen in erneuerbare Energien. Auch Heinz Birrer kann sich das gut vorstellen, bemerkt aber, dass dies nur dort geschehen soll, wo es wirklich Sinn macht (Interview 3, Z. 178-184). Etwas skeptisch äussert sich Herr Schwitter. Er sieht dies nicht als Aufgabe der Gemeinde an und moniert, dass das System zur Förderung erneuerbarer Energien falsch sei (Interview 4, Z. 180-206).

- **Interpretation**

Ungefähr drei von vier Inwilern sind dafür, dass die Gemeinde in erneuerbare Energien investiert. Dementsprechend sollte man entsprechende Möglichkeiten prüfen und wenn es Sinn macht entsprechende Investitionen tätigen. Besonders die Solarenergie, Wärmeverbunde und auch fortschrittliche Gebäudeisolationen sind dabei zu berücksichtigen.

4.3.4 Umweltprobleme

Forschungsfrage: *In welchem Ausmass ist die Stimmbevölkerung mit Umweltproblemen konfrontiert und welcher Art sind diese?*

- **Deskriptive Statistik**

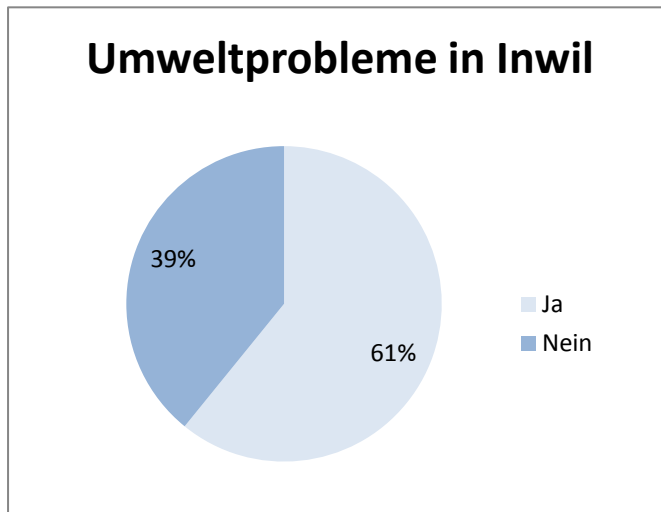


Abbildung 14: Gibt es in Inwil konkrete Umweltprobleme?

Die Mehrheit der Umfrageteilnehmenden ist der Meinung, dass es in Inwil Umweltprobleme gibt. Im Wesentlichen geht es dabei um Geruchsemissionen (Biogasanlage, Schweineställe) sowie den Strassenverkehr und den Fluglärm. Bezüglich den Geruchsemissionen vermerkten einzelne Personen, dass diese nicht weiter stören, weil man ja schliesslich auf dem Land sei und dass sich insbesondere die Situation bei der Biogasanlage massiv verbessert habe.

- **Schliessende Statistik**

Der Einstichprobentest weist hochsignifikant mit einer Wahrscheinlichkeit von 99.975% nach, dass sich die Mehrheit der Stimmbevölkerung mit Umweltproblemen konfrontiert sieht. Das 99% Konfidenzintervall für Personen, welche sich mit Umweltproblemen konfrontiert sehen liegt zwischen 53.65% - 68.06%.

- **Interpretation**

Hinsichtlich des Fluglärms, welcher durch die Kampffjets verursacht wird, ist der Handlungsspielraum der Gemeinde äusserst klein. Ausserdem wird in der Regel nur an Werktagen und nicht bis spät abends geflogen. Auch gegen die Geruchsemissionen aus Schweineställen kann nicht allzu viel getan werden. Dementsprechend besteht in diesen beiden Punkten kaum Handlungsbedarf. Etwas anders sieht es mit dem Verkehr aus. Es gilt zu prüfen, mit welchen Massnahmen die Anzahl der durch das Dorf fahrenden Lastwagen reduziert werden kann. Insbesondere die Tatsache, dass der Schwerverkehr teilweise mitten in der Nacht durch Inwil rollt, stellt für einige ein Problem dar. Bezüglich der Biogasanlage gehen die Meinungen auseinander. Einige halten fest, dass das Problem der Geruchsemissionen mittlerweile nicht oder kaum mehr besteht, andere beanstanden dies noch immer.

4.3.5 Weitere verkehrsberuhigende Massnahmen

Forschungsfrage: *Wie steht die Bevölkerung zu allfälligen weiteren verkehrsberuhigenden Massnahmen?*

- **Deskriptive Statistik**

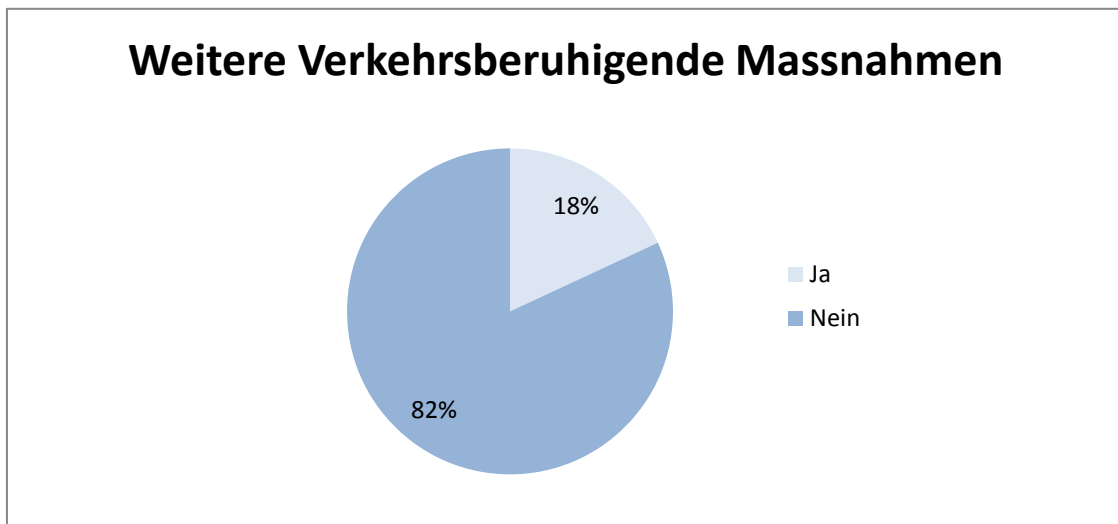


Abbildung 15: Werden weitere Verkehrsberuhigende Massnahmen in der Gemeinde gewünscht?

Die befragten Personen bringen deutlich zum Ausdruck, dass keine weiteren verkehrsberuhigenden Massnahmen mehr gewünscht sind. Die bestehenden Tempo 30 Zonen reichen völlig aus. Vereinzelt kam der Hinweis, Fahrverbote und Tempolimits müssten konsequenter kontrolliert und durchgesetzt werden. Der bereits erwähnte ausgiebige Lastwagenverkehr wurde auch bei dieser Frage mehrmals kritisiert.

- **Schliessende Statistik**

- **Einstichprobentest**

Das klare Ergebnis wird natürlich auch aus Sicht der schliessenden Statistik bestätigt. Es kann höchstsignifikant nachgewiesen werden, dass die Bevölkerung keine weiteren verkehrsberuhigenden Massnahmen möchte. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% liegt der Anteil der Personen in der Stimmbewölkerung, welche weitere verkehrsberuhigende Massnahmen ablehnen zwischen 76.27% – 87.58%.

- **Zweistichprobentest**

H_A : *Der Anteil der Eltern welche weitere verkehrsberuhigende Massnahmen in der Gemeinde wünschen ist verschieden vom Anteil der kinderlosen Personen, welche weitere verkehrsberuhigenden Massnahmen in der Gemeinde wünschen.*

H_0 : *Die Anteile der Eltern welche weitere verkehrsberuhigende Massnahmen in der Gemeinde wünschen und der kinderlosen Personen, welche weitere verkehrsberuhigenden Massnahmen in der Gemeinde wünschen sind gleich gross.*

Die Nullhypothese trifft mit einer Wahrscheinlichkeit von 88.14% nicht zu. Dies ist kein signifikantes Ergebnis. **Der Zweistichprobentest kann H_0 nicht widerlegen.** Tendenziell befürworten Eltern weitere verkehrsberuhigende Massnahmen eher mehr als kinderlose Personen (siehe Anhang 7, Abbildung 29).

- **Interviews**

Die Experten sind einhellig der Ansicht, das keine weiteren Tempo 30 Zonen mehr errichtet werden sollen (Interview 3, Birrer, Z. 211-212 / Interview 2, Banz, Z. 139-147 / Interview 1, Arnold, Z. 119-126 / Interview 4, Schwitter, Z. 226-237).

- **Interpretation**

Das klare Ergebnis zeigt deutlich, dass die Gemeinde hier keine Anstrengungen unternehmen muss. Es sind lediglich, wie bereits erwähnt, Massnahmen zur Eindämmung des Lastwagenverkehrs zu prüfen.

4.3.6 Neue Freizeit- und Erholungsgebiete

Forschungsfrage: *Wie äussert sich die Stimmbevölkerung zu allfälligen Investitionen in neue Freizeit- und Erholungsgebiete?*

- **Deskriptive Statistik**

Bezüglich Freizeit- und Erholungsgebieten besteht kaum Bedarf nach weiteren Angeboten. Eine grosse Mehrheit von 76% äussert kein Bedürfnis in dieser Hinsicht. Von der Minderheit, die zusätzliche Angebote wünscht, kamen einige konkrete Vorschläge. Demnach dürfte es, besonders für eher ältere Personen (siehe Anhang 7, Abbildung 31), etwas mehr Spazier- und Wanderwege geben. Auch ein Vita Parcours, zusätzliche „Bänkli“ oder mehr Angebote für Jugendliche werden vorgeschlagen.



Abbildung 16: Besteht ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten?

- **Schliessende Statistik**

- **Einstichprobentest**

Der Einstichprobentest lässt keinen Zweifel darüber zu, ob ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsangeboten besteht und versichert mit einer Wahrscheinlichkeit von weit über 99%, dass dies nicht der Fall ist. Das 99% Vertrauensintervall liegt im Bereich zwischen 70% und 82.49%.

- **Zweistichprobentest**

H_A : *Der Anteil der Vereinsmitglieder, welche ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten haben, ist verschieden vom Anteil Personen die nicht in einem Verein sind und ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten haben.*

H_0 : *Die Anteile der Vereinsmitglieder, welche ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten haben und jener Personen, die nicht in einem Verein sind und ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten haben sind gleich gross.*

H_0 trifft mit einer Wahrscheinlichkeit von 87.19 % nicht zu und kann somit statistisch nicht widerlegt werden, weil dieses Ergebnis nicht signifikant ist. Trotzdem kann vermutet werden, dass Vereinsmitglieder eher ein stärkeres Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten haben als Personen die in keinem Verein sind (siehe Anhang 7, Abbildung 30).

- **Interviews**

Auch hier sind sich die befragten Personen einig. Inwil ist bezüglich Freizeit- und Erholungsangeboten gut aufgestellt und es besteht kein Bedarf an neuen Angeboten (Interview 3, Birrer, Z. 189-200 / Interview 2, Banz, Z. 107-122 / Interview 1, Arnold, Z. 104-105 / Interview 4, Schwitter, Z. 211-214). Herr Birrer weist darauf hin, dass man durch die Nähe zu Luzern auch dementsprechend nahe an sehr vielfältigen und umfangreichen Angeboten sei (Interview 3, Z 192-199).

- **Interpretation**

Es gibt in Inwil viele Vereine, in denen man den unterschiedlichsten Beschäftigungen und Hobbies nachgehen kann. Hinzu kommt, dass im nahegelegenen Luzern verschiedenste Angebote zur Verfügung stehen. Ergo muss diesbezüglich vorläufig wohl nichts unternommen werden. Über zusätzliche Wander- und Spazierwege würden sich dennoch einige Leute freuen.

4.3.7 Infrastruktur

Forschungsfrage: Wie steht es um die Zufriedenheit der Stimmbevölkerung mit einigen ausgewählten Teilen der Infrastruktur? Welche Mängel bestehen konkret?

- **Deskriptive Statistik**

Tabelle 2: Zufriedenheit Infrastruktur

	deutlich ungenügend (-2)	eher ungenügend (-1)	eher genügend (+1)	deutlich genügend (+2)	Summe
1. Schulen	3	10	99	143	+367
2. Strassen	3	16	120	121	+340
3. Fusswege / Trottoirs	5	15	139	99	+312
4. Restaurants	9	23	132	94	+277
5. Altersheime	62	99	71	17	-118
6. Einkaufsmöglichkeiten	83	107	53	13	-192
7. Altersgerechte Wohnungen	84	107	53	9	-204

Die Stimmbevölkerung ist mit der bestehenden Infrastruktur im Grossen und Ganzen zufrieden. Kaum Probleme gibt es bei den Schulen. Auch bezüglich Strassen haben die Umfrageteilnehmenden nur wenig zu bemängeln. So sei die Strasse nach Buchrain zu eng und die Lösung mit der grossen Kreuzung und den Lichtsignalen nicht optimal. Die Fusswege und Trottoirs sind gemäss den Rückmeldungen relativ oft verschmutzt und das Personal in den beiden Restaurants teilweise unfreundlich.

Wie die Tabelle 2 deutlich zeigt, sind die Leute vor allem mit dem aktuellen Angebot für betagte Personen und den Einkaufsmöglichkeiten unzufrieden.

Die Tabelle 3 verdeutlicht die Situation bei den Einkaufsmöglichkeiten. Besonders Personen, die im Dorfkern wohnen, stören sich an den ungenügenden Einkaufsmöglichkeiten. Jene, die etwas ausserhalb des Dorfkerns wohnen, kaufen wohl eher in den Nachbargemeinden ein.

Tabelle 3: Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten - Vergleich zwischen Personen die im Dorfkern wohnen und solchen die ausserhalb des Dorfkerns wohnen

Einkaufsmöglichkeiten					
	deutlich ungenügend (-2)	eher ungenügend (-1)	eher genügend (+1)	deutlich genügend (+2)	Summe
Personen aus dem Dorfkern	47	43	28	9	-91
Personen von ausserhalb des Dorfkerns	14	33	18	3	-37

Die Existenz von Restaurants ist wichtig für die Gemeinschaft im Dorf. Deshalb stellt sich die Frage, inwiefern sich die Gemeinde Inwil diesbezüglich einmischen soll. Dieser Vorschlag findet fast ebenso viel Unterstützung wie Ablehnung, es ist der strittigste Punkt der Umfrage. Eine knappe Mehrheit ist der Meinung, dass dies nicht die Aufgabe der Gemeinde ist.

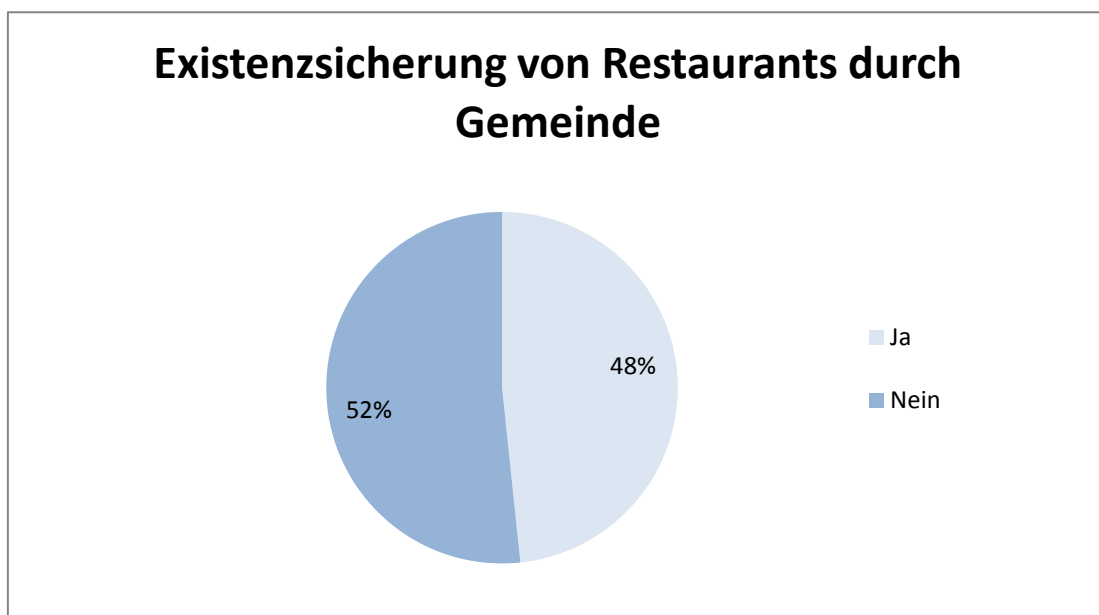


Abbildung 17: Soll die Gemeinde Inwil die Existenz von mindestens zwei Restaurants garantieren?

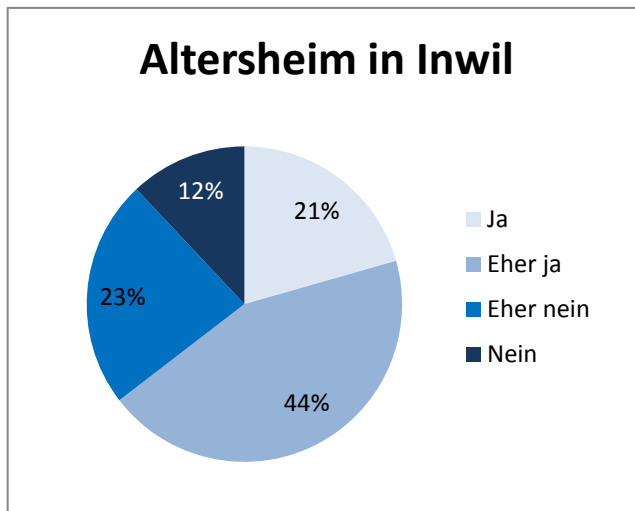


Abbildung 18: Soll die Gemeinde Inwil im Ort ein Altersheim zur Verfügung stellen?

Bei der Frage, ob die Gemeinde in Inwil ein Altersheim zur Verfügung stellen soll, gehen die Meinungen auseinander. 65% beantworten sie mit „ja“ oder „eher ja“.

Deutlicher ist die Stimmungslage bei den Alterswohnungen. 96% sind zumindest tendenziell der Meinung, dass Inwil Alterswohnungen braucht.

Bezüglich Einkaufsmöglichkeiten mangelt es vor allem an der Angebotsvielfalt. Dieser Meinung sind fast 80% der Umfrageteilnehmenden. Gemäss den Kommentaren ist das Angebot im zentral gelegenen Volg zu klein. Ausserdem sei die Qualität mangelhaft (kaum Frischprodukte) und das Verkaufspersonal teilweise unfreundlich. Zudem fehle es an „Dorfplätzli“ wie beispielsweise einer Metzgerei.

- **Schliessende Statistik**

Restaurants

- **Einstichprobentest**

H_A : Eine Mehrheit der Stimmbewölkerung in Inwil ist der Meinung, dass die Gemeinde Inwil die Existenz von mindestens zwei Restaurants nicht garantieren soll.

H_0 : Eine Mehrheit der Stimmbewölkerung in Inwil ist der Meinung, dass die Gemeinde Inwil die Existenz von mindestens zwei Restaurants garantieren soll.

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mehrheit der Stimmbewölkerung der Meinung ist, die Gemeinde Inwil solle die Existenz zweier Restaurants garantieren **liegt bei 30.28%. Dies ist bei weitem kein signifikantes Ergebnis.** Es muss in Betracht gezogen werden, dass die Nullhypothese zutrifft. Sie kann statistisch nicht widerlegt werden.

Der Anteilswert für Personen, welche der Meinung sind, die Gemeinde Inwil solle die Existenz zweier Restaurants nicht garantieren liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 43.97% und 59.36% und mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% zwischen 45.81% und 57.52%.

- **Zweistichprobentest**

Die Durchführung des Zweistichprobentests zeigt, dass die Beurteilung, ob die Gemeinde Inwil die Existenz von mindestens zwei Restaurants garantieren soll, weder vom Alter, noch von der Dauer des Wohnsitzes in Inwil abhängt (siehe Anhang 7, Abbildungen 33 und 34).

Einkaufsmöglichkeiten

- **Zweistichprobentest**

H_A : *Der Anteil der Personen die im Dorfkern wohnen und mit den Einkaufsmöglichkeiten unzufrieden sind ist verschieden vom Anteil der Personen die ausserhalb des Dorfkerns wohnen und mit den Einkaufsmöglichkeiten unzufrieden sind.*

H_0 : *Die Anteile der Personen die im Dorfkern wohnen und mit den Einkaufsmöglichkeiten unzufrieden sind und der Personen die ausserhalb des Dorfkerns wohnen und mit den Einkaufsmöglichkeiten unzufrieden sind, sind gleich gross.*

Die Nullhypothese kann bei weitem nicht widerlegt werden. Sie trifft mit einer Wahrscheinlichkeit von 55.65% nicht zu (siehe Anhang 7, Abbildung 32).

Altersheim

- **Einstichprobentest**

Bezüglich dem Bau eines Altersheims, weist der Einstichprobentest höchstsignifikant (mit einer Sicherheit von 99.9942%) nach, dass die Mehrheit der Stimmbevölkerung der Meinung ist, die Gemeinde Inwil solle ein Altersheim im Ort zur Verfügung stellen. Das 99% Konfidenzintervall für Personen, welche der Meinung sind, die Gemeinde Inwil solle im Ort ein Altersheim zur Verfügung stellen liegt zwischen 55.75% und 73.39%.

- **Zweistichprobentest**

H_A : *Der Anteil der unter 46 jährigen, welche den Bau eines Altersheimes in Inwil befürworten ist verschieden vom Anteil der über 46 jährigen, welche den Bau eines Altersheimes in Inwil befürworten.*

H_0 : *Die Anteile der unter 46 Jährigen, welche den Bau eines Altersheimes in Inwil befürworten und der über 46 Jährigen, welche den Bau eines Altersheimes in Inwil befürworten sind gleich gross.*

Die Beurteilung, ob ein Altersheim in Inwil gebaut werden soll oder nicht hängt nicht vom Alter ab.

Die Nullhypothese kann nicht verworfen werden (siehe Anhang 7, Abbildung 35).

- **Einstichprobentest**

Klare Verhältnisse herrschen bei der Frage, ob die Gemeinde Inwil im Ort Alterswohnungen zu Verfügung stellen soll. Der Einstichprobentest weist dieses Bedürfnis höchstsignifikant nach. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% liegt der Anteilswert in der gesamten Stimmbevölkerung zwischen 92.53% und 99.34%.

- **Interviews**

Auch Herr Birrer (Interview 3, Z. 214-237) und Herr Schwitter (Interview 4, Z. 249-259) stellen gewisse qualitative Mängel bezüglich Einkaufsmöglichkeiten fest. Zudem wäre eine gute Metzgerei im Dorf wünschenswert (Interview 1, Arnold, Z. 165-167 / Interview 4, Schwitter, Z. 263-267).

Der Bau von Alterswohnungen wird von den Experten ebenso klar befürwortet wie von der Bevölkerung (Interview 2, Banz, Z. 184-189 / Interview 1, Arnold, Z. 174-175 / Interview 4, Schwitter, Z. 244-246). Herr Arnold (Interview 1, Z. 172-174) sieht durchaus noch Potenzial für ein Altersheim. Dem widersprechen die Herren Banz (Interview 2, Z. 182-184) und Schwitter (Interview 4, Z. 272-274), welche diesbezüglich die aktuelle Politik der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden befürworten.

Was die Sicherung der Existenz der beiden Restaurants durch die Gemeinde angeht, ist Herr Schwitter klar der Meinung, dass dies nicht die Aufgabe der Gemeinde ist (Interview 4, Z. 417-426). Die Politik müsse lediglich gute Rahmenbedingungen schaffen.

- **Interpretation**

Allenfalls könnte die Strasse nach Buchrain verbreitert und die grosse Kreuzung durch einen Kreisell ersetzt werden. Des Weiteren muss womöglich die Reinigung der Fusswege und Trottoirs intensiviert werden.

Es besteht ein grosser Bedarf nach Alterswohnungen. Die Gemeinde Inwil hat dies bereits erkannt und ein entsprechendes Projekt lanciert, welches den Bau von Alterswohnungen auf dem Standort „Sonnhof West“ vorsieht. Durch Einsprachen verzögert sich der Bau, sollte jedoch in naher Zukunft realisiert werden können. Eine Mehrheit der Bevölkerung befürwortet auch den Bau eines Altersheimes in Inwil. Herr Banz und Herr Schwitter sprechen sich für die Beibehaltung der aktuellen Kooperation mit den Nachbargemeinden Root und Eschenbach aus. Es wäre wohl sinnvoll, dieses Thema an einer Gemeindeversammlung nochmals zu thematisieren, indem man die Bevölkerung über die aktuelle Lösung informiert und anschliessend darüber abstimmt, ob dieses Bedürfnis tatsächlich noch existiert.

Die Einkaufsmöglichkeiten in Inwil sind arg beschränkt und qualitativ nicht über alle Zweifel erhaben. In den Nachbargemeinden und im nahegelegenen Luzern ist eine grosse Angebotsvielfalt vorhanden. Für Personen die im Dorfkern wohnen und über kein Auto verfügen oder aus anderen Gründen nicht

ohne weiteres ausserhalb von Inwil einkaufen können, beziehungsweise wollen, ist die aktuelle Situation unbefriedigend. Dies zu korrigieren ist eine schwierige Aufgabe für die Gemeinde. Sie kann lediglich die Rahmenbedingungen schaffen, welche potenzielle Organisationen dazu bewegt, einen entsprechenden Verkaufsladen in Inwil zu eröffnen.

Die Frage, ob die Gemeinde Inwil die Existenz der beiden Restaurants im Notfall gewährleisten soll, kann durch die Umfrage nicht abschliessend beantwortet werden. Tendenziell sind die Leute der Meinung, dass dies eher nicht eine Aufgabe der Gemeinde ist. Womöglich muss das Thema wieder aufgenommen werden, wenn der Fall eintritt, dass ein Restaurant nicht mehr rentabel wirtschaften kann.

4.3.8 Kooperationen mit anderen Gemeinden

Forschungsfrage In welchem Ausmass wünscht die Stimmbevölkerung der Gemeinde Inwil Kooperationen mit anderen Gemeinden?

- **Deskriptive Statistik**

Über zwei Drittel der befragten Personen wollen, dass die Gemeinde Inwil in einzelnen Bereich mit den Nachbargemeinden zusammenarbeitet. Der Vorschlag einer Gemeindefusion stösst nicht einmal bei jedem zehnten auf Zustimmung. Mögliche Gemeinden, die für eine Fusion in Frage kämen, wären Eschenbach und Ballwil.

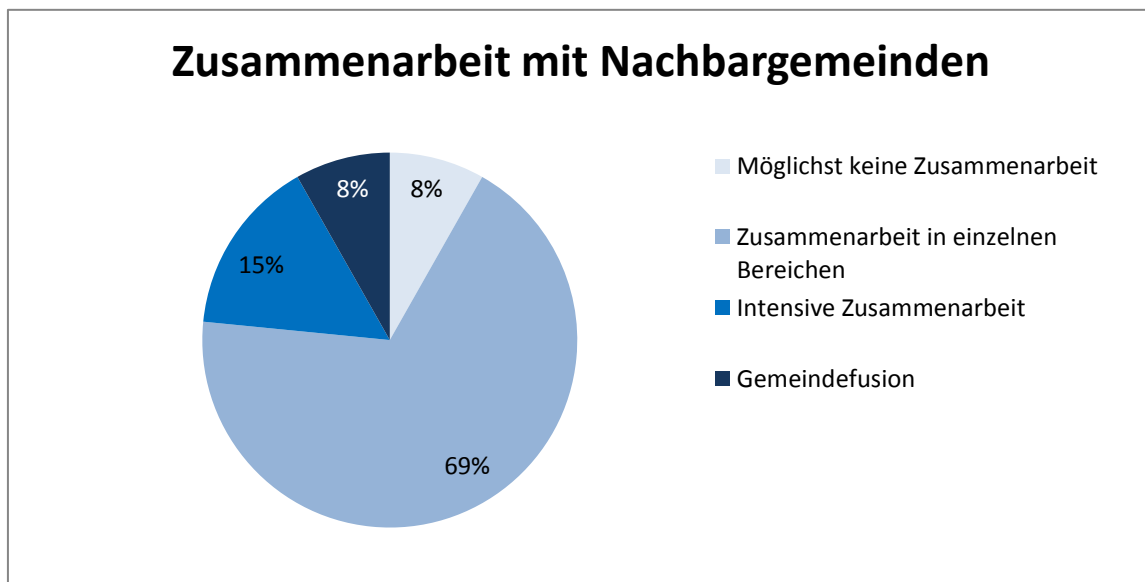


Abbildung 19: In welchem Umfang machen Kooperationen mit umliegenden Gemeinden Sinn?

Die Probandinnen und Probanden machten zahlreiche Vorschläge, in welchen Bereichen eine Zusammenarbeit angestrebt, beziehungsweise weitergeführt werden sollte. Am häufigsten kamen die Hinweise, dass Kooperationen bei den Schulen, der Feuerwehr, den Altersheimen und bei der Verwaltung im Allgemeinen sinnvoll seien.

- **Schliessende Statistik**

Der Einstichprobentest weist höchstsignifikant nach, dass die Mehrheit der Stimmbevölkerung eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden in einzelnen Bereichen befürwortet. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% befürworten zwischen 61.46% und 75.26% eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden in einzelnen Bereichen.

- **Interviews**

Die interviewten Personen sind unisono der Meinung, dass Kooperationen mit umliegenden Gemeinden sinnvoll sind und in grossem Masse eingegangen werden sollen (Interview 3, Birrer, Z. 251-255 / Interview 2 / Banz, Z. 195-200, Interview 1 / Arnold, Z. 182-183 / Interview 4, Schwitter, Z. 284-286). Eine Fusion ist zum jetzigen Zeitpunkt gemäss Herrn Birrer (Interview 3, Z. 255-266) und Herrn Schwitter (Interview 4, Z. 275-279) nur schon deswegen kein Thema, weil Inwil im Vergleich zu potenziellen Fusionsgemeinden zu wenig attraktiv ist.

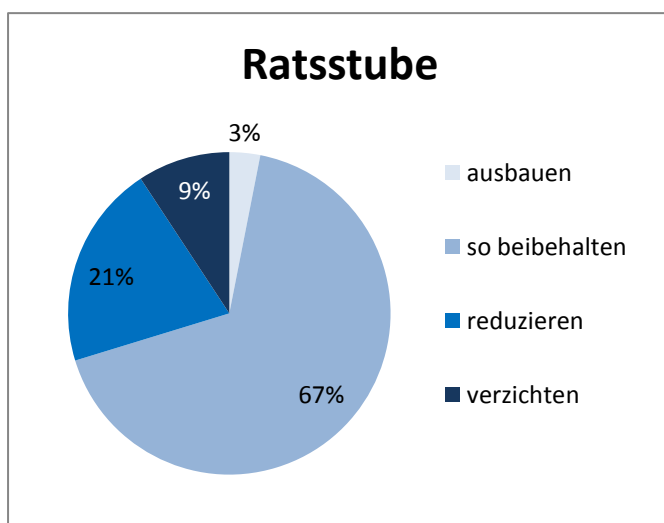
- **Interpretation**

Inwil soll mit den umliegenden Gemeinden zusammenarbeiten, wo dies zu Effizienzvorteilen und Kosteneinsparungen führen kann. Eine Fusion mit einer oder mehreren Nachbargemeinde wird derzeit von der Bevölkerung nicht gewünscht.

4.3.9 Kommunikation: Ratsstube

Forschungsfrage In welcher Form und in welcher Auflage soll das offizielle Informationsblatt der Gemeinde, die „Ratsstube“, künftig erscheinen?

- **Deskriptive Statistik**



Die „Ratsstube“ ist in der aktuellen Form und Auflage bei der Bevölkerung sehr beliebt. Eine Zweidrittelmehrheit möchte, dass die Ratsstube so beibehalten wird wie sie derzeit ist. Eine Erhöhung der Auflage wird nur ganz vereinzelt gefordert. Ungefähr 30% fordern eine Reduktion der Auflage auf beispielsweise 2 Ausgaben pro Jahr oder gar einen gänzlichen Verzicht auf die Herausgabe der Ratsstube.

Abbildung 20: In welcher Form und in welcher Auflage soll das offizielle Informationsblatt der Gemeinde künftig erscheinen?

- **Schliessende Statistik**

Mit dem Einstichprobentest kann höchstsignifikant nachgewiesen werden, dass die Mehrheit der Stimmbevölkerung die „Ratsstube“ in der aktuellen Auflage erhalten möchte. Das 99% Vertrauensintervall für Personen, welche möchten, dass die Ratsstube in der aktuellen Auflage erhalten bleibt, liegt zwischen 60.27% – 74.10%.

- **Interviews**

Herr Banz (Interview 2, Z. 231-234) und Herr Arnold (Interview 1, Z. 206-208) sind sehr zufrieden mit der „Ratsstube“. Etwas kritischer äussert sich Herr Birrer (Interview 3, Z. 305-311), für ihn dürfte die „Ratsstube“ noch etwas mehr Informationen beinhalten. Herr Schwitter ist der Meinung, dass man noch etwas klarer zeigen könnte, welche Ausgabenposten wirklich relevant sind und welche nicht. So sei beispielsweise auf die Nennung von sehr tiefen Ausgaben (im Rahmen von CHF 500 – CHF 1'000) zu verzichten (Interview 4, Z. 299-306). Verbesserungspotenzial sieht er vor allem bei der Homepage der Gemeinde, welche selten aktuell sei (Interview 4, Z. 310-320).

- **Interpretation**

Bezüglich der „Ratsstube“ besteht kein Handlungsbedarf. Die soll in der aktuellen Form und Auflage beibehalten werden. Es bestehen allenfalls kleine Verbesserungspotenziale hinsichtlich der Qualität gemäss den Äusserungen von Herrn Birrer und Herrn Schwitter. Zukünftig sollte darauf geachtet werden, dass die Homepage der Gemeinde häufiger aktualisiert wird.

4.3.10 Zufriedenheit der Stimmbevölkerung

Forschungsfrage *Wie steht es um die Zufriedenheit der Stimmbevölkerung mit den von der Gemeinde Inwil geschaffenen Rahmenbedingungen?*

- **Deskriptive Statistik**

Die grosse Mehrheit der Umfrageteilnehmenden beurteilt die allgemeinen Begebenheiten, wie sie in Inwil herrschen mit „eher genügend“ oder „deutlich genügend“. Eine häufige Forderung aus dem Zusatzfeld, ist die bessere Erschliessung an den öffentlichen Verkehr sowie häufigere Fahrten.

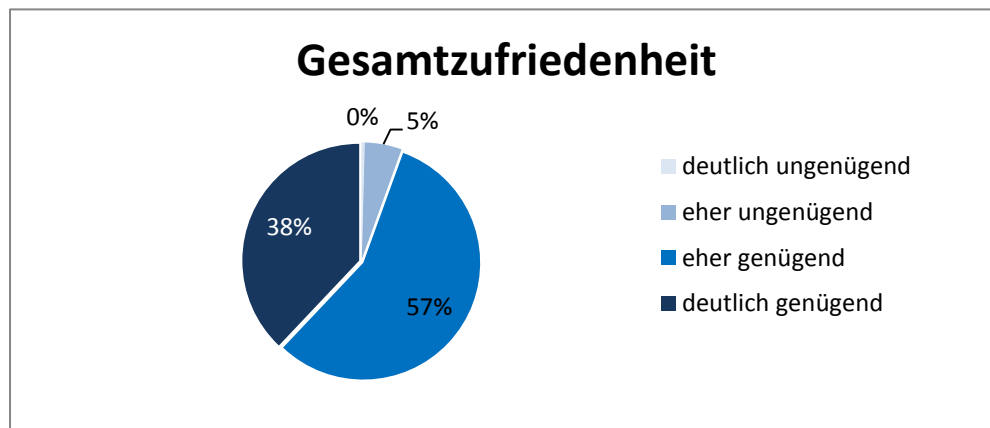


Abbildung 21: Wie steht es um die Zufriedenheit der Stimmbevölkerung mit den von der Gemeinde Inwil geschaffenen Rahmenbedingungen?

- **Schliessende Statistik**

H_A : Über 90% der Stimmbevölkerung in Inwil beurteilt die Begebenheiten als Einwohner von Inwil mit genügend oder deutlich genügend.

H_0 : Über 10% der Stimmbevölkerung in Inwil beurteilt die Begebenheiten als Einwohner von Inwil mit ungenügend oder deutlich ungenügend.

Die Nullhypothese kann verworfen werden. Der Einstichprobentest weist hochsignifikant (mit einer Wahrscheinlichkeit von 99.1%) nach, dass über 90% der Stimmbevölkerung die Begebenheiten als Einwohner von Inwil mit genügend oder deutlich genügend beurteilt. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% liegt der Anteil jener Personen, welche die Begebenheiten als Einwohner von Inwil mit genügend oder deutlich genügend beurteilen zwischen 91.05% – 97.88%.

- **Interviews**

Die Rahmenbedingungen in Inwil für Unternehmen sind laut Herrn Birrer (Interview 3, Z. 12-28), Herrn Banz (Interview 2, Z. 278-288), Herrn Arnold (Interview 1, Z. 234-243) und Herrn Schwitter (Interview 4, Z. 364-369) gut. Allesamt nennen sie die beiden Autobahnanschlüsse als Hauptgrund dafür, dass Inwil für Unternehmen ein attraktiver Standort ist. Es ist durchaus das Ziel, noch das eine oder andere Unternehmen nach Inwil zu locken.

Auch als Wohnort ist Inwil grundsätzlich attraktiv. Herr Birrer nennt die Nähe zur Stadt sowie das aktive Dorfleben als mögliche Gründe (Interview 3, Z. 363-383). Ebenfalls die Nähe zur Stadt, aber auch die hervorragende Infrastruktur mit guten Schulen und vielen Spielplätzen sind aus Sicht von Herrn Banz wesentliche Gründe, weshalb Inwil vor allem für Familien attraktiv ist (Interview 2, Z. 293-302). In eine ähnliche Richtung geht die Argumentation von Herrn Arnold (Interview 1, Z. 262-266). Für ihn ist vor allem die Kombination aus der ländlichen Ortschaft und der Nähe zur Stadt, also zum Arbeitsort vieler Bewohner von Inwil, der entscheidende Faktor. Herr Schwitter sieht Inwil vor allem aufgrund der guten Gemeinschaft, nicht zuletzt dank den Vereinen, als attraktiven Wohnort, stellt aber auch fest, dass Inwil derzeit ein relativ schlechtes Image hat (Interview 4, Z. 382-391)

- **Interpretation**

Sowohl die stimmberechtigten Personen Inwils, als auch die befragten Experten sehen Inwil als attraktiven Standort für Privatpersonen. Falls noch das eine oder andere Unternehmen angesiedelt werden könnte, wäre dies sicherlich von Vorteil. Es muss darauf geachtet werden, dass die aktuellen Stärken, insbesondere die intakte Dorfgemeinschaft, möglichst erhalten bleiben. Allenfalls sollte der öffentliche Verkehr noch etwas ausgebaut werden, dies aber nur dann, wenn die zusätzlichen Busse auch tatsächlich genutzt werden.

4.3.11 Zentrale Themen

Forschungsfrage Welche Themen sind für die Stimmbevölkerung von zentraler Bedeutung? Welche haben weniger Priorität?

- **Deskriptive Statistik**

Das wichtigste Thema ist laut Bevölkerungsumfrage die Infrastruktur. Für die Einwohnerinnen und Einwohner Inwils ist es von zentraler Bedeutung, dass in der Gemeinde eine funktionierende Infrastruktur vorhanden ist. An zweiter Stelle rangiert sich das Thema Steuern. Diesen beiden Themen haben jeweils 22.46%, also je 53 Personen, den Wert 1, welcher für die höchste Priorität steht, zugeteilt.

Von vergleichsweise geringer Bedeutung sind die Themen Kommunikation, Weiterentwicklung der Gemeinde bezüglich Grösse und Kooperationen mit anderen Gemeinden. Auffallend ist, dass das Thema Weiterentwicklung der Gemeinde bezüglich Grösse polarisiert. Für immerhin 11% ist es das wichtigste Thema, für 30.5% dasjenige mit der tiefsten Priorität.

Tabelle 4: Rangierung hinsichtlich der Wichtigkeit der einzelnen Themen von 1. höchste Priorität bis 7. niedrigste Priorität

Rang	Thema	Durchschnitt	Anzahl Wert 1	Anzahl Wert 7
1.	Infrastruktur	3.12	53	11
2.	Steuern	3.25	53	7
3.	Umwelt / Natur	3.27	50	5
4.	Energiepolitik	3.88	27	25
5.	Kommunikation	4.52	18	48
6.	Weiterentwicklung der Gemeinde (bez. Grösse)	4.64	26	72
7.	Kooperationen mit anderen Gemeinden	5.22	8	67

- **Interviews**

Herr Birrer ist der Ansicht, dass eine Erhöhung der Steuern unumgänglich ist und wünscht sich ein subtiles Wachstum der Bevölkerung (Interview 3, Z. 392-405). Auch die Infrastruktur muss besonders in Bezug auf die Alterswohnungen in naher Zukunft verbessert werden (Interview 1, Arnold, Z. 278-280).

- **Interpretation**

Der Bevölkerung ist eine gute Infrastruktur, nicht allzu hohe Steuern und eine intakte Umwelt mit schöner Natur besonders wichtig. Entsprechend sollte die Gemeinde diese Themen auch prioritär behandeln. Bei der Infrastruktur wurde kürzlich in die Schule investiert und es werden demnächst Alterswohnungen gebaut. Was die Steuern angeht, wird es möglicherweise nötig sein, diese etwas zu erhöhen. Eine allfällige Erhöhung sollte aber nicht zu drastisch ausfallen. Vielmehr ist zu prüfen, ob nicht derzeit bestehende Kosten eingespart oder zumindest gesenkt werden können.

4.3.12 Bedürfnisunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung

Forschungsfrage: Inwiefern bestehen Bedürfnisunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung?

- a. Verschiedene Altersgruppen*
- b. Frauen und Männer*
- c. Langjährige Einwohner / Zuzüger*
- d. Wohnhaft im Dorfkern / Wohnhaft ausserhalb des Dorfkerns*
- e. Eltern / Kinderlose Personen*
- f. Vereinsmitglieder / Nicht-Vereinsmitglieder*

Diese Forschungsfrage wurde durch die Durchführung des Zweistichprobentests bei ausgewählten Fragen bereits beantwortet.

5 Massnahmen

Forschungsfrage:: Welche Massnahmen sollen aufgrund der Erkenntnisse ergriffen werden?

Die Tabellen 5, 6 und 7 schlagen stichwortartig und nach Wichtigkeit geordnet Massnahmen vor, welche die Gemeinde nun ergreifen sollte. Es ist gewissermassen die Quintessenz aus der obigen Analyse.

Tabelle 5: Massnahmen 1. Priorität

1. Priorität

- Erhalt der aktuellen Stärken:
 - Infrastruktur
 - Pflege der vorhandenen Infrastruktur.
 - Nur moderates Bevölkerungswachstum zulassen, sodass die vorhandene Infrastruktur nach wie vor ausreichen ist.
 - Intakte Dorfgemeinschaft
 - Ländlicher Charakter beibehalten.
 - Unterstützung der Vereine.
 - Organisation von- oder Teilnahme an Veranstaltungen.
 - Schöne Umwelt / Natur
 - Sorge tragen - nicht zu viel verbauen.
- Steuerfuss:
 - Falls unumgänglich etwas erhöhen, um Defizit auszugleichen.
 - Abläufe und Ausgaben prüfen.
 - Mögliche Einsparungen bei der Gemeindeverwaltung beispielsweise durch Effizienzsteigerungen, Auslagerungen oder Abbau von Leistungen.
 - Mögliche Einsparungen beim Schulbus durch eine Reduktion der Fahrten oder die gänzliche Einstellung des Angebotes.
- Projekt für den Bau von Alterswohnungen auf dem südlich des Gemeindehauses vorantreiben und zeitnah realisieren.

Tabelle 6: Massnahmen 2. Priorität

2. Priorität

- Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden
 - fördern, wo dies zu Effizienzgewinnen und Kosteneinsparungen führt.
- Kommunikation
 - Homepage als wichtige Informationsquelle besser pflegen und dadurch ständige Aktualität gewährleisten.
- Altersheim
 - Nochmals thematisieren an der Gemeindeversammlung:
 1. Aktuelle Politik der Kooperationen mit Nachbargemeinden aufzeigen.
 2. Kommende Alterswohnungen erwähnen.
 3. Darüber abstimmen lassen, ob ein konkretes Projekt erarbeitet, bzw. geprüft werden soll.
- Strassen
 - Kosten und Zweckmässigkeit einer Verbreiterung der Strasse nach Buchrain und einer Ersetzung der grossen Kreuzung durch einen Kreisell prüfen.
 - Massnahmen zur Reduktion des Lastwagenverkehrs, vor allem in der Nacht, ergreifen.
- Projekte für Investitionen in erneuerbare Energien prüfen.
 - Fokus auf
 - Solarenergie
 - Wärmeverbunde
 - fortschrittliche Gebäudeisolationen
- Unternehmen anziehen
 - Allenfalls durch Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel. Dies wird auch von der Bevölkerung gewünscht, ist aber nur umsetzbar, wenn zusätzliche Busse auch adäquat genutzt werden.
 - Steuersenkungen sobald dies der Finanzhaushalt erlaubt.
- Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Lebensmittelläden ansiedeln.
- Trottoirs und Spazierwege besser und häufiger reinigen.

Tabelle 7: Massnahmen 3. Priorität

3. Priorität

- Unterstützungsleistungen für Vereine
 - Kriterien für Umfang von Unterstützungsleistungen:
 - Zweck des Vereins → grosszügigere Unterstützung für Vereine, welche die Jugend beschäftigen und fördern oder für Vereine, welche dem Allgemeinwohl der Einwohnerinnen und Einwohner Inwils massgeblich dienen.
 - Mitglieder → grosszügigere Unterstützung für Vereine mit vielen Einheimischen Mitgliedern.
- Kommunikation
 - „Ratsstube“ qualitativ verbessern.
 - etwas umfassender informieren.
 - klar hervorheben, was relevant ist und was nicht.
- Zusätzliche Wander- und Spazierwege
- Biogasanlage
 - Aufforderung der verantwortlichen Personen, die Probleme im Zusammenhang mit den Geruchsemissionen von der Biogasanlage zu beheben, sofern diese noch existieren.
- Allenfalls Organisation eines „Zukunftsabends“
 - Einbezug der Bevölkerung, um über ausgewählte Themen bezüglich der künftigen Entwicklung der Gemeinde zu diskutieren.

5 Fazit

Die Gemeinde Inwil vergab den Auftrag, die Bedürfnisse der Bevölkerung Inwils im Hinblick auf die künftige Entwicklung in Erfahrung zu bringen. Zu diesem Zweck wurden die zentralen Themen gemeinsam mit dem Auftraggeber definiert und daraus die zu beantwortenden Forschungsfragen abgeleitet. Der ständige Austausch mit dem Auftraggeber, beispielsweise bei der Erarbeitung des Fragebogens oder der Definition der Schwerpunkte bei der Auswertung, stellte sicher, dass die Vorstellungen und Wünsche der Gemeinde Inwil stets berücksichtigt werden konnten.

Im Gegensatz zur im vierten Semester des Studiums an der HSLU durchgeführten Umfrage konnten die Fragebogen bei der Bevölkerungsumfrage in Inwil nicht elektronisch verschickt werden. Im Modul „Schliessende Statistik & Methodik der quantitativen Sozialforschung“ haben wir gelernt wie man eine Umfrage mit einer dafür geeigneten Software elektronisch erstellen kann. Dies ermöglicht einen einfachen und kostenlosen Versand per E-Mail sowie die schnell und unkomplizierte Auswertung mithilfe des Rechners.

Dieses Vorgehen war nicht möglich, da nicht alle stimmberechtigten über E-Mail kommunizieren und die Gemeindeverwaltung auch nicht über E-Mail Adressen ihrer Einwohner verfügt. Dementsprechend mussten sämtliche Fragebogen und Begleitschreiben ausgedruckt und an die 500 ausgewählten Personen verschickt werden (inkl. Antwortcouvert). Insbesondere die Auswertung fiel dadurch deutlich aufwändiger aus.

Die Tatsache, dass über 50% der Fragebogen retourniert wurden, war äusserst positiv. Eine derart hohe Rücklaufquote ist für Umfragen dieser Art höchst ungewöhnlich. Die ausserordentlich gute Unterstützung durch die Inwiler Stimmbevölkerung und nicht zuletzt auch die sorgfältige und gewissenhafte Art und Weise, mit welcher die Fragebogen beantwortet wurden, ermöglichten aussagekräftige Resultate.

Das gewählte Vorgehen bei der Auswertung durch die Analyse der Antworten mit den Methoden der deskriptiven und der schliessenden Statistik war sehr sinnvoll. Dadurch konnten die erhaltenen Informationen anschaulich und aussagekräftig aufbereitet werden.

Erfreulich war auch, dass sich, mit einer Ausnahme, sämtliche ausgewählten Experten für ein Interview zur Verfügung stellten und sich entsprechend die Zeit dafür namen. Die Gespräche waren allesamt sehr angenehm und die Aussagen der interviewten Personen ausgesprochen nützlich. Die Wahl der Interviewpartner sowie die Form des Leitfadenterviews haben sich bewährt und als richtig erwiesen.

Ebenfalls positiv zu erwähnen ist die jederzeit angenehme Zusammenarbeit mit meinem Referenten, Herrn Alex Lötscher, und dem Auftraggeber, meistens vertreten durch Herrn Daniel Hermann, Gemeindeschreiber, und teilweise durch Herrn Fabian Peter, Gemeindeammann.

Nicht zuletzt aufgrund dieser verschiedenen Faktoren konnten die Forschungsfragen adäquat beantwortet und das Ziel der Arbeit, die Eruierung der Bedürfnisse, erreicht werden.

Dabei konnte im Wesentlichen festgestellt werden, dass die Bevölkerung im Grossen und Ganzen mit der aktuellen Situation zufrieden ist. Es ist nun die Aufgabe der Gemeinde, die bedeutendsten Stärken beizubehalten. Beispiele für solche Stärken, die Inwil von anderen Gemeinden unterscheidet sind die intakte Infrastruktur, die hervorragende Dorfgemeinschaft sowie eine schöne Umwelt und Natur. Des Weiteren ist die Gemeinde dazu aufgefordert, den Finanzhaushalt wieder positiver zu gestalten. Dies soll insbesondere durch die Einsparung von Kosten und nur falls unbedingt nötig durch eine möglichst moderate Erhöhung der Steuern geschehen. Eines der dringendsten Bedürfnisse aus Sicht der Bevölkerung ist die Realisation des Baus von Alterswohnungen.

Die Formulierung von konkreten Massnahmen war als externe Person, die einzelne Sachgeschäfte nicht im Detail kennt, schwierig bis unmöglich. Die Vorschläge sind demzufolge relativ vage und allgemein formuliert. Ob und wie weit die Gemeinde Inwil die vorgeschlagenen Massnahmen weiter verfolgt, beziehungsweise wie sie die Ergebnisse in die Legislaturplanung einfliessen lässt, liegt im Ermessen der Gemeinde.

6 Literaturverzeichnis

Blankart, C. B. (2011). Öffentliche Finanzen in der Demokratie. Eine Einführung in die Finanzwissenschaft (8. Auflage). Vahlen Verlag.

Eckey, H. F. (2008). Regionalökonomie (1. Auflage). Gabler Verlag.

Flick, U. (2012). Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung (5. Auflage). Rowohlt's Enzyklopädie.

Inwil (a). Bildgalerie Allgemein. Online (12.06.2014):

http://inwil.sis-creaweb.com/inwil-web/gallery/bilder-allgemein.php?we_lv_start_ImageGallery=18

Inwil (b). Konzept gemeinsam bleiben in Inwil. Online (12.03.2014):

http://inwil.sis-creaweb.com/8_Konzept_Mai_2011.pdf

Inwil (c). Logo und Wappen. Online (26.02.2014):

<http://inwil.sis-creaweb.com/inwil-web/portrait/logo-wappen.php>

Inwil (d). Schule Inwil. Online (17.02.2014):

<http://inwil.sis-creaweb.com/inwil-web/bildung/schule-inwil.php>

Inwil (e). Team. Online (21.02.2014):

<http://inwil.sis-creaweb.com/inwil-web/verwaltung/team.php>

Inwil (f). Vereine. Online (17.02.2014):

<http://inwil.sis-creaweb.com/inwil-web/freizeit/vereine.php>

Inwil (g). Gemeinderat. Online (21.02.2014):

<http://inwil.sis-creaweb.com/inwil-web/politik/gemeinderat.php>

Jumbo. Uni-Münster. Grundgesamtheit, Stichprobe, Beobachtungseinheit. Online (02.04.2014):

<http://jumbo.uni-muenster.de/index.php?id=18>

Kirsch, G. (2004). Neue Politische Ökonomie (5. Auflage). Lucius & Lucius Verlag.

Lamnek, S. (2010). Qualitative Sozialforschung (5. Auflage). Beltz Verlag.

LUSTAT (a). Gemeinde Inwil. Online (12.03.2014):

http://www2.lustat.ch/index/gemeinden_a_z/inwil.htm

LUSTAT (b). Regionsprofil. Analyseregion Agglomeration Luzern. (Online 14.03.2014):

http://www2.lustat.ch/ap_01_gb2014.pdf

LUSTAT (c). Wohnbevölkerung nach Heimat und Geschlecht seit 1860. (Online 28.04.2014):

http://www2.lustat.ch/download/lustat_new/gd/1033/w012_012t_gd1033_zz_d_0000_002.html

Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft (2013). Schliessende Statistik. Unveröffentlicht. [Unterrichtsskript]

Mayer, H. O. (2009). Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung / Durchführung / Auswertung (5. Auflage). Oldenbourg Verlag.

Müller-Martini M. (2008). Kundenkompetenzen als Determinanten der Kundenbindung. Eine empirische Kausalanalyse am Beispiel der TV-Versorgung von Privatkunden (1. Auflage). Gabler Edition Wissenschaft

Przyborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2009). Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. Oldenbourg Verlag

Rüdiger, J., Andreas, H. Décieux, J. P. & Eirmbter, W. H. (2011). Umfrage. Einführung in die Methoden der Umfrageforschung (2. Auflage). Oldenbourg Verlag.

Schedler, K. & Proeller, I. (2011). New Public Management (5. Korrigierte Auflage). Haupt Verlag.

Schnell, R., Hill, P.B. & Esser, E. (2011). Methoden der empirischen Sozialforschung (9. Auflage). Oldenbourg Verlag.

Schumann, S. (2006). Repräsentative Umfrage (4. Auflage). Oldenbourg Verlag.

SFPI. Homepage. Online (03.03.2014):

<http://www.sfpinwil.ch/home.html>

Skript Deskriptive Statistik, Hochschule Luzern (2012). Unveröffentlicht. [Unterrichtsskript]

Statista. Statistik-Lexikon: Definition Skalenniveau. Online (12.03.2014):

<http://de.statista.com/statistik/lexikon/definition/123/skalenniveau/>

Statista. Statistik-Lexikon: Definition Varianz. Online (12.03.2014):

<http://de.statista.com/statistik/lexikon/definition/138/varianz/>

Swissinfo. Kantone und Gemeinden. Online (25.02.2014):

http://www.swissinfo.ch/ger/specials/klick_auf_die_schweiz/politik/Kantone_und_Gemeinden.html?cid=28978072

Swisspolitics. Schweizer Föderalismus. Online (15.02.2014):

<http://www.swisspolitics.org/politische-struktur/schweizer-foederalismus/>

Teuscher H. (2011). Betriebswirtschaft. Einführung in die Problemstellungen und Lösungskonzepte der Betriebswirtschaftslehre (2. Überarbeitete Auflage). Compendio Bildungsmedien AG, Zürich

Umzugsmonitoring (a). Herzlich willkommen bei Umzugsmonitoring. Online (13.03.2014):

<http://www.umzugsmonitoring.ch/>

Umzugsmonitoring (b). Für Gemeinden Regionen Investoren. Umzuger-Befragung: Trends 2012. Unveröffentlicht.

Vimentis. Lexikon: Subsidiaritätsprinzip. Online (24.02.2014):

<http://www.vimentis.ch/d/lexikon/543/Subsidiarit%C3%A4tsprinzip.html>

Vogel, H. P. & Verhallen, T. M. M. (1983). Qualitative Sozialforschungsmethoden. Interview und Analyse.

Weischer, C. (2007). Sozialforschung. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Wikibooks. Mathematik: Statistik: Prinzip des Konfidenzintervalls. Online (09.03.2014):

http://de.wikibooks.org/wiki/Mathematik:_Statistik:_Prinzip_des_Konfidenzintervalls

Wirtschaftslexikon Gaber. Proband. Online (18.03.2014):

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/proband.html#erklaerung>

7 Anhang

Anhang 1

Begriffe und Symbole Statistik (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S. 4-5)

N	Grundgesamtheit
n	Stichprobe
Varianz	Die Varianz ist ein Streuungsmass, welches die Verteilung von Werten um den Mittelwert kennzeichnet
π	effektiver Anteilswert in der Grundgesamtheit
p	Anteilswert aus der Stichprobe
α	Fehlerrisiko: Wahrscheinlichkeit, dass das erhaltene Ergebnis nicht stimmt beziehungsweise nur durch den Zufall zustande gekommen ist.
z-Wert	Zu einem bestimmten Fehlerrisiko gehörender Wert, der für Berechnungen der schliessenden Statistik verwendet wird.
H_A	Alternativhypothese: These, die durch statistische Tests indirekt bestätigt werden soll
H_0	Nullhypothese: Gegenteilige Aussage von H_A . Durch die Widerlegung der Nullhypothese kann davon ausgegangen werden, dass H_A zutrifft.

Anhang 2

Berechnung von Konfidenzintervallen für Anteilswerte

Gehen wir davon aus, dass beim Beispiel auf Seite 28 die effektive Zustimmung aller Stimmberechtigten zur Vorlage X bei 55.2% liegt. Dieser effektive Anteil der Zustimmung in der Grundgesamtheit wird mit „ π “ bezeichnet. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein zufällig herausgegriffener Stimmberechtigter der Vorlage zustimmt, beträgt demnach ebenfalls π . Somit ist die Anzahl zustimmender Stimmberechtigter zur Vorlage X binomialverteilt mit der Wahrscheinlichkeit π (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft 2013, S.22).

Zur Berechnung des Konfidenzniveaus werden Quantile der z-Verteilung verwendet. Zu jedem Konfidenzniveau (z.B. 95% oder 99%) gehört ein „z-Wert“ (siehe Anhang 3). Da sich das Fehlerrisiko α (z.B. 5%) auf das untere und das obere Ende des Vertrauensintervalls aufteilt wird der z-Wert mit $z\alpha/2$ beschrieben. Zum Konfidenzniveau, 95%, mit welchem in der vorliegenden Arbeit gerechnet wird, gehört der Wert $z\alpha/2=1.96$ (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S. 16). Sämtliche z-Werte für alle Konfidenzniveaus können mit dem Taschenrechner berechnet werden. Dies ist auch auf Abbildung xx dargestellt. Damit mit diesem z-Wert gerechnet werden kann, muss jederzeit die nachfolgende Bedingung erfüllt sein.

Stichprobe x effektiver Anteilswert x ($1 -$ effektiver Anteilswert) muss grösser als 9 sein, also:

$$n \times \pi \times (1 - \pi) > 9$$

Dies hat damit zu tun, dass nur wenn diese Ungleichung erfüllt ist, eine Binomialverteilung durch die Normalverteilung approximiert werden kann. Dieser Sachverhalt muss im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nicht genauer erklärt werden, da die in der Auswertungsphase durchgeführten Berechnungen dies nicht erfordern und es den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Darüber hinaus wird obige Bedingung, welche lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt ist, bei der Stichprobengrösse den erwarteten Anteilswerten im Auswertungsteil dieser Arbeit zu jeder Zeit erfüllt.

Zur Berechnung des Vertrauensintervalls muss neben den Variablen p und $z\alpha/2$ auch die Varianz genauer erklärt werden. Die Varianz ist ein Streuungsmass, das sich mit nachfolgender Formel berechnen lässt:

$$\sqrt{\frac{\pi \times (1 - \pi)}{n}}$$

Da der Anteil π nicht bekannt ist, kann er durch den in der Stichprobe erhobenen Wert p ersetzt werden.

$$\sqrt{\frac{p \times (1 - p)}{n}}$$

Das dargelegte Vorgehen zur Berechnung der Varianz ist nur dann vollständig korrekt, wenn es sich um eine kleine Stichprobe handelt. Von einer kleinen Stichprobe ist die Rede, solange der Anteil der

Stichprobe an der Grundgesamtheit kleiner als 5% ist. Im Falle einer grossen Stichprobe, also $\frac{n}{N} \geq 0.05$, muss die Standardabweichung mit dem Korrekturfaktor $\sqrt{\frac{N-n}{N-1}}$ multipliziert werden (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S. 17). Bei der Bevölkerungsumfrage in Inwil ist die Stichprobe sehr gross. Deshalb ist der Korrekturfaktor bei der Analyse der Umfrageergebnisse unbedingt zu berücksichtigen.

Der Anteilswert der Stichprobe, also p , ist der Erwartungswert. Sprich, wenn sich in der Stichprobe 54% für die Vorlage X aussprechen, kann dieser Anteilswert auch für die Grundgesamtheit N angenommen werden. Somit bildet dieser Wert den höchsten Punkt der Kurve. Da es sich dabei um einen Wert aus einer Stichprobe handelt, muss von einer kleinen Ungenauigkeit ausgegangen werden. Nun soll herausgefunden werden, in welchem Bereich sich der tatsächliche Anteilswert mit einer Sicherheit von 95% befindet. Zu diesem Zweck wird vom Wert p , der z -Wert (welcher bei einem Konfidenzniveau von 95% dem Wert 1.96 entspricht) multipliziert mit der Varianz auf der einen Seite von p subtrahiert und auf der anderen Seite addiert.

Also enthält das Intervall

$$p - z_{\alpha/2} \times \sqrt{\frac{p \times (1-p)}{n}} \text{ bis } p + z_{\alpha/2} \times \sqrt{\frac{p \times (1-p)}{n}}$$

den Anteil π der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von $1-\alpha$.

Oder anhand des obigen Beispiels:

$$0.54 - 1.96 \times \sqrt{\frac{0.54 \times (0.46)}{2000}} = 51.82\% \text{ bis } 0.54 + 1.96 \times \sqrt{\frac{0.54 \times (0.46)}{2000}} = 56.18\%$$

Damit ist die Aussage „Die Zustimmung der stimmberechtigten Personen zur Vorlage X liegt mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 51.82% und 56.18%“ mathematisch hergeleitet. Da es sich bei einer Stichprobe von 2000 Personen aus einer Grundgesamtheit von allen Stimmberechtigten der Schweiz (über 5'000'000) um eine sehr kleine Stichprobe handelt, muss die Varianz nicht mit dem Korrekturfaktor $\sqrt{\frac{N-n}{N-1}}$ multipliziert werden.

Anhang 3

Ein- und zweiseitige Tests: Z-Werte

Je nachdem, ob es sich um einen ein- oder zweiseitigen Test handelt, gelangen unterschiedliche z-Werte zur Anwendung. Bei zweiseitigen Tests gibt es gewissermassen zwei Verwerfungsbereiche, einen für zu tiefe und einen für zu hohe Werte aus der Stichprobe. Das Fehlerrisiko α teilt sich also durch 2, weshalb wie beim Konfidenzintervall die Werte für $z_{\alpha/2}$ verwendet werden. Bei einseitigen Tests dagegen wird mit dem Wert für z_{α} gerechnet (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S. 37). Die nachfolgende Tabelle fasst die diesbezüglich wichtigsten Werte zusammen:

Tabelle 8: Z-Werte zu den üblicherweise verwendeten Fehlerrisiken α

α	$z_{\alpha/2}$	z_{α}
5%	1.96	1.645
1%	2.576	2.326

Anhang 4

Einstichprobentest: Berechnung

Die Berechnung beim Einstichprobentest erfolgt über die nachfolgende Formel: $\frac{(p-\pi_0)}{\frac{\sqrt{\pi_0 \times (1-\pi_0)}}{\sqrt{n}}}$. Anstelle der aufwändigen Berechnung mit dieser Formel kann das Ergebnis auch weit weniger kompliziert über die dafür vorgesehene Funktion mit dem Taschenrechner herbeigeführt werden (1-PopZTest). Der Wert, welcher sich aus dieser Berechnung ergibt, muss nun noch mit dem z-Wert des definierten Signifikanzniveaus verglichen werden. Dies, um zu erkennen, ob das in der Stichprobe erhaltene Resultat in den Verwerfungsbereich fällt oder nicht (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft, 2013, S.37).

Für die Auswertung der Bevölkerungsumfrage in Inwil gilt: Sämtliche mit obiger Formel berechneten Werte, welche den definierten z-Wert übersteigen, fallen in den Verwerfungsbereich. In diesen Fällen könnte also die Nullhypothese verworfen und die Alternativhypothese beibehalten werden.

Anhang 5

Zweistichprobentest: Berechnung

Die Berechnung des Zweistichprobentests durch die Formel: $\frac{p_1 - p_2}{\sqrt{p \times (1-p) \times (\frac{1}{n_1} + \frac{1}{n_2})}}$ liefert erneut einen

Wert, welcher mit dem je nach gewünschtem Signifikanzniveau gewählten z-Wert verglichen wird. Auch für den Zweistichprobentest für Anteilswerte besteht eine Funktion im Taschenrechner, die eine unkomplizierte Durchführung des Tests erlaubt (2-PropZTest). Wiederum gilt: Liegt der Wert aus obiger Berechnung über dem z-Wert fällt er in den Verwerfungsbereich (Mathematik-Dozenten Hochschule Luzern – Wirtschaft 2013, S.39).

Anhang 6

E-Mail Pretest

Am 16.04.2014 wurde die nachfolgende Nachricht, inklusive Anhänge an 7 Personen aus dem familiären Umfeld verschickt:

Hoi zäme

Wie ihr wisst werde ich im Rahmen meiner Bachelorarbeit die Bedürfnisse der Bevölkerung der Gemeinde Inwil ermitteln. Zu diesem Zweck führe ich bei 500 stimmberechtigten Personen eine Umfrage durch.

Diesen habe ich mittlerweile erstellt und er ist vom Gemeinderat Inwil so abgesegnet. Um letzte Schwächen aufzudecken und herauszufinden, wie viel Zeit man für das Ausfüllen des Fragebogens benötigt, führe ich nun noch einen Pretest durch, bevor die Umfrage effektiv startet. Deshalb schicke ich Euch den Fragebogen sowie das dazugehörige Begleitschreiben im Anhang. Ich hoffe, Ihr findet über die Ostertage einmal kurz Zeit, Euch das Ganze anzuschauen.

Es wäre super wenn Ihr nun folgendermassen vorgehen könntet:

1. Unter normalen Bedingungen (also so als wärt Ihr eine der befragten Personen) den Begleitbrief lesen und anschliessend den Fragebogen ausfüllen. Geht davon aus, dass die Befragung von Eurer Wohngemeinde durchgeführt wird. **Wichtig: Bitte Zeit stoppen die für die Beantwortung der Fragen benötigt wird.**
2. Begleitschreiben und Fragebogen nochmals kritisch anschauen und allfällige Probleme (Verständlichkeit, Fragestellungen, etc.) notieren.

Wenn Ihr mir dann eine kurze Rückmeldung geben könntet, wäre ich sehr dankbar.

Beschte Dank im Voraus, liebi Grüess und schöni Oschtere!

Roli

Anhang 7

Weitere Auswertungen:

Zu Forschungsfrage 1

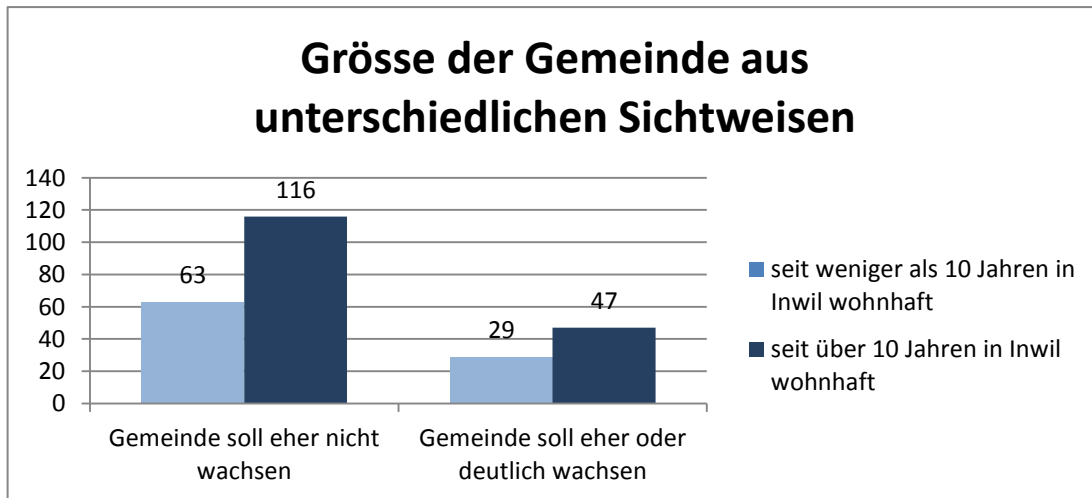


Abbildung 22: Unterschiedliche Vorstellung der künftigen Gemeindegrösse zwischen langjährigen und weniger langjährigen Einwohnern

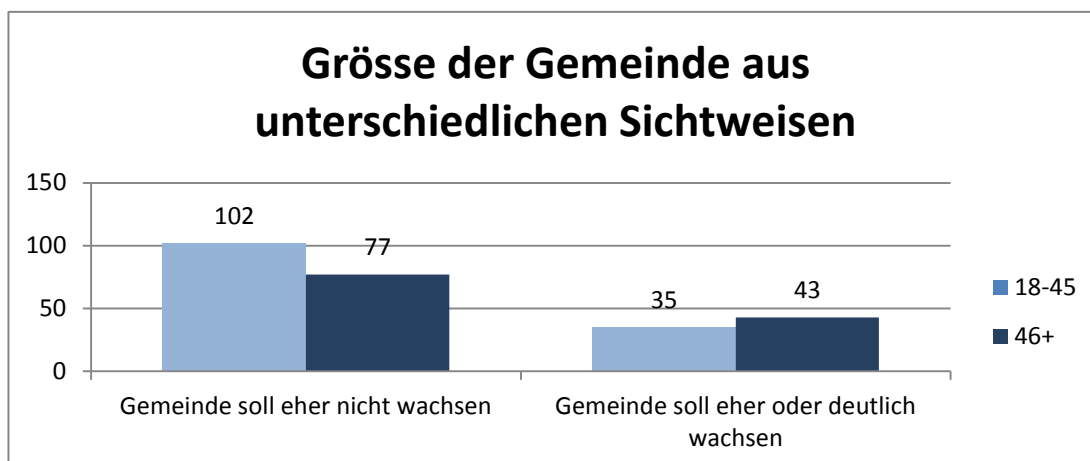


Abbildung 23: Unterschiedliche Vorstellung der künftigen Gemeindegrösse zwischen jüngeren und älteren Personen

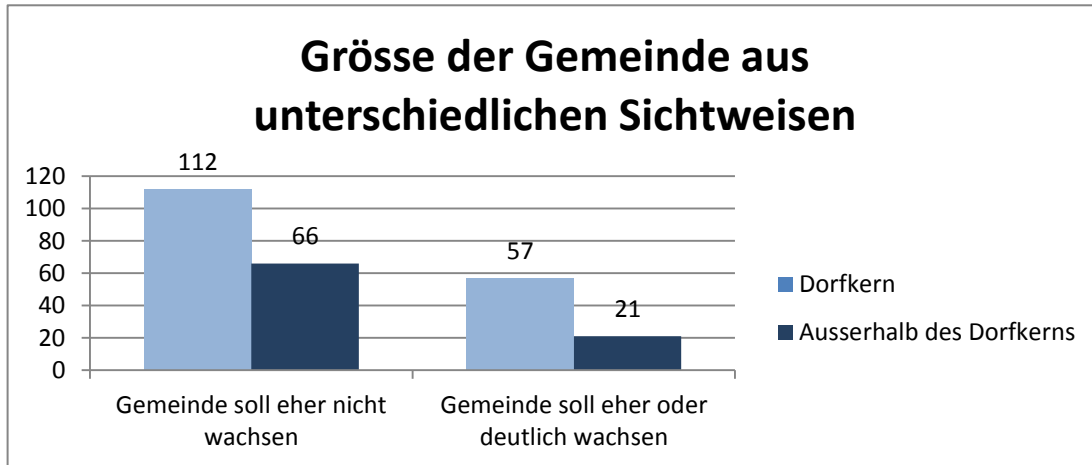


Abbildung 24: Unterschiedliche Vorstellung der künftigen Gemeindegrösse zwischen Bewohnern des Dorfkerens und Personen die ausserhalb des Dorfkerens wohnen

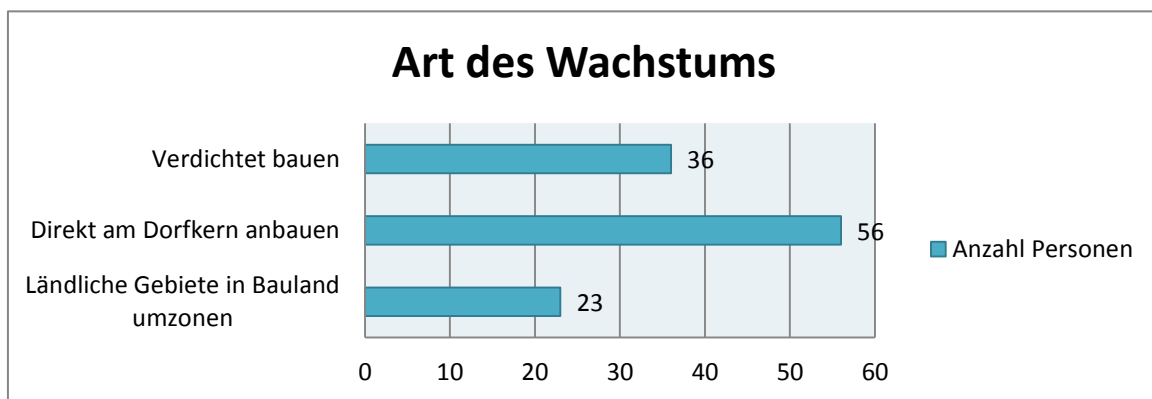


Abbildung 25: Wie sollte ein Wachstum der Gemeinde erfolgen?

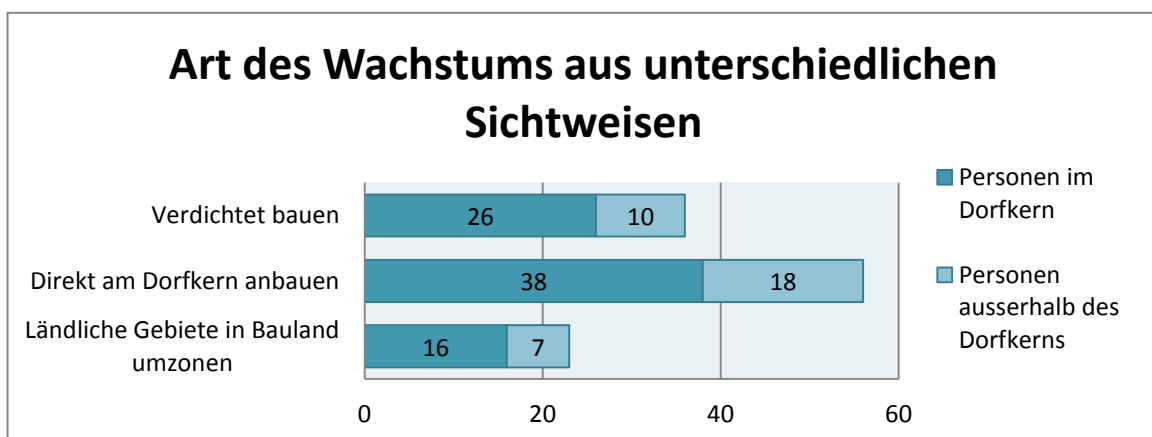


Abbildung 26: Bestehen Bedürfnisunterschiede bezüglich der Art des Wachstums zwischen Personen im Dorfkeren und Personen ausserhalb des Dorfkerens?

Zu Forschungsfrage 2

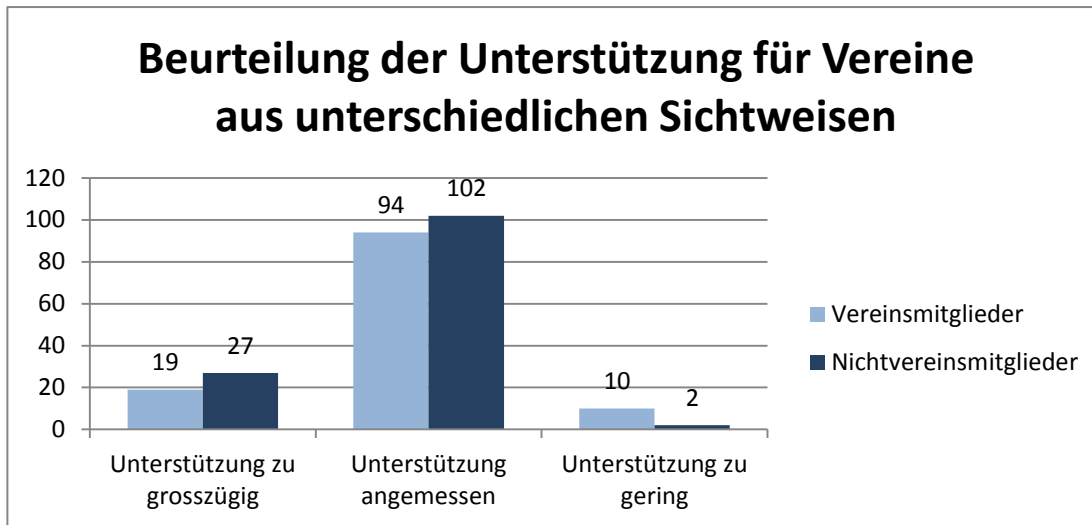


Abbildung 27: Unterschiedliche Beurteilung der Unterstützung für Vereine von Vereinsmitgliedern und Nichtvereinsmitgliedern

Zu Forschungsfrage 3

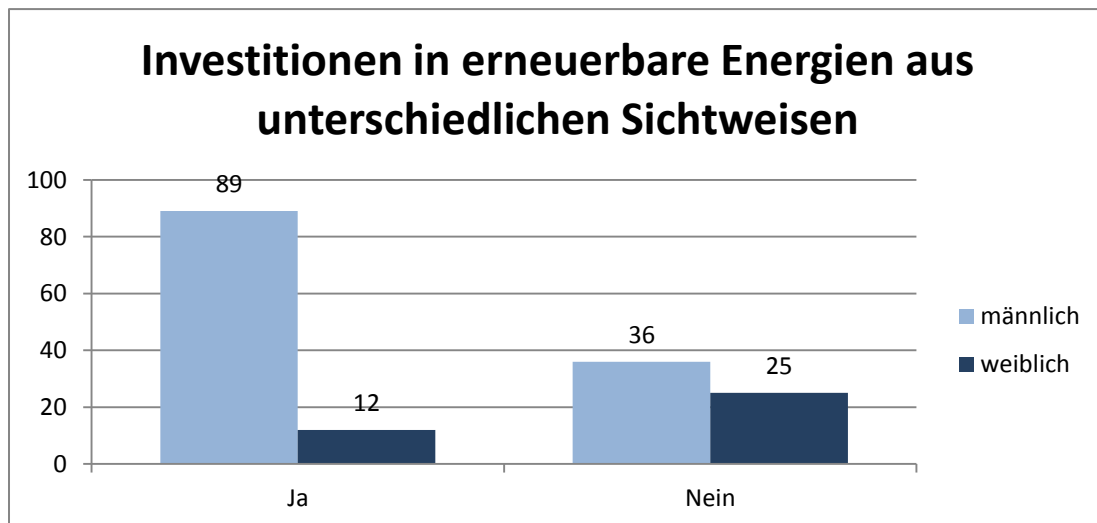


Abbildung 28: Unterschiedliche Meinungen zu Investitionen der Gemeinde in erneuerbare Energien zwischen den Geschlechtern

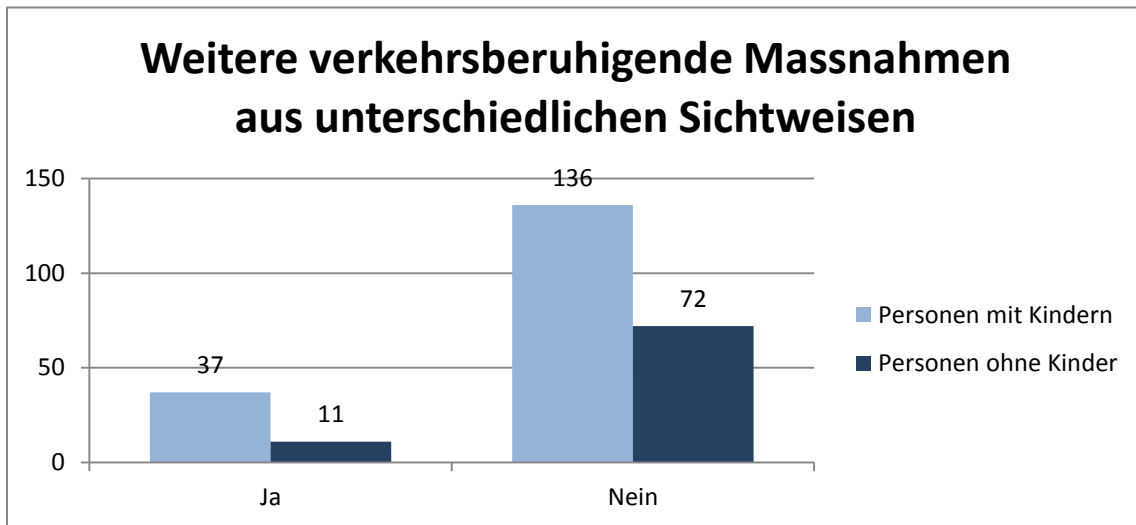
Zu Forschungsfrage 5

Abbildung 29: Unterschiedliche Meinungen bezüglich weiterer verkehrsberuhigender Massnahmen zwischen Personen mit Kindern und Personen ohne Kinder

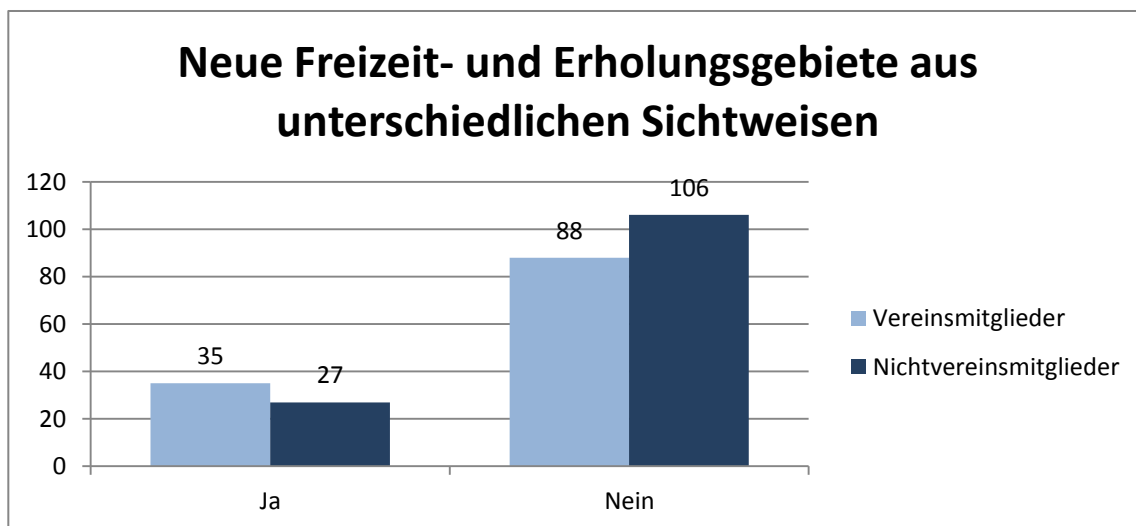
Zu Forschungsfrage 6

Abbildung 30: Unterschiedliche Meinungen über neue Freizeit- und Erholungsgebiete zwischen Vereinsmitgliedern und Nichtvereinsmitgliedern

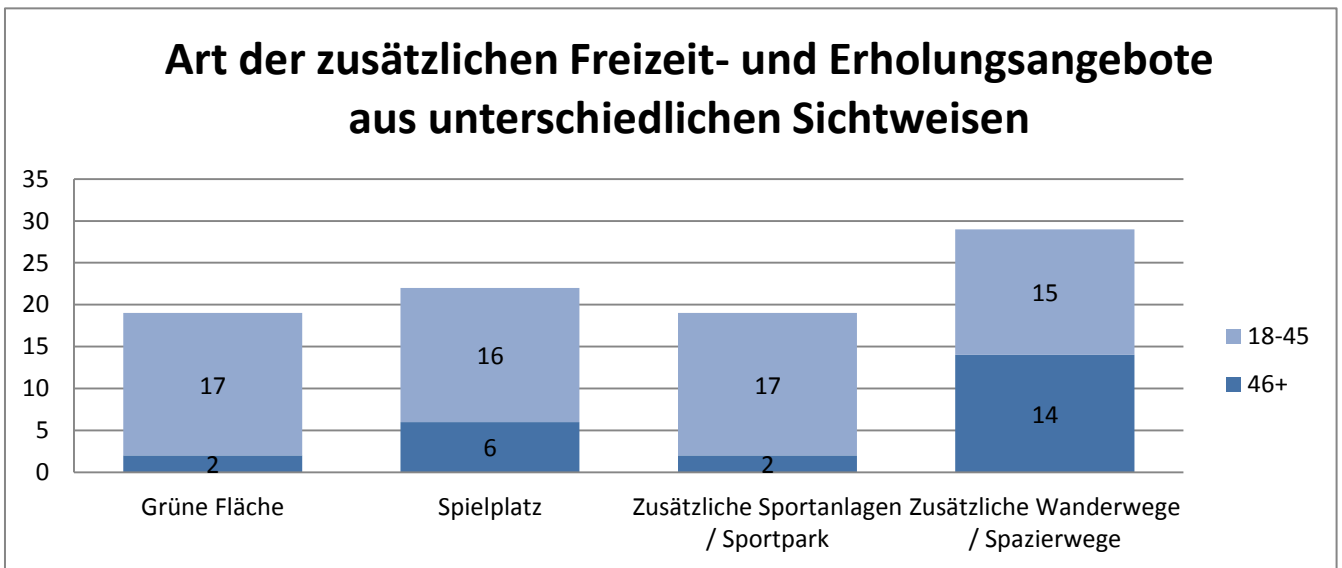


Abbildung 31: Unterschiedliche Vorstellungen von der Ausgestaltung neuer Freizeit- und Erholungsgebiete zwischen jüngeren und älteren Personen

Zu Forschungsfrage 7

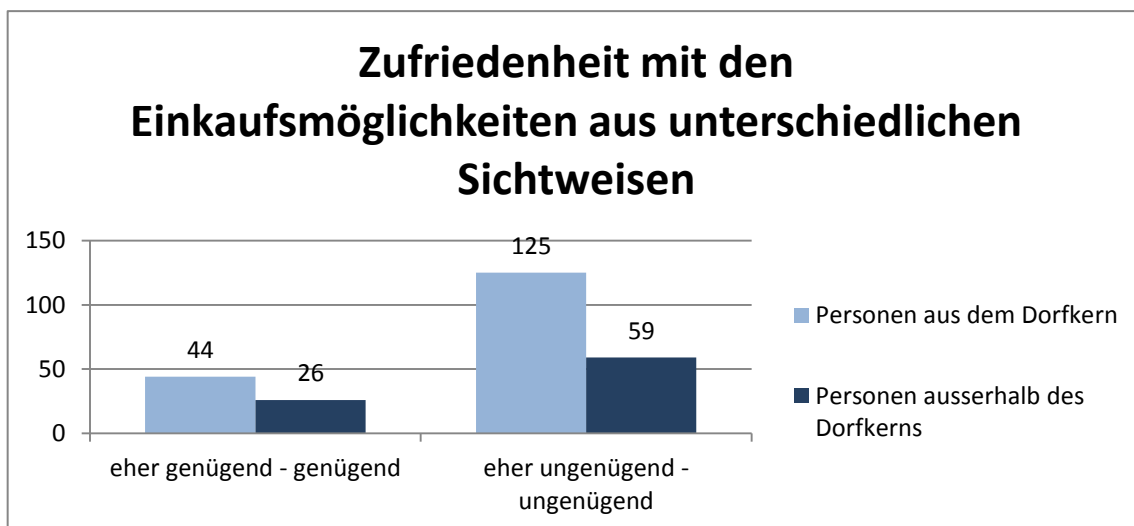


Abbildung 32: Unterschiedliche Zufriedenheiten mit den Einkaufsmöglichkeiten zwischen Personen aus dem Dorfkern und Personen ausserhalb des Dorfkerns

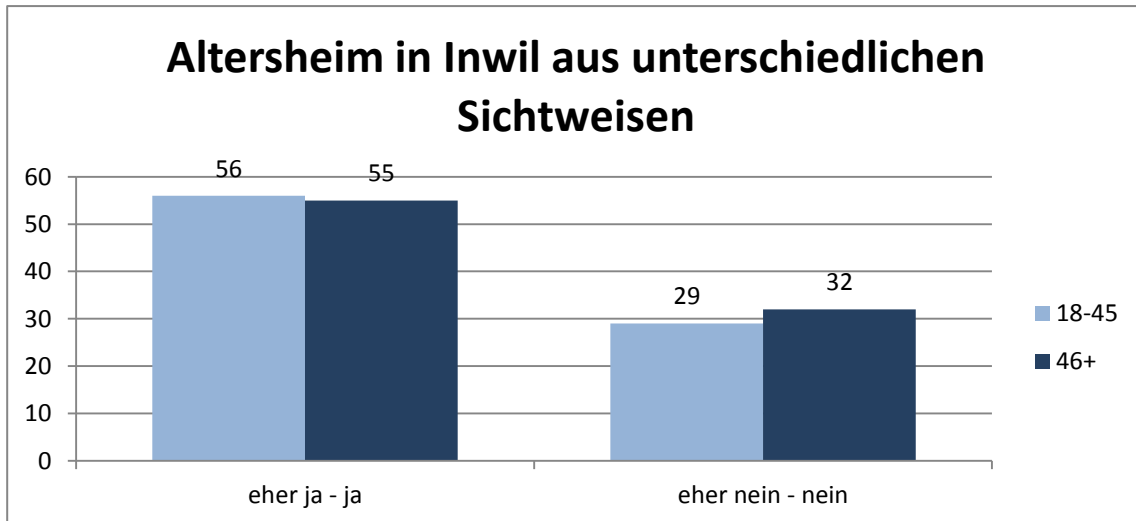


Abbildung 33: Unterschiedliche Meinungen über ein Altersheim in Inwil zwischen jüngeren und älteren Personen

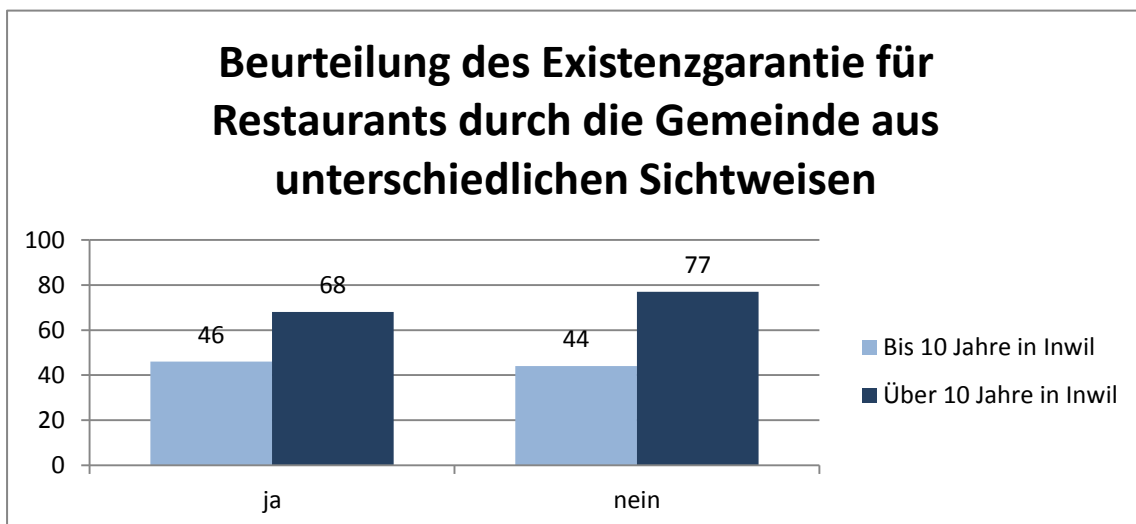


Abbildung 34: Unterschiedliche Meinungen über die Existenzgarantie von zwei Restaurants durch die Gemeinde zwischen Personen die seit über 10 Jahren und solchen die weniger als 10 Jahre in Inwil wohnen

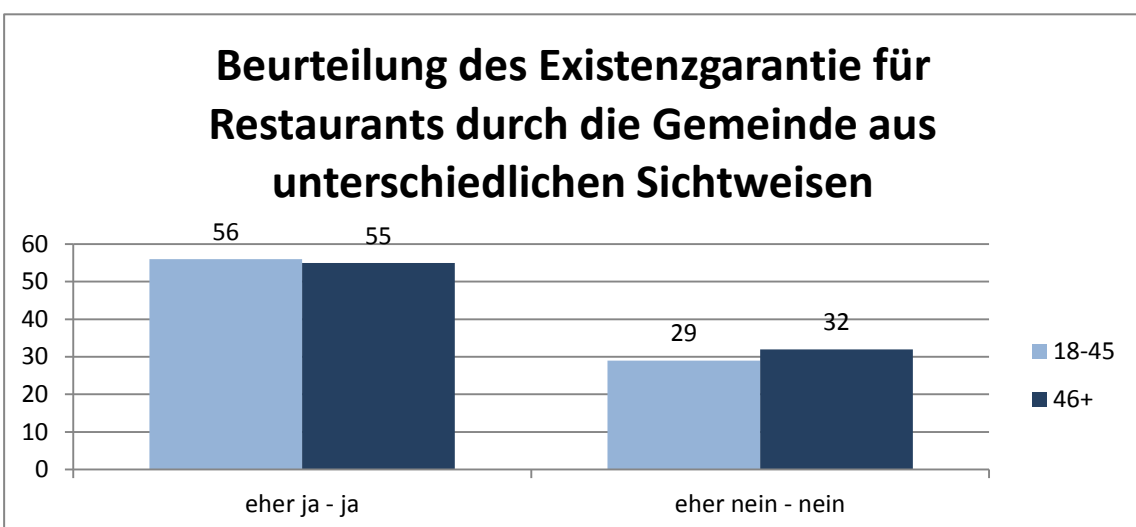


Abbildung 35: Unterschiedliche Meinungen über die Existenzgarantie von zwei Restaurants durch die Gemeinde zwischen jüngeren und älteren Personen

Anhang 8

Interviewleitfaden

Gespräch vom *Datum*, *Uhrzeit*, mit Herrn *Name*, *Funktion* / *Tätigkeit*

- **Grösse der Gemeinde / Weiterentwicklung**

1. Wäre es aus Sicht Ihrer Organisation wünschenswert, wenn die Gemeinde Inwil weiter wachsen würde? Wie sehen Sie Inwil in 30 Jahren?
2. Was wären aus Ihrer Sicht die Vor- beziehungsweise Nachteile eines anhaltenden Wachstums der Bevölkerung?
3. Wie sollte dieses Wachstum erfolgen?

- **Steuerpolitik**

4. Sind die von der Gemeinde eingeforderten Steuern angemessen? Falls nicht, wofür wird zu viel Geld ausgegeben?
5. Empfinden Sie es als richtig, dass einige ortsansässige Vereine von der Gemeinde Teile der Infrastruktur, Lagerräume und / oder finanzielle Beiträge erhalten?

- **Energiepolitik: Erneuerbare Energien**

6. Soll sich die Gemeinde Inwil aus Sicht Ihrer Institution im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Energiewende einsetzen und allenfalls für ihre eigenen Liegenschaften in erneuerbare Energien investieren?
7. Haben Sie bereits Erfahrungen mit erneuerbaren Energien?

- **Umwelt / Natur**

8. Fehlt es in Inwil an Freizeit- und Erholungsgebieten? Wenn ja, wie sollten diese neuen Freizeit- und Erholungsgebiete ausgestaltet sein?

9. Würden Sie weitere verkehrsberuhigende Massnahmen in der Gemeinde begrüßen?

- **Infrastruktur**

10. Sind die infrastrukturellen Rahmenbedingungen in Inwil zufriedenstellend?

11. Gibt es etwas, das aus Sicht Ihrer Institution in Inwil nicht oder nur ungenügend vorhanden ist? Woran fehlt es konkret?

- **Kooperationen mit anderen Gemeinden**

12. Wäre es aus Sicht Ihrer Institution wünschenswert, wenn die Gemeinde Inwil intensiv mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten oder allenfalls sogar fusionieren würde?

- **Kommunikation**

13. Wie beurteilen Sie die Kommunikation der Gemeinde Inwil?

14. Soll das offizielle Informationsblatt der Gemeinde eher ausgebaut werden? Wäre eine qualitative Verbesserung der Ratsstube nötig?

- **Allgemein**

15. Inwiefern pflegt Ihre Organisation den Kontakt mit der Bevölkerung? Wie wird sichergestellt, dass man die Anliegen der Bevölkerung kennt und entsprechend vertreten kann?

16. Wie nehmen Sie den Gemeinderat, beziehungsweise die Gemeindeverwaltung wahr? Wie würden Sie die Zusammenarbeit beschreiben?

17. Würden Sie die Gemeinde Inwil als einen attraktiven Standort für Unternehmen bezeichnen? Weshalb?

18. Würden Sie die Gemeinde Inwil als attraktiven Wohnort beschreiben? Weshalb?

19. Was muss in Inwil am dringendsten geändert, bzw. verbessert werden?

20. Haben Sie noch weitere Anliegen / Bemerkungen / Anregungen die Sie dem Gemeinderat übermitteln möchten und in Ihren bisherigen Antworten noch nicht zum Ausdruck gekommen sind?

Anhang 9

Begleitschreiben Fragebogen

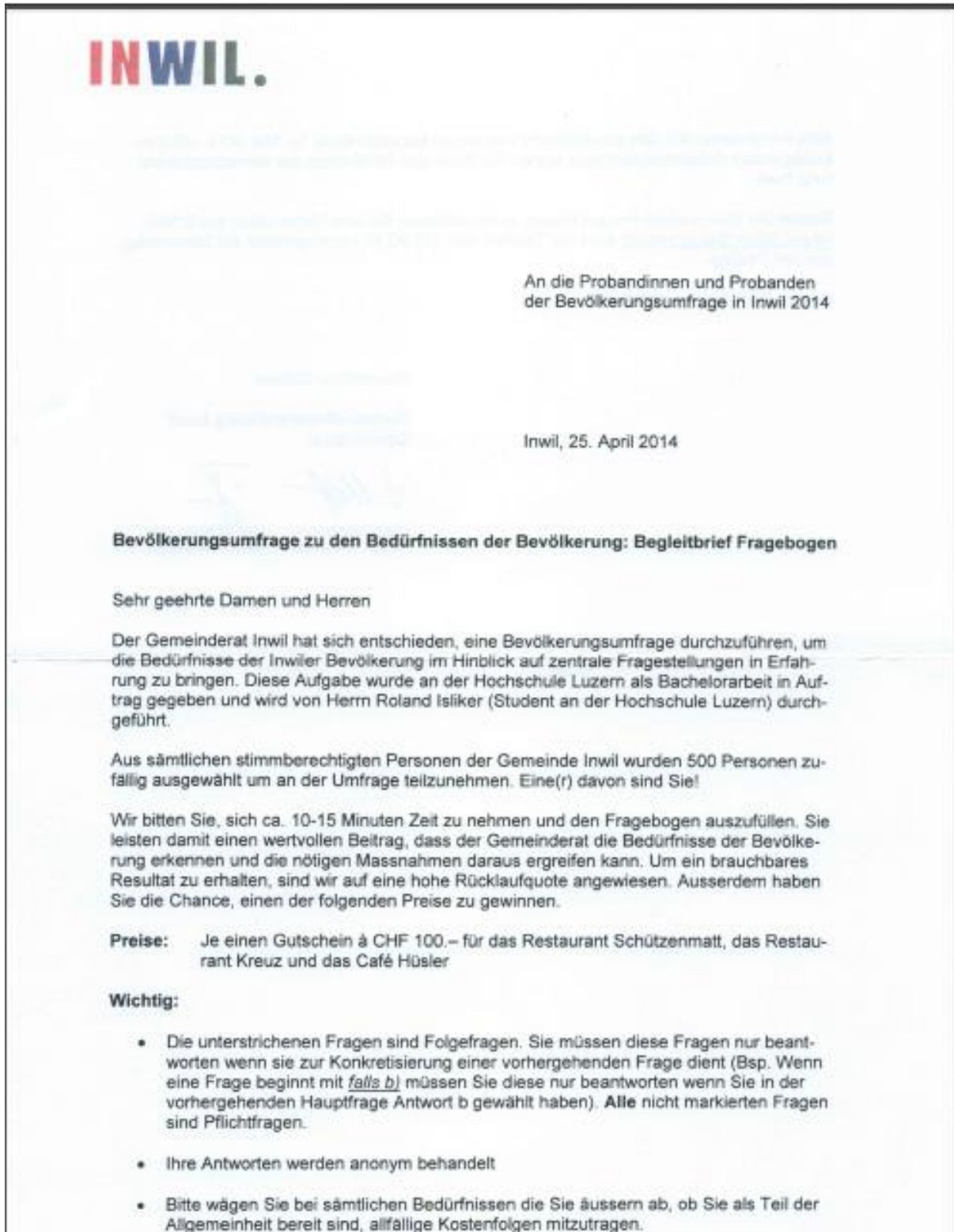


Abbildung 36: Begleitbrief zum Fragebogen, Seite 1

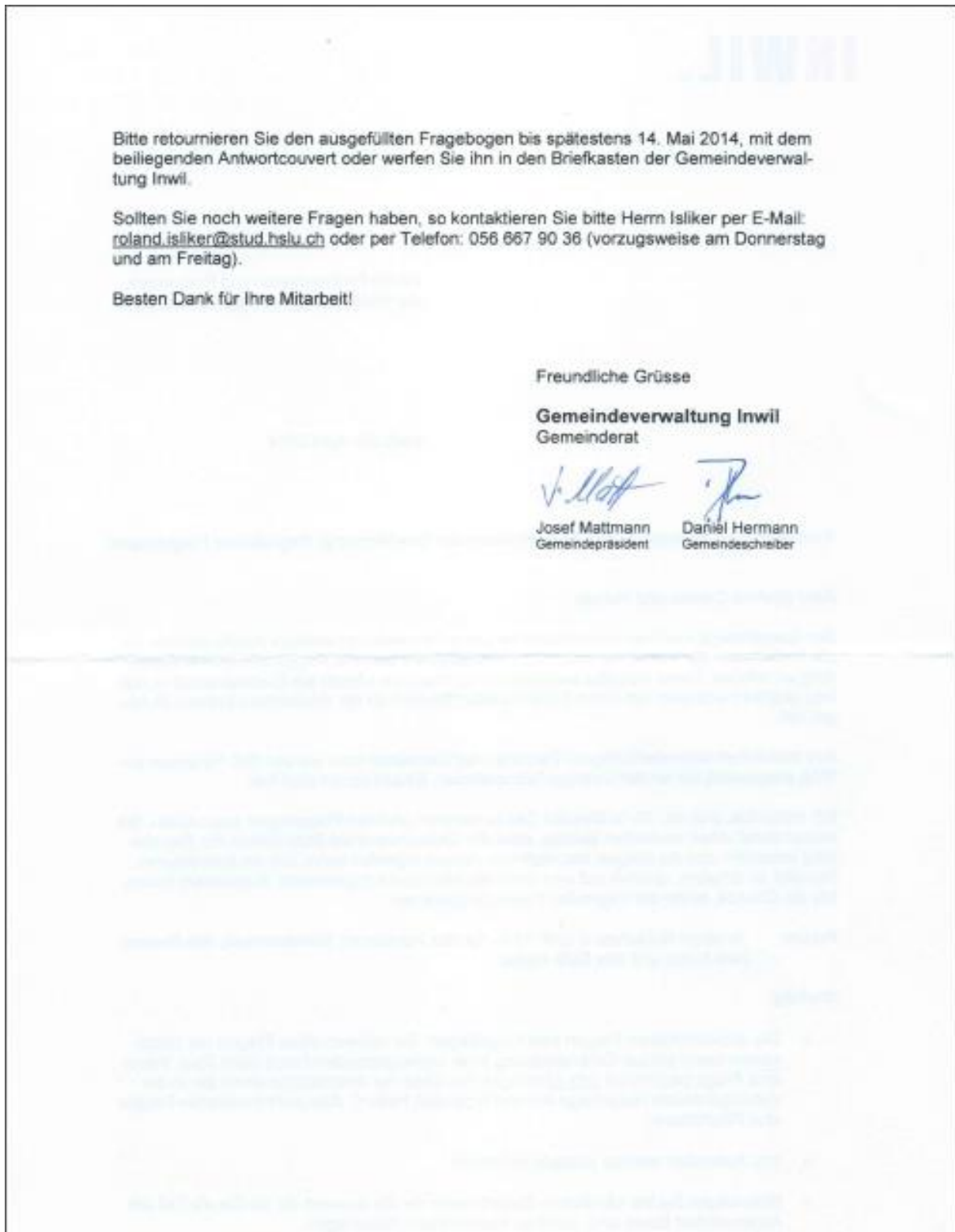


Abbildung 37: Begleitbrief zum Fragebogen, Seite 2

Anhang 10

Fragebogen

Besten Dank, dass Sie sich kurz Zeit nehmen, den Fragebogen auszufüllen!

Ihre Antworten werden anonym behandelt. Der Gemeinderat ist lediglich an der Gesamtauswertung sämtlicher Antworten interessiert. Persönliche Daten aus einzelnen Fragebogen werden dem Gemeinderat nicht zugänglich gemacht.

Die Fragen mit unterstrichener und kursiv gedruckter Nummerierung sind Folgefragen auf allfällige vorher gegebene Antworten.

Bitte berücksichtigen Sie bei all ihren Antworten die Folgen, die daraus resultieren würden (beispielsweise im Hinblick auf die Kosten).

Grösse der Gemeinde

- 1) Würden Sie es begrüssen, wenn die Gemeinde Inwil weiter wachsen würde?
 - a) Gemeinde soll deutlich kleiner werden
 - b) Gemeinde soll eher kleiner werden
 - c) Gemeinde soll ungefähr so gross bleiben wie sie ist
 - d) Gemeinde soll eher noch wachsen
 - e) Gemeinde soll deutlich wachsen

1.1) Falls d) oder e): Wie sollte dieses Wachstum erfolgen? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Verdichtet bauen
- b) Direkt am Dorfkern anbauen
- c) Ländliche Gebiete in Bauland umzonen
- d) Andere Variante: _____

Steuerfuss

- 2) Die Gemeindesteuereinnahmen erlauben es der Gemeinde Inwil, entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und sonstige Leistungen für die Bevölkerung zu erbringen. Wie stehen Sie zur aktuellen Steuerpolitik in Inwil?
- a) Weniger Steuern bezahlen und weniger Leistung in Kauf nehmen
 - b) Die aktuellen Steuerausgaben und die dafür gebotenen Leistungen sind angemessen
 - c) Mehr Leistungen durch die Gemeinde und dafür Anstieg der Steuern in Kauf nehmen
 - d) Für die bezahlten Steuern werden zu wenig oder falsche Leistungen erbracht

2.1) Falls a): Auf welche Leistungen der Gemeinde könnten Sie verzichten?

2.2) Falls c): Welche zusätzlichen Leistungen müsste die Gemeinde noch erbringen?

2.3) Falls d): Wofür wird zu viel Geld ausgegeben?

- 3) Die Gemeinde Inwil stellt verschiedenen ortsansässigen Vereinen Infrastrukturen und Lagerräume zur Verfügung und unterstützt sie auch teilweise mit finanziellen Beiträgen. In anderen Gemeinden müssen Vereine dafür grösstenteils selbst aufkommen. Sind Sie mit der aktuellen Politik der verhältnismässig eher grosszügigen Unterstützung für Vereine einverstanden?
- a) Nein, die Unterstützungsleistungen der Gemeinde für die Vereine sind zu grosszügig
 - b) Ja, das ist angemessen
 - c) Die Unterstützungsleistungen müssten höher sein

Energiepolitik

- 4) Soll sich die Gemeinde Inwil im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv für die Energiewende einsetzen?
- a) Ja
 - b) Nein

5) Soll die Gemeinde Inwil für ihre eigenen Liegenschaften in erneuerbare Energien investieren?

- a) Ja
- b) Nein

5.1) Falls a): In welche Projekte soll konkret investiert werden? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Thermische Solarenergie (Kollektoren)
- b) Solarzellen (Fotovoltaik)
- c) Holz
- d) Wärmeverbund
- e) Weitere Biomasse
- f) Wärmepumpentechnik
- g) Allgemeine Forschungsprojekte
- h) Spielt keine Rolle
- i) Andere Antwort: _____

Umwelt / Natur

6) Gibt es in Inwil konkrete Umweltprobleme (Bsp. Lärm- oder Geruchsemissionen)?

- a) Ja
- b) Nein

6.1) Falls a): Welche?

7) Werden weitere verkehrsberuhigende Massnahmen (z.B. Tempo 30) in der Gemeinde gewünscht?

- a) Ja
- b) Nein

7.1) Falls a): Wo sollen weitere verkehrsberuhigende Massnahmen ergriffen werden?

8) Besteht ein Bedürfnis nach neuen Freizeit- und Erholungsgebieten?

- a) Ja
- b) Nein

8.1) Falls a): Wie sollten solche Freizeit- und Erholungsgebiete ausgestaltet sein? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Grüne Fläche
- b) Spielplatz
- c) Zusätzliche Sportanlagen / Sportpark
- d) Zusätzliche Wanderwege / Spazierwege
- e) Andere Varianten: _____

Infrastruktur

9) Bitte bewerten Sie Ihre Zufriedenheit mit dem Infrastrukturangebot in Inwil mit Fokus auf die folgenden Bereiche von deutlich ungenügend bis deutlich genügend: (Bitte beachten Sie, dass die Frage 9.5.2 keine Folgefrage ist und demnach unabhängig von ihrer Beurteilung in untenstehender Tabelle beantwortet werden muss)

	deutlich un- genügend	eher ungenügend	eher genügend	deutlich genü- gend
8. Strassen				
9. Fusswege / Trottoirs				
10. Schulen				
11. Einkaufsmöglichkeiten				
12. Restaurants				
13. Altersheime				
14. Altersgerechte Wohnungen				

9.1) Falls Strassen ungenügend (im grauen Bereich): Weshalb beurteilen Sie die Strassen als ungenügend? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Ungenügende Verkehrsanbindung einzelner Dorfteile
- b) Ungenügende Qualität der Strassen
- c) Andere Gründe: _____

9.2) Falls Fusswege / Trottoirs ungenügend (im grauen Bereich): Weshalb beurteilen Sie die Fusswege / Trottoirs als ungenügend? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Es gibt zu wenige Fusswege / Trottoirs in Inwil
- b) Es gibt zu wenig Fussgängerstreifen in Inwil
- c) Andere Gründe: _____

9.3) Falls Schulen ungenügend (im grauen Bereich): Weshalb beurteilen Sie die Schulen als ungenügend? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Ungenügendes Angebot (fehlende Oberstufenschule)
- b) Zu grosse Klassen
- c) Ungenügende Lehrkräfte
- d) Andere Gründe: _____

9.4) Falls Einkaufsmöglichkeiten ungenügend (im grauen Bereich): Weshalb beurteilen Sie die Einkaufsmöglichkeiten als ungenügend? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Ungenügendes Angebot
- b) Einkaufsmöglichkeiten sind zu weit entfernt, bzw. schlecht erreichbar
- c) Öffnungszeiten sind zu kurz
- d) Andere Gründe: _____

9.5.1) Falls Restaurants ungenügend (im grauen Bereich): Weshalb beurteilen Sie die Restaurants als ungenügend? (Mehrere Antworten möglich)

- a) Es gibt zu wenig Restaurants
- b) Die Qualität der Restaurants ist ungenügend

c) Andere Gründe: _____

9.5.2) Sollte die Gemeinde Inwil die Existenz von mindestens zwei Restaurants garantieren?

- a) Ja
- b) Nein

9.6) Falls Altersheime ungenügend (im grauen Bereich): Soll die Gemeinde Inwil im Ort ein Altersheim zur Verfügung stellen?

- a) Ja
- b) Eher ja
- c) Eher nein
- d) Nein

9.7) Falls Alterswohnungen ungenügend (im grauen Bereich): Soll die Gemeinde Inwil im Ort Alterswohnungen zur Verfügung stellen?

- a) Ja
- b) Eher ja
- c) Eher nein
- d) Nein

Kooperationen

10) In welchem Umfang machen Kooperationen mit umliegenden Gemeinden aus Ihrer Sicht Sinn?

- a) Möglichst keine Zusammenarbeit
- b) Zusammenarbeit in einzelnen Bereichen
- c) Intensive Zusammenarbeit
- d) Gemeindefusion

10.1) Falls b oder c): In welchen Bereichen erachten Sie eine Zusammenarbeit als besonders sinnvoll?

Vorschläge: _____

10.2) Falls d): Mit welcher Gemeinde, bzw. welchen Gemeinden sollte eine Fusion angestrebt werden?

Vorschläge: _____

Kommunikation

11) Welchen Stellenwert hat für Sie die Ratsstube (offizielles Informationsblatt) der Gemeinde Inwil?

- a) Die Ratsstube soll ausgebaut werden
- b) Die Ratsstube soll wie heute erhalten bleiben (4 Ausgaben pro Jahr → Kosten ca. CHF 22'000 pro Jahr)
- c) Die Ratsstube kann auf 3 Ausgaben pro Jahr reduziert werden
- d) Auf die Ratsstube kann verzichtet werden (Publikation / Mitteilungen via lokale Medien)

Grundsätzlich

12) Haben Sie noch weitere Anliegen / Bemerkungen / Anregungen die Sie dem Gemeinderat übermitteln möchten und in Ihren obigen Antworten noch nicht zum Ausdruck gekommen sind?

13) Aus welchen Gründen sind Sie in der Gemeinde Inwil wohnhaft?

14) Bitte bewerten Sie Ihre Gesamtzufriedenheit mit den Begebenheiten für Sie als Einwohner von Inwil von deutlich ungenügend bis deutlich genügend:

	deutlich ungenügend	eher ungenügend	eher genügend	deutlich genügend
Allgemeine Beurteilung				

15) Bitte nehmen Sie bezüglich der nachfolgenden Themenaufstellung eine Rangierung hinsichtlich der Wichtigkeit der einzelnen Themen vor von 1. Höchste Priorität bis 7. Niedrigste Priorität (Jede Zahl von 1-7 darf nur einmal vergeben werden und muss einer der Kategorien zugeteilt werden:

Thema	Rangliste: Priorität 1-7
Weiterentwicklung der Gemeinde (bez. Grösse)	
Steuern	
Energiepolitik	
Umwelt / Natur	
Infrastruktur	
Kooperationen mit anderen Gemeinden	
Kommunikation	

Haben Sie bei Ihren Antworten jeweils berücksichtigt, dass sich eventuell daraus zusätzliche Kosten ergeben würden? Sind Sie als Teil der Allgemeinheit dazu bereit, allfällige Kostenfolgen mitzutragen?

Abschliessend noch einige Fragen zu Ihrer Person:

16) Wie alt sind Sie?

- a) 18-30
- b) 31-45
- c) 46-60
- d) 61-75
- e) 76+

17) Sind Sie?

- a) männlich
- b) weiblich

18) Seit wann sind Sie in Inwil wohnhaft?

- a) Seit maximal 2 Jahren
- b) Seit mindestens 2 und maximal 10 Jahren
- c) Seit über zehn Jahren

19) In welchem Teil von Inwil wohnen Sie?

- a) Dorfkern
- b) Ausserhalb des Dorfkerns

20) Haben Sie Kinder?

- a) Ja
- b) Nein

21) Sind sie Mitglied in einem Verein?

- a) Ja
- b) Nein

Vielen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens! Sie nehmen damit an der Verlosung der drei Preise teil. **Bitte notieren Sie für die Verlosung auf dem Antwortcouvert Ihren Absender.**

Selbständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Mithilfe Dritter verfasst habe, dass ich alle verwendeten Quellen sowie alle verwendete Literatur angegeben habe, dass ich das Vertraulichkeitsinteresse der Auftraggebenden wahren und die Urheberrechtsbestimmungen der Hochschule Luzern respektieren werde.

Luzern, 27. Juni 2013

Roland Isliker